



Plenarprotokoll

4. Sitzung

Freitag, 20. November 2009

Erweiterung des Untersuchungsgegenstandes des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode.....	223	Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/18 (neu)	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/48		b) Umsetzung der Resolution der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) in Nyborg.....	224
Beschluss: Annahme.....	223	Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/19 (neu)	
Gemeinsame Beratung		a) Umsetzung der Resolution des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee.....	224
		Anette Langner [SPD].....	224
		Niclas Herbst [CDU].....	225
		Kirstin Funke [FDP].....	226
		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	227

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	228	Birgit Herdejürgen [SPD].....	246
Anke Spoorendonk [SSW].....	228	Tobias Koch [CDU].....	248
Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten.....	229	Katharina Loedige [FDP].....	250
Beschluss: Annahme der Anträge Drucksachen 17/18 (neu) und 17/19 (neu).....	231	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	252
Gemeinsame Beratung		Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	256
a) Unverzügliche Neuordnung der Trägerschaft im SGB II.....	231	Lars Harms [SSW].....	259
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/22		Beschluss: 1. Antrag Drucksache 17/12 Nr. 1 durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt	
b) Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand erhalten.....	231	2. Antrag Drucksache 17/53 Nr. 1 mit Zustimmung der Antragsteller für erledigt erklärt	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/37		3. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/12 Nr. 2 und 3	
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	231	4. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/53 Nr. 2 bis 4	
Wolfgang Baasch [SPD].....	232, 241	5. Annahme des Antrags Drucksache 17/58.....	261
Werner Kalinka [CDU].....	234, 240	Keine Steuersenkungen zulasten von Land und Kommunen.....	261
Christopher Vogt [FDP].....	235	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/15	
Antje Jansen [DIE LINKE].....	236	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	261, 273
Flemming Meyer [SSW].....	238	Tobias Koch [CDU].....	263
Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	239	Olaf Schulze [SPD].....	264
Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit..	242	Katharina Loedige [FDP].....	265
Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 17/22 und 17/37 an den Sozialausschuss.....	243	Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	266
Umsetzung einer Schuldenbremse für Schleswig-Holstein.....	243	Lars Harms [SSW].....	267
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/12		Wolfgang Kubicki [FDP].....	269
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/53		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	270
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/58		Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	271
Rainer Wiegard, Finanzminister....	244	Anke Spoorendonk [SSW].....	271
		Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	272
		Rainer Wiegard, Finanzminister....	273
		Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss.....	275
		Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes.....	275

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/42	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 17/65	
Thomas Rother [SPD].....	275
Beschluss: Verabschiedung in der Fassung der Drucksache 17/65.....	275
Bericht der Landesregierung zur Unterrichtssituation im Schuljahr 2008/2009	275
Drucksache 17/14	
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.....	275
Sammeldrucksache über Vorlagen gem. § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags	275
Drucksache 17/47	
Beschluss: Annahme.....	276

* * * *

Regierungsbank:

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle ganz herzlich.

Zunächst einmal habe ich Ihnen mitzuteilen, dass die Frau Abgeordnete Sandra Redmann von der SPD-Fraktion weiter erkrankt ist. Weiterhin wünschen wir ihr mit allem Nachdruck gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind von der Landesregierung Ministerpräsident Carstensen, Minister Schlie und Minister de Jager.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der SPD hat mit Drucksache 17/48 einen Antrag zur Erweiterung des Untersuchungsgegenstandes des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode eingereicht. In der letzten Sitzung des Ältestenrats wurde vereinbart, über den Antrag in dieser Tagung ohne Aussprache in der Sache abzustimmen. Ich schlage Ihnen daher vor, den Antrag als Punkt 28 B in die Tagesordnung einzureihen und ihn sofort zu behandeln. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ich rufe jetzt also Tagesordnungspunkt 28 B auf:

Erweiterung des Untersuchungsgegenstandes des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/48

Wir kommen vereinbarungsgemäß ohne Aussprache gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag Drucksache 17/48 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag 17/48 einstimmig angenommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dann möchte ich Ihnen mitteilen, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, Tagesordnungspunkt 29, Bericht der Landesregierung zur Unterrichtssituation im Schuljahr 2008/2009, Drucksache 17/14, ohne Aussprache zu behandeln.

Jetzt fahren wir in der Tagesordnung so fort, wie es gestern angesagt worden ist, nämlich mit den Tagesordnungspunkten 10 und 11, 14 und 25 - beides jeweils in verbundener Debatte -, und dann folgt Tagesordnungspunkt 7.

(Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese)

Zuvor begrüßen Sie bitte mit mir gemeinsam auf der Tribüne unsere frühere Landtagskollegin, die Europaabgeordnete Ulrike Rodust. - Herzlich willkommen, liebe Ulrike!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 10 und 11 zur gemeinsamen Beratung auf:

Gemeinsame Beratung**a) Umsetzung der Resolution des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW

[Drucksache 17/18 \(neu\)](#)

b) Umsetzung der Resolution der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) in Nyborg

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW

[Drucksache 17/19 \(neu\)](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Anette Langner.

Anette Langner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entwicklung der Ostseeregion hin zu einer europäischen maritimen und sozialen **Modellregion** ist für Schleswig-Holstein von großer Bedeutung. In den Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums wird die Bedeutung der Beteiligung der Parlamente an den Strategien und Maßnahmen zur Entwicklung der Ostseeregion deutlich herausgestellt. Deshalb freue ich mich, dass es uns gelungen ist, die Zustimmung zu den Resolutionen fraktionsübergreifend auf den Weg zu bringen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei SPD und der LINKEN sowie vereinzelt bei der CDU)

Die **EU-Ostseestrategie**, die vom Europäischen Rat im Oktober 2009 beschlossen wurde, war auf beiden Konferenzen Thema der Befassung. Vorrangige **Ziele** der Ostseestrategie sind die Verbesserung der Umweltsituation sowie eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion.

Dabei ist es aus meiner Sicht von großer Bedeutung, dass in beiden Foren auch der Nicht-EU-Staat **Russland** Mitglied ist. Denn nur mit Russland sind die wichtigen Fragen zur Entwicklung der Ostseeregion zu lösen. Deshalb muss die Russische Föderation in einem kontinuierlichen Dialog an der Umsetzung der Strategie beteiligt werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Ausdrücklich sprechen wir uns für die weitere Einbeziehung von **Jugendlichen** in die Vorbereitungen und Beratungen des Parlamentsforums aus. Es ist wichtig, Jugendliche aus verschiedenen Ländern zusammenzubringen, sie an den politischen Prozessen zu beteiligen und damit auch ihre interkulturelle Kompetenz zu stärken, denn nur daraus wächst das Bewusstsein für die Entwicklung einer **gemeinsamen Region**. Ich setze auch hier auf die Unterstützung des Parlamentspräsidenten bei den weiteren Vorbereitungen der Parlamentsforen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei CDU und SSW)

Mit der Einsetzung der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ wurde erstmals die **soziale Situation** in der Ostseeregion in den Mittelpunkt der Ostseeparlamentarierkonferenz gerückt. Die Arbeitsgruppe hat sich schwerpunktmäßig mit den Themen des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts und der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beschäftigt. Das nach wie vor bestehende sozioökonomische Gefälle zwischen östlichen und westlichen Ostseeanrainerstaaten kann nur überwunden werden, wenn wir die sozialen Fragen in der **grenzüberschreitenden Kooperation** angehen.

(Beifall bei der SPD)

Institutionalisierte Informationszentren, die Grenzpendler beraten, gibt es bislang hauptsächlich im Norden und im Westen. Vor allem im Osten sind solche Möglichkeiten kaum vorhanden. Obwohl immer mehr Menschen pendeln, gibt es noch viel zu viele Hindernisse. Vor allem Fragen der grenzüberschreitenden Anerkennung von Abschlüssen und der Portabilität von Sozialversicherungsansprüchen sind unzureichend geklärt. Die **Grenzinformationszentren** müssen zukünftig im Sinne der

(Anette Langner)

Chancengleichheit auch mehr **Beratungen** über Kinderbetreuung, Bildungssysteme und Familienunterstützungsleistungen anbieten. Ich finde es einen ausgesprochen großen Fortschritt, dass sich die Arbeitsgruppe erstmalig mit diesem Thema befasst hat.

(Beifall bei der SPD)

Zwischen **Schleswig-Holstein und Dänemark** arbeitet das Infocenter Grenze sehr erfolgreich daran, den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt so durchlässig wie möglich zu machen. Darauf sind wir hier in Schleswig-Holstein und auch in Dänemark stolz. Dies müssen wir weiter fördern und unterstützen.

Auch bei der **Jugendarbeitslosigkeit** gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Ostseeanrainernstaaten. Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe benennt verschiedene Projekte, und diesem Erfahrungsaustausch kommt eine ganz besondere Bedeutung zu. Als besonders gelungenes Beispiel wird für Schleswig-Holstein das Handlungskonzept „Schule und Arbeitswelt“ genannt, und ich freue mich, dass die neue Landesregierung dieses erfolgreiche Konzept fortsetzen will und wird.

Wir fordern die Landesregierung aber gleichermaßen auf, sich dafür einzusetzen, dass gemäß der Resolution Arbeitsmarkt- und Sozialfragen künftig als vorrangige Aufgabe in der Agenda des Ostseerates verankert werden.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus ist es notwendig, auch im **Parlamentsforum Südliche Ostsee** soziale Fragen zu diskutieren. Denn ohne Beachtung der sozialen Situation kann es keine **nachhaltige Entwicklung** im Ostseeraum geben. Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ist nachhaltig nur durch sozialen Ausgleich zu erreichen. In diesem Zusammenhang will ich noch einmal ganz entschieden kritisieren, dass die Landesregierung offensichtlich plant, Förderprogramme nur noch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten in Anspruch zu nehmen. Es geht immerhin um 50 Milliarden € für sehr unterschiedliche Projekte mit sehr unterschiedlichen Zielsetzungen im Ostseeraum in dem Zeitraum von 2007 bis 2013.

Schleswig-Holstein hat sich zusammen mit seinen Partnern zum Ziel gesetzt, die Ostseeregion zu einer Modellregion vor allem in Bezug auf Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung sowie integrierte Meeresspolitik zu entwickeln. Das ist das richtige Ziel, an dem die neue Landesregierung festhalten sollte und an dessen Verwirklichung sie sich mes-

sen lassen muss. Aber genauso wichtig ist es, die Ostseeregion zu einer Modellregion für die Ausgestaltung eines sozialen Europas zu machen. Dafür haben wir in der Vergangenheit die Voraussetzungen geschaffen, und wir sollten jetzt die Chance nutzen, dies auch zu verwirklichen.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Niclas Herbst.

Niclas Herbst [CDU]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es entspricht einer guten Tradition, dass wir diese Themen in großer Einigkeit beraten. Auch die **Umsetzung der Resolutionen** haben wir im Konsens erarbeitet, und wir werden einen gemeinsamen Antrag dazu einbringen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei der SPD-Fraktion bedanken. Es ist natürlich richtig und sinnvoll, dass wir diese Resolutionen hier im Landtag beraten. Mein besonderer Dank gilt dem Kollegen Rolf Fischer, der diese Themen immer mit einem besonderen Engagement begleitet. Herzlichen Dank dafür! Ich denke, dass wir auch in neuen Rollen gut zusammenarbeiten werden.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Zu den **Inhalten** der Resolutionen, über die wir heute reden, ist schon einiges gesagt worden. Ich vermute, dass auch meine Nachredner sich einzelne Punkte herausgreifen werden. Im Übrigen hat der Landtagspräsident das Parlament vor Kurzem umfassend schriftlich unterrichtet. Ich gehe davon aus, dass jeder Abgeordnete diesen Bericht umfassend bearbeitet hat.

Aber ich glaube, dass man sich nicht nur einzelne Punkte herausgreifen sollte – bei solch umfassenden Resolutionen findet natürlich jeder etwas für sich –, sondern wir sollten auch über Sinn und Zweck dieser Resolutionen insgesamt reden. Zwar sind diese Anträge an die Landesregierung gerichtet und enthalten Forderungen an die Landesregierung. Ich glaube aber, dass es dennoch sehr sinnvoll ist, diese Anträge und die Inhalte der Resolutionen auch im Landtag zu diskutieren.

Es ist nicht schwer, Beispiele zur **Legitimation** dieser Resolutionen und internationalen Gremien zu finden. Wenn wir zum Beispiel über die **Sicherheit**

(Niclas Herbst)

in den Häfen – ein Thema von großer Bedeutung für Schleswig-Holstein – reden, dann stellen wir fest, dass es zwar internationale Codes und internationale Vereinbarungen gibt, dass diese aber ganz unterschiedlich gehandhabt werden und dass es damit auch zu **Wettbewerbsverzerrungen** in der Hafenwirtschaft kommt. Das können wir natürlich nur dann ändern, wenn wir international agieren; als einzelnes Bundesland können wir das nicht erreichen. Dadurch wird klar, dass diese Resolutionen vielleicht harmlos, aber keinesfalls sinnlos sind. Deshalb müssen sie weiter verfolgt werden.

Genauso deutlich wird, dass wir Interessen haben, die wir gegenüber Brüssel, Straßburg und manchmal auch gegenüber nationalen Regierungen vertreten müssen. Bei der Revision der **TEN-Leitlinien** zum Beispiel haben wir als Ostseeregion natürlich ganz andere Interessen als Süddeutschland. Es ist daher sinnvoll, unsere Kräfte zu bündeln. Das muss man hier gar nicht weiter vertiefen, es bedarf aber der Erwähnung, um zu zeigen, dass diese Resolutionen Sinn und Zweck haben.

Es ist deshalb sinnvoll, die Einzelpunkte dieser Resolutionen und Anträge in den Fachausschüssen des Landtags weiter zu beraten. Wir sollten unsere in der Vergangenheit bereits geleistete Arbeit – weiterhin in guter Abstimmung mit der Landesregierung – fortführen. Ich wünsche mir deshalb insbesondere von den Fachpolitikern, dass sie diese Resolutionen ernst nehmen, sie sich anschauen und prüfen, was für sie und ihren Bereich wichtig ist. Europa steht für mehr als nur harmlose Resolutionen. Wir können mehr daraus machen. Es liegt an uns. Ich bedanke mich noch einmal dafür, dass wir diesen Antrag interfraktionell beraten konnten.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Abgeordnete Kirstin Funke. Es ist ihre erste Rede.

(Beifall)

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als neue Parlamentarierin freue ich mich, dass wir durch die fraktionsübergreifenden Initiativen zur Ostseeparlamentarierkonferenz und zum Parlamentsforum Südliche Ostsee dokumentieren, dass europapolitische Themen einen hohen Stellenwert im Landtag genießen und es in vielen

Bereichen eine hohe inhaltliche Übereinstimmung gibt.

Für Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren genießt der Ostseeraum eine besondere Bedeutung; das ist keine neue Erkenntnis. Unser Land hat eine **Brückenfunktion** nach Skandinavien, und wir wollen **Schleswig-Holstein** als Schnittstelle zwischen Skandinavien, West-, Mittel- und Osteuropa positionieren. Dass die Ostseeregion dabei eine ganz besondere Stellung einnimmt, zeigt die Entwicklung der letzten 20 Jahre. Waren vor 20 Jahren gerade einmal 5 % der Ostseeküste Küsten von Mitgliedstaaten der Europäischen Union, so gehören heute 95 % zu der EU. Damit ist die **Ostsee** faktisch zum **europäischen Binnenmeer** geworden. Das ist eine große Chance für das Erreichen der gemeinsamen Ziele in der wirtschaftlichen Entwicklung des Ostseeraums, der Verbesserung der Infrastruktur oder im Umweltschutz. Aber auch **Russland** als einziger Nicht-EU-Ostseestaat ist über diverse Gremien aktiv in die Arbeit der EU-Staaten mit eingebunden.

Legt man die Resolution des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee neben die Inhalte der Entschließung der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz, so stellt man eine hohe Übereinstimmung bei den Themen fest. Die Themen Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung sind wohl die herausragenden Themen – ohne die anderen damit abzuwerten.

Aber es ist nicht erst seit heute bekannt, dass die Ostsee zum Teil aufgrund der natürlichen Gegebenheiten eines der empfindlichsten, aber auch eines der am stärksten belasteten Meere ist. Auch heute ist das **Schiffsaufkommen** auf der Ostsee trotz eines leichten Rückgangs aufgrund der Wirtschaftskrise noch hoch. Zirka 200 Schiffe sind gleichzeitig unterwegs, und noch immer gibt es ungeklärte **Einträge in die Ostsee**, die das Meer zusätzlich belasten. Daher ist auch künftig eine enge Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Ostsee-Aktionsplans der HELCOM vonnöten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er wird nicht umsonst vom Parlamentsforum Südliche Ostsee als Kernelement der Umweltsäule der EU-Strategie bezeichnet. Zusätzlich ist die Ostsee Vorbild, indem sie als Schiffsemissionsüberwachungsgebiet – kurz: SECA – ausgewiesen ist. Der mit dieser ökologischen Vorbildfunktion verbundenen Gefahr von **Wettbewerbsnachteilen** ist die Ostseeparlamentarierkonferenz dadurch begegnet, dass sie auch die Kennzeichnung des Schwarzen

(Kirstin Funke)

Meeres, des Mittelmeeres, des Nordostatlantiks und der Irischen See als **SECA-Gebiete** fordert. Wir begrüßen das.

(Beifall bei FDP und CDU)

In wirtschaftlicher Hinsicht ist es zu begrüßen, dass Barrieren für den **grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt** künftig weiter abgebaut werden. In den EU-Staaten gibt es insgesamt zirka 600.000 Grenzpendler, von denen bereits 100.000 bis 150.000 Arbeitnehmer in der Ostseeregion als Grenzpendler eingestuft werden - Tendenz steigend.

Durch die EU-Mitgliedschaft wurden hier in den letzten Jahren erhebliche Verbesserungen erzielt. Dennoch gibt es auch heute noch **Hindernisse** wie Informationsdefizite, unausgewogene regionale Entwicklungen, verbesserungswürdige Verkehrsinfrastrukturen, gerade bei den Hafenhinterlandanbindungen, sowie Unterschiede in den beruflichen Qualifikationen und Sozialgesetzgebungen, teilweise auch schlichtweg noch bestehende Sprachbarrieren.

Daher begrüßen auch wir, dass sich die Ostseeparlamentarierkonferenz dazu entschieden hat, den Dialog zwischen Politik, Arbeitnehmern beziehungsweise Gewerkschaften und Arbeitgebern zu verbessern und die Möglichkeiten von **Informationszentren** für potenzielle **Grenzpendler** auszuweiten.

(Beifall bei FDP und CDU sowie vereinzelt bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letztes Thema in der gestrigen Sitzung war die Fischerei. Schleswig-Holstein als Küstenland ist ohne Fischerei nicht denkbar. Unsere Fischer sind nach Auffassung meiner Fraktion Vorbild in der Umsetzung der europäischen Standards in Sachen nachhaltiger Fischerei.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es war in der Vergangenheit immer wieder ein Problem, dass sie sich an die Vorgaben der EU gehalten haben, während die Bewirtschaftung der Fischbestände in der Ostsee durch **illegale und unangemeldete Fischerei** aus anderen Staaten erschwert wurde. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass das Parlamentsforum Südliche Ostsee gegen diese Formen der Fischerei eine konsequente Vorgehensweise fordert.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Das Wort erteile ich jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Abgeordneten Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ostseeparlamentarierkonferenz und das Parlamentsforum Südliche Ostsee sind zwei starke Säulen der Ostseekooperation. Wir brauchen diese **Strukturen**, wenn wir eine integrierte europäische Politik in dieser Region mit unseren Zielen umsetzen wollen. Zugleich kann es nur so gelingen, als europäische Region gemeinsame Interessen abzuwägen und zu formulieren, um dann bei Rat, Kommission und EU-Parlament wahrgenommen zu werden. Ich kann da nur das unterstreichen, was Herr Herbst bereits gesagt hat.

Die bisherige Ostseepolitik der letzten 20 Jahre hat gezeigt, wie Regionen und ihre Vertreter, die in ganz unterschiedlichen Systemen ihre Erfahrungen gemacht haben, gemeinsam ihr Zukunftsmodell entwickeln. Das zeigt: Europa wächst eben von unten, aus den **Regionen** heraus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Zugleich - Frau Funke hat es gesagt - zeichnen sich die Parlamentarierkonferenzen dadurch aus, dass auch Nicht-EU-Regionen - St. Petersburg, Kaliningrad - hier aktiv beteiligt sind und sich die Parlamente hier einbringen.

Die Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz in Nyborg weist nachdrücklich darauf hin, dass Wirtschaftskrise und Umweltkrise nur gemeinsam gelöst werden können. Ich möchte auf die Inhalte dieser Dokumente hier nicht weiter eingehen; sie sind von Frau Langner bereits intensiv dargestellt worden.

Ein Wort zur **Resolution** des Parlamentsforums Südliche Ostsee! Wir finden hier als einen Punkt, dass **regionale Managementkonzepte** im Rahmen der Reform der **gemeinsamen Fischereipolitik** gefordert werden. Das ist von entscheidender Bedeutung. Gerade unsere Fraktion wird dafür stehen, dass mittelständische Küstenfischer nicht weiter abgewürgt werden bei diesen Reformen, die eventuell noch unter dem Zeichen von Verwaltungsvereinfachungen verkauft werden, während draußen vor der Küste - ob mit oder ohne GPS kontrolliert - weiterhin mit staatlichen Subventionen hochgepöppelte Trawler die Meere abfischen.

(Bernd Voß)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Ich möchte zu einem Punkt kommen, der heute noch nicht angesprochen worden ist, nämlich dem anstehenden Ausbau der **Nordseekooperation**. Wenn ich den Beschluss des Landtags vom Juni 2009 richtig interpretiere, kann sie auch in einer neuen Parlamentarierkonferenz Nordsee intensiviert werden. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen der Nordsee läuft vielschichtig. Immer stärkeren Konzentrationen in einigen Ballungsgebieten stehen abgehängte periphere Küstenregionen gegenüber. Der **Schiffsverkehr** in der Nordsee wird bis 2010 gegenüber 1999 um 25 % zunehmen. Da stellen sich nicht unerhebliche Sicherheitsfragen. Die Vorsorge für die Folgen des Klimawandels muss intensiv angegangen werden.

Sich hier mehr abzustimmen, Synergien zu nutzen, wirksam gemeinsame Interessen zu vertreten und verbindliche Ziele umzusetzen, ist auch für unsere Region unverzichtbar.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Zugleich bin ich aber auch der Überzeugung, dass die vielfältigen Kooperationen, die der Landtag und die Landesregierung haben, ein festes Überprüfungsdatum brauchen, um ihre Aktivitäten nachzusteuern und letztlich die Arbeit zu einem gemeinsamen Erfolg zu führen. Ich gehe noch weiter und sage: Die Kooperationen sind sehr wichtig und haben uns politisch unheimlich vorangebracht, aber wir sollten darüber nachdenken, dass wir auch ihnen ein Enddatum geben.

Ich nenne zwei Beispiele auf der europäischen Ebene, einmal wo ein Enddatum sehr effizient war. Das ist die Wiege der europäischen Integration, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Montanunion. Sie hatte in den frühen 50er-Jahren bei den Vordenkern sofort ein Enddatum bekommen und ist auch konsequent aufgelöst worden.

Wir haben auch ein Negativbeispiel: EURATOM, bis heute hochgepöppelt, blockiert jede alternative Wirtschaftsentwicklung, wird hochgradig einseitig gepöppelt, außerhalb jeglicher parlamentarischer Kontrolle, und dümpelt weiterhin vor sich her. Das ist ein Beispiel dafür, dass wir nachsteuern müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Die gemeinsamen Resolutionen mögen über weite Strecken alte, bekannte gemeinsame Ziele enthalten, einiges ist bereits auf den Weg gebracht, vieles

aber noch nicht umgesetzt worden und kann letztlich nur in überregionaler Abstimmung zum Erfolg geführt werden. Darum stimmen wir Grünen der Umsetzung einer gemeinsamen Politik und damit diesem Antrag zu, für ein starkes grünes Europa der Regionen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski das Wort.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viel ist zum Thema dieses Antrags und zu den beiden Resolutionen, die ihm zugrunde liegen, gesagt worden. Ich will drei Punkte hervorheben, die wir wichtig finden.

Erstens wird in den Resolutionen ein bisschen von dem geweckt, was wir Freude an Europa nennen, vor allen bei Jugendlichen, aber auch bei Menschen. Ich glaube, dass wir nicht nur mit **Resolutionen** und Politik die Freude hervorrufen können, sondern dass wir Interesse und Freude dadurch hervorrufen können, dass wir die **Menschen an Europa** teilhaben lassen.

Der zweite Punkt, der uns wichtig ist, ist dankenswerterweise auch schon angesprochen worden: **Sozialstandards** kommen auf die Charta.

Der dritte Punkt, der uns wichtig ist und bleibt: Der **Ostseeraum und Europa** sind mehr als die EU. Das finden wir gut so. Wir glauben, dass das so sein muss.

Wir haben an den Resolutionen im Detail Kritik, aber finden es kleinkariert, diese Kritik hier im Plenum vorzubringen. Wir werden damit in die Ausschüsse gehen und diesen Antrag natürlich mittragen.

(Beifall bei der LINKEN sowie vereinzelt bei
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort hat nunmehr die Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gehört zu den Binsenweisheiten internationaler

(Anke Spoorendonk)

Zusammenarbeit, dass beschlossene Resolutionen immer nur so gut sind, wie sie vor Ort umgesetzt werden. Das gilt nicht nur für die anstehende UN-Klimakonferenz in Kopenhagen, sondern auch für die regionale Zusammenarbeit im Ostseeraum.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz stellt die **parlamentarische Dimension** der Ostseekooperation dar, und sie ist eine notwendige Vertiefung der Arbeit des Ostseerats. Die Ostseeparlamentarierkonferenz ist also kein Parlament. Aus Sicht des SSW gehört die **Ostseekooperation** außerdem zu den Kernaufgaben des **Schleswig-Holsteinischen Landtags**. Ich hebe diesen Punkt ausdrücklich hervor, weil in den letzten Jahren nicht immer ganz klar war, ob dies von einer Mehrheit des Landtags weiterhin so gesehen wird. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir ausdrücklich die Aussage unseres neuen Landtagspräsidenten in seiner Rede zu seiner Wahl am 27. Oktober, dass der europäische Bezug unserer Parlamentarierarbeit seines Erachtens gestärkt werden sollte und gestärkt werden muss.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Jens-Christian Magnussen [CDU] sowie vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das sollte für die Ostseezusammenarbeit gleichermaßen gelten. Zum einen ist sie mit der Ostsee-Strategie der EU nun wirklich in der EU angekommen; zum anderen ist das dichte **Netzwerk** der Ostseekooperation Ausdruck für gelebte europäische Politik. Ich rufe daher in Erinnerung, dass es ein Merkmal der Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten ist, dass sich regionale Parlamente und nationale Parlamente gleichberechtigt daran beteiligen. Ich füge hinzu, dass mit der Gründung des Parlamentsforums Südliche Ostsee eine Lücke in der Zusammenarbeit der Südregionen des Ostseeraums geschlossen wurde.

(Beifall der Abgeordneten Anette Langner [SPD])

Zu den Inhalten in unserem nunmehr gemeinsam gestellten Antrag hier und heute ein paar Anmerkungen: Der SSW steht dazu, dass kein Weg daran vorbeigeht, die **Umweltbelastung** durch die **Schifffahrt** deutlich zu reduzieren. Mit guten Worten allein werden wir die Ostsee nicht retten können. Das Konzept Clean Baltic Shipping ist mit anderen Worten genauso notwendig wie die Umsetzung des HELCOM-Aktionsplans insgesamt. Ich finde es gut, dass unsere neue FDP-Kollegin das noch einmal ausdrücklich in ihrer Rede hervorgehoben hat.

Auch wenn es um die Entwicklung von **grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten** im Ostseeraum geht, muss Schleswig-Holstein am Ball bleiben, zumal wir mit den Erfahrungen aus dem deutsch-dänischen Grenzland auch wirklich punkten können.

Hinzu kommt, dass auch die Einbeziehung der nationalen Minderheiten - der dänischen, der friesischen und der deutschen Minderheit in Dänemark - etwas Besonderes darstellt. Mit der Analyse des Schleswig-Holsteinischen Landtags aus der letzten Wahlperiode zu den besonderen sprachlichen und kulturellen Kompetenzen der **Minderheiten** ist deutlich geworden, dass nationale Minderheiten für eine Region durchaus ein **Standortfaktor** sind und dass sie zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit - sprich, auch wenn es um die Etablierung grenzüberschreitender Arbeitsmärkte geht - etwas beitragen können. Stichworte sind hier Brückenbau und Kulturenvermittlung.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Unser interfraktioneller Antrag enthält als Letztes die Aufforderung an die Landesregierung, dem Landtag über die Umsetzung der im Antrag genannten Ziele zu berichten. Das ist gut so, weil damit auch eine Dynamik im Umsetzungsprozess gesichert ist. Für die Landesregierung bedeutet dies, dass sie dem Landtag gegenüber auch in der Pflicht steht darzulegen, wieso sie glaubt, dass alles besser werden kann, ohne dass die Zuständigkeiten für Europa-Angelegenheiten bei einem eigenständigen Europaminister oder einer Europaministerin angesiedelt sein soll. Ich bin gespannt auf die Berichterstattung und denke, dass wir dann auch damit weiter arbeiten werden.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Landesregierung spricht der stellvertretende Ministerpräsident. Herr Minister Dr. Garg, Sie haben das Wort.

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch die Partner der neuen Landesregierung haben sich ganz klar darauf verständigt, dass sich Schleswig-Holstein künftig noch stärker als bisher

(Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Heiner Garg)

im **europäischen Zusammenspiel** darstellen wird und darstellen muss. Wir müssen im besten Sinne des Wortes Lobbyarbeit leisten und Grundlagen für frühzeitige Positionierung auch im europäischen Kontext ermöglichen. Diese Zielsetzung ist auch Grund für die **Organisationsentscheidung**, die Querschnittsaufgabe Europa in die Staatskanzlei zu holen. Ich bin sicher, mit der Ressortenerweiterung der Staatskanzlei um die Europaangelegenheiten wird es uns gelingen, Schleswig-Holstein im harten europäischen Wettbewerb noch wirksamer als bisher zu positionieren. Denn eines müssen wir im Auge haben: Europäische Zusammenarbeit und Ostseezusammenarbeit sind keine Schön-Wetter-Themen. Das ist internationale Zusammenarbeit, das ist ein Zukunftsthema.

(Beifall bei FDP und CDU)

In unserer globalen Welt - und ganz besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten - reicht es nicht aus, sich als zwar starke, aber kleine Region allein dem Wettbewerb zu stellen. Gerade heute kommt es darauf an, Kräfte zu bündeln, voneinander zu profitieren und gemeinsam die Herausforderungen der Zeit anzugehen.

Deshalb arbeiten wir zusammen mit den norddeutschen Ländern. Deshalb arbeiten wir zusammen mit unseren Nachbarn in Dänemark. Deshalb arbeiten wir zusammen mit unseren Partnern im Ostseeraum.

Da kommt es gerade recht, dass der Europäische Rat vor drei Wochen eine **EU-Strategie** für den **Ostseeraum** beschlossen hat. Diese EU-Strategie wird der Entwicklung unserer Ostseeregion einen zusätzlichen Schub geben. Genau den wollen wir nutzen.

Heute stehen zwei Resolutionen des Parlamentsforums Südliche Ostsee und der Ostseeparlamentarierkonferenz zur Debatte. Die Parlamente des Ostseeraums haben beide Resolutionen parteiübergreifend beschlossen. Die Landesregierung begrüßt die einvernehmlich gefassten Beschlüsse. Selbstverständlich werden wir auch unseren Teil zu deren Umsetzung beitragen. Die Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene halte ich für ganz besonders wichtig, um die Partner rund um die Ostsee noch enger zusammenrücken zu lassen. Deshalb begrüße ich es sehr, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag an den Beratungen der Ostseeparlamentarierkonferenz beteiligt.

Ich freue mich auch, dass die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg dem Parlamentsforum beigetreten ist. Über die Beschlüsse der Ostseepar-

lamente freue ich mich ganz besonders, weil dem meerespolitischen Anliegen weiterhin großes Gewicht gegeben wird. Die Beschlüsse folgen einer **integrativen Meerpolitik**, wie sie Schleswig-Holstein schon seit Längerem verfolgt.

Die maritime Wirtschaft unserer Region zu fördern und den Zustand der Ostsee nachhaltig zu verbessern, war und bleibt unser Ziel. Wirtschaft und Natur in Einklang zu bringen - das ist die Basis für jede zukunftsgerichtete Politik. Deswegen begrüße ich die breite Unterstützung der schleswig-holsteinischen Initiative für **Clean Baltic Shipping**.

Der **Fünf-Punkte-Aktionsplan** hat die Zustimmung von sechs Ostseeorganisationen und vom Deutschen Bundestag erhalten. Die EU-Kommission hat die Projektkomponenten in ihren besagten Aktionsplan zur EU-Ostseestrategie aufgenommen. Dadurch haben wir nun auch den Segen des Europäischen Rats für das Konzept. Das ist ein ganz großer Erfolg, den wir uns alle gemeinsam auf die Fahne schreiben dürfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei FDP und CDU sowie vereinzelt bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Innerhalb der Ostseekooperation hat für Schleswig-Holstein die **Kooperation mit Dänemark** herausragende Bedeutung. Hier bestehen die engsten Kontakte.

Bis 2018 will Dänemark die **Fehmarnbelt-Querung** bauen. Für Schleswig-Holstein bedeutet das neue Chancen auf Wachstum und Arbeitsplätze. Es muss uns gelingen, die Querung für mehr Wertschöpfung und für Wohlstand zu nutzen. Daran wird diese Regierung gemeinsam mit allen arbeiten, die mit anpacken wollen. Für die Landesregierung ist dabei die Kooperation auf der Jütlandroute ein Vorbild. Trotz der Wirtschaftskrise pendeln immer noch rund 12.000 Deutsche nach Dänemark. Der Landesteil Schleswig und die Region Süddänemark wachsen langsam zu einer **gemeinsamen Wirtschafts- und Arbeitsregion** zusammen. Im Norden unseres Landes darf das gern noch mehr Fahrt aufnehmen. Spätestens ab 2018 muss uns das dann auch auf der Fehmarn-Route gelingen.

Meerespolitik und die Kooperation mit Dänemark - beide Beispiele machen deutlich, dass es bei der europäischen Kooperation und bei der Ostseekooperation um knallharte schleswig-holsteinische Interessen geht. Es geht darum, für die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins das Beste zu erreichen. Es geht um Arbeitsplätze, es geht um Wachs-

(Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Heiner Garg)

tum und Wohlstand, es geht aber genauso um den sozialen Zusammenhalt. Es geht schlicht darum, unser Land weiter voranzubringen. Dafür wird diese Landesregierung hart arbeiten, und alle hier im Hohen Haus sind eingeladen, uns auf diesem Weg weiter konstruktiv, aber selbstverständlich auch gern kritisch zu begleiten.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Ich danke dem stellvertretenden Ministerpräsidenten für diesen Bericht der Landesregierung. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden.

(Zuruf der Abgeordneten Anette Langner [SPD])

- Doch, Frau Abgeordnete Langner, der Abgeordnete Niclas Herbst hat vorhin Ausschussüberweisung beantragt, so habe ich seinen Beitrag verstanden. - Ich sehe, dass er jetzt den Kopf schüttelt. Dann ist keine Ausschussüberweisung sondern Abstimmung in der Sache beantragt worden. Dann kommen wir zur Abstimmung zu a), Umsetzung der Resolution des 7. Parlamentsforum Südliche Ostsee, Drucksache 17/18 (neu). Ich bitte um das Handzeichen, wer dem zustimmt. - Gegenprobe! - Stimmenenthaltungen? Damit ist der Antrag 17/18 (neu) einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung zu b) 18. Ostseeparlamentarierkonferenz, Drucksache 17/19 (neu). Auch hier bitte ich um Abstimmung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag Drucksache 17/19 (neu) einstimmig angenommen.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 14 und 24 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Unverzügliche Neuordnung der Trägerschaft im SGB II**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/22

b) Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand erhalten

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/37

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn. Das ist ihre erste Rede.

(Beifall)

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Schleswig-Holstein erhalten nach aktueller Auskunft der Bundesagentur für Arbeit mehr als 220.000 Arbeitsuchende und ihre Angehörigen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. Bundesweit sind es fast 7 Millionen Menschen. Das **Bundesverfassungsgericht** hat im Dezember 2007 - ich wiederhole: 2007! - entschieden, dass die **Mischverwaltung** aus Agentur für Arbeit und Kommunen verfassungswidrig ist.

Wir Grünen fordern jetzt eine unverzügliche **Neuordnung der Trägerschaft** im Sozialgesetzbuch II. Warum? Dadurch, dass das Arbeitslosengeld I dem **Arbeitslosengeld II** vorgeschaltet ist, werden die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in diesem Bereich zeitverzögert ankommen. Aber sie werden dort ankommen, meine Damen und Herren. Daran gibt es leider keinen Zweifel. Deswegen ist es wichtig, jetzt zu handeln. Oder stimmen etwa die Gerüchte, die ich höre, dass die neue Bundesregierung erst die Wahlen in NRW abwarten möchte? - Das will ich nicht hoffen, denn aus meiner Sicht wäre das unverantwortlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN - Zuruf)

- Gerüchte! - Wissenschaftliche Studien belegen: Arbeitslose sind häufiger krank und Kranke sind häufiger arbeitslos. Die **Arbeitslosen** in Schleswig-Holstein haben sich ihre Situation nicht ausgesucht. Sie sind darauf angewiesen, dass die **neuen Strukturen** zum 1. Januar 2011 funktionieren. Fragen Sie Fachleute. Eine Vorbereitungszeit von einem Jahr ist schon knapp bemessen. Daher ist es wichtig, dass jetzt eine Lösung auf den Weg gebracht wird, die sorgfältig erarbeitet ist und der Verfassung entspricht. Zwei Jahre hat die Bundesregierung Zeit, eine solche Lösung zu finden.

(Dr. Marret Bohn)

Der ehemalige Bundesarbeitsminister Scholz wollte mit den Zentren für Arbeit und Grundsicherung eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung fortschreiben. Diese Pläne hatten keinen Erfolg. Trotzdem liegt uns heute ein Antrag der Genossinnen und Genossen der SPD vor, der sich für eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung ausspricht. Die Organisationsform der ARGEn ist jedoch nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Der Koalitionsvertrag in Berlin sieht eine getrennte Aufgabenwahrnehmung vor. Das bedeutet einen Rückfall in die Zeit vor dem Arbeitslosengeld II,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

als Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nebeneinander herlaufen. Ein solches Wiederaufleben alter Verschiebebahnhöfe kann nun wirklich niemand wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir Grüne wollen, dass Arbeitsuchende optimal beraten und unterstützt werden. Wir wollen, dass sie alle **Hilfen aus einer Hand** erhalten, dass sie einen persönlichen Ansprechpartner oder eine persönliche Ansprechpartnerin haben, der oder die ihnen bei der Leistungsgewährung, Arbeitsvermittlung und ergänzenden Hilfe zur Seite steht. Und wir wollen eine verlässliche **Perspektive** für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der ARGEn. Seit zwei Jahren wissen sie nicht, wie ihre berufliche Zukunft aussieht. Viele haben sich einen neuen Arbeitsplatz gesucht oder sich zur Kommune zurückversetzen lassen. Auch das wirkt sich schlecht auf die Betreuung der Arbeitsuchenden aus.

Ich zitiere das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 2007:

„Der Gesetzgeber ... hat ... den verfassungsgewollten prinzipiellen Vorrang einer dezentralen, also gemeindlichen, vor einer zentral und damit staatlich determinierten Aufgabenwahrnehmung zu berücksichtigen. ... Das Anliegen, die Grundsicherung für Arbeitsuchende ‚aus einer Hand‘ zu gewähren, ist ... ein sinnvolles Regelungsziel.“

Meine Fraktion unterstützt daher eine Entfristung und Ausweitung des **Optionsmodells**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist genug Zeit ins Land gezogen. Jetzt ist es Zeit zu handeln. Ich

hoffe im Interesse der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein, dass wir bald eine gut funktionierende Lösung bekommen, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei aller auch berechtigter Kritik an der Hartz-Gesetzgebung bleibt festzuhalten: Die **Zusammenlegung** von **Arbeitslosen- und Sozialhilfe** war ein richtiger und ein notwendiger Schritt. Wenn jetzt die gelb-schwarze Koalition in Berlin die Jobcenter beziehungsweise die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von Arbeitsagenturen und Kommunen in den Arbeitsgemeinschaften, den **ARGEn**, zerschlägt, dann kommt das heillose Chaos auf die Betroffenen zu.

Das **Bundesverfassungsgericht** hat entschieden, dass bis zum 31. Dezember 2010 eine gesetzliche Regelung gefunden wird, die das Zusammenwirken von Agenturen und Kommunen auf eine verfassungsmäßige Grundlage stellt. Diese Aufgabe haben im letzten Jahr auf Bundesebene Bundesarbeitsminister Olaf Scholz und die Ministerpräsidenten Kurt Beck und Jürgen Rüttgers geleistet. Die maßgebliche Initialzündung für den gefundenen Kompromissvorschlag kam von unserem damaligen Arbeitsminister Uwe Döring, eine Initiative, über die wir hier im Landtag häufiger diskutiert und die wir alle gemeinsam intensiv unterstützt haben.

Mein Appell an Ministerpräsident Carstensen - der nun leider nicht hier ist: aber ich weiß, dass der stellvertretende Ministerpräsident das gern aufnimmt und weitergibt - ist, dass Schleswig-Holstein aus der Einheit der 16 Bundesländer, die dieses Vorgehen einstimmig unterstützt haben, nicht aussteigt, sondern daran erinnert, dass dieser gefundene Weg vernünftig, richtig war und seine Fortsetzung verdient hat.

(Beifall bei der SPD)

Verabschieden Sie sich also bitte jetzt nicht aus dem gemeinsamen Vorgehen und Handeln, damit auch zukünftig Langzeitarbeitslose Leistungen aus einer Hand erhalten.

(Wolfgang Baasch)

Leider scheiterte diese Umsetzung damals an der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die auf stur schaltete und sogar Angela Merkel im Regen stehen ließ. Die Blockade der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, eine vernünftige und allseits akzeptierte Arbeitsmarktpolitik infrage zu stellen, war der Bundestagswahl geschuldet. Aber jetzt die totale Abkehr vom Ziel, eine **einheitliche Grundsicherung und Hilfen** aus einer Hand für alle Arbeitsuchenden zu sichern, führt zu Chaos und wird die besonders Benachteiligten am Arbeitsmarkt zusätzlich treffen.

Allen Betroffenen droht zusätzliche **Bürokratie**. Sie haben zukünftig wieder zwei Ansprechpartner in verschiedenen Dienststellen. Dies hat nichts mit einer transparenten, modernen und ganzheitlichen Beratung und Antragsbewilligung zu tun. Die Landesarbeitsgemeinschaft der ARGEN in Schleswig-Holstein hat uns am 13. Oktober 2009 geschrieben und wie folgt formuliert:

„Jede angestrebte Lösung muss die Leistungsgewährung aus einer Hand für die Betroffenen sicherstellen. Es wäre ein enormer Rückschritt, wenn künftig jeweils Teile der Grundsicherungsleistung von der Bundesagentur für Arbeit ... und Teile von den Kommunen ... in unterschiedlichen Anlaufstellen mit unterschiedlichen EDV-Programmen und unterschiedlichen Bescheiden ausgezahlt werden würden. Eine getrennte Aufgabenträgerschaft, wie sie ohne neue Regelung zwangsläufig am 1. Januar 2011 eintreten würde, gefährdet die Grundversorgung von Betroffenen mit Leistung für den Lebensunterhalt und Unterkunftskosten.“

Den Appell der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den ARGEN, die mit ihrem Einsatz und vielen Kraftanstrengungen die Umsetzung der Regelungen im SGB II zum Laufen gebracht haben, sollten wir sehr ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Zukunft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der **ARGEN** selbst ist unsicher, wissen sie doch nicht, wo sie 2010 arbeiten werden, wenn es so käme. Neben den 13 ARGEN gibt es in Schleswig-Holstein auch zwei **Optionskommunen**. Um den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg Planungssicherheit zu geben, sah der vereinbarte Kompromissvorschlag ebenfalls eine Regelung vor, die auch diesen bestehenden Optionskommunen eine dauerhafte Rechtsgrundlage gesichert hätte.

Herr stellvertretender Ministerpräsident Garg, ich fordere Sie auf, vom eingeschlagenen Weg in Schleswig-Holstein nicht abzuweichen und die Initiativen von Uwe Döring weiter zu verfolgen. Widersprechen Sie laut und deutlich der Chaosstrategie der schwarz-gelben Bundesregierung, und vertreten Sie engagiert schleswig-holsteinische Interessen! Vertreten Sie engagiert die Interessen der Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind! Herr Minister Garg, setzen Sie sich engagiert dafür ein, dass die Grundorientierung der Leistung aus einer Hand erhalten bleibt! In dieser Frage haben Sie unsere Unterstützung sicher.

(Beifall bei der SPD)

Die Betroffenen brauchen einheitliche, bürgerfreundliche, verstehbare und nachvollziehbare Bescheide. Auch wenn hier noch viele weitere Qualitätsverbesserungen geleistet werden können - der Bericht der Bürgerbeauftragten macht dies jedes Mal deutlich -, so sollten wir uns darauf verständigen, dass weiter intensiv daran gearbeitet wird, das alles nachvollziehbarer und organisierter für die Betroffenen umzusetzen. Die Betreuung und Vermittlung von **Langzeitarbeitslosen** aus einer Hand muss auch zukünftig erhalten bleiben. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

Zum **Antrag der Grünen** will ich kurz anmerken: Ich finde es richtig und gut, auch über die Frage zu diskutieren, wie man das kommunal organisieren kann. Ich schlage aber vor, diesen Antrag noch einmal an den Ausschuss zu überweisen, weil er viele Details vorgibt. Ich würde gern mit den **Kommunen** darüber diskutieren, was es bedeutet, Optionskommune zu werden. Ich würde auch gern darüber diskutieren, was es bedeutet, wenn man die von der Arbeitsagentur organisierten Projekte in einer getrennten Struktur - natürlich wieder mit den dann optierenden Kommunen - zusammenführen muss.

Frau Präsidentin, ich bin am Ende meines Beitrags. Ich schlage vor, den Antrag an den Sozialausschuss zu überweisen. Dort könnten wir mit den Kommunen noch einmal das Gespräch suchen, um alles handhabbar und organisierbar zu gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir erörtern in der Tat eine wichtige arbeitsmarkt-, sozial- und wirtschaftspolitische Frage. Bis zum 31. Dezember 2010 muss die **Neuregelung** stehen. Das hat mit Gerüchten über NRW überhaupt nichts zu tun, das ist die geltende Beschlusslage. Es ist auch die rechtliche Lage, die wir auszufüllen haben.

Die erste Frage lautet, ob die Zahlungen danach gefährdet seien. - Natürlich nicht, darum geht es in dieser Fragestellung nicht. Die zweite Frage lautet: Ist die Zeit zu knapp, um das neu zu regeln? - Ich meine nicht. Wir wissen, was auf uns zukommt. Auch der Bund weiß es. Auch im Jahr 2004 war es - wenn auch unter sehr großem Zeitdruck - möglich, am Ende alles vernünftig hinzubekommen. Dies zu den Sorgen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir eine ehrliche Bilanz der **ARGEn** und der Lage ziehen. Angesichts der knappen Zeit will ich das nur kurz andeuten. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der **ARGEn** haben wir einen zum Teil erheblichen Frust, und zwar auch über Arbeits- und Zeitverträge. Wir haben zum Teil in den **Jobcentern** eine **Fluktuation** von 40 % gehabt. Wir haben bei der Betreuung zum Teil eine **Anonymität**, die ich mir nicht für arbeitslose Menschen vorstelle. Die große Zahl von **Rechtsstreitigkeiten**, die unsere Gerichte überlasten, zeigen, dass nicht alles so herrlich ist, wie es dargestellt wird. Wir haben auch eine Reihe von **Kommunen**, die gern **optieren** würde. Ich begrüße es, wenn BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser Richtung weiter voran wollen. Das ist beste CDU-Politik. Die stößt nur an rechtliche Grenzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben eine Situation, in der die Arbeitslosigkeit Gott sei Dank erheblich zurückgegangen ist. Das hat auch etwas mit der Arbeit der Jobcenter zu tun. Vor allem aber hat dies mit einer Politik des Wachstums und mit einer konkreten Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein in den letzten vier Jahren zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt soziale Fragen, die die **ARGEn** wahrlich nicht haben lösen oder eindämmen können. Schuldenprobleme und andere Fragen sind häufig zu kurz gekommen. Der damalige Vorschlag von Herrn Scholz, eine Mammutbehörde zu machen, hätte bedeutet, dass wir einen neuen Staatskonzern mit

mehr als 50.000 Mitarbeitern bekommen hätten. Dazu kann ich nur sagen: Nein, danke!

(Beifall bei der CDU)

Jede Veränderung ist auch eine Chance. Diese gilt es zu nutzen. Hilfen und Maßnahmen sollten dort, wo dies sinnvoll und machbar ist, weiter als **Hilfen unter einem Dach** geleistet werden. Bisher lautete die Formulierung häufig: aus einer Hand. Ich sage: Hilfen unter einem Dach. Hier soll nichts künstlich auseinandergezogen werden. Dass man Bescheide und Leistungen auch in dieser Form ohne Mehraufwand vernünftig machen kann, ist überhaupt nicht in Streit zu stellen.

Weiterhin brauchen wir eine dauerhafte Arbeits- und **Planungssicherheit** für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihre Familien. Herr Kollege Baasch, Sie haben eine Formulierung der Landesarbeitsgemeinschaft zitiert. Sie sollten ein weiteres Zitat aus dem Schreiben nehmen. Unter Punkt 3 heißt es:

„Ein zukünftiges Organisationsmodell als Nachfolge der Arbeitsgemeinschaften ... muss gewährleisten, dass die Personal- und Organisationshoheit eindeutig geregelt wird. Nur so ist sicherzustellen, dass personelle Kontinuität entsteht, die für die erfolgreiche Betreuung der Langzeitarbeitslosen unabdingbar ist. Manche Arbeitsgemeinschaften und Jobcenter mussten ... Personalfluktuationen von bis zu 40 % verkraften.“

Deutlicher kann man die Kritik nicht zum Ausdruck bringen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, der wichtig ist. Strukturen haben in der Arbeitsmarktpolitik ihre Bedeutung. Genauso wichtig sind aber Ergebnisse und Ziele. Die **Inhalte**, um die es geht, dürfen bei dieser Diskussion nicht zu kurz kommen. Sie lauten: weiter fördern und fordern. Arbeit und Leistung müssen sich lohnen. Dies ist nicht vorrangig von Organisationsstrukturen abhängig.

(Beifall bei der CDU)

Gottlob hat die neue schwarz-gelbe Koalition in Berlin mit Ungerechtigkeiten bei **Hartz IV** aufgeräumt. Ich nenne hier das Thema **Schonvermögen**.

(Zurufe von der SPD)

- Wollen Sie dazu Buhen, dass die Leute, die 40 Jahre gearbeitet haben, ihr Geld endlich nicht mehr innerhalb von einem Jahr aufgeben müssen?

(Werner Kalinka)

Das war das Unsozialste, was es in diesem Land je gegeben hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich finde es ausgesprochen lobenswert, dass auch die FDP die **Zuverdienstmöglichkeiten** mit hineingebracht hat. Das ist genau die richtige Richtung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sozialdefinition heißt, den Menschen zu helfen, die Hilfe nötig haben. Dazu zählt auch Arbeit. Für mich setze ich hinzu: Eine Entlohnung, die den Menschen eine wirkliche Lebensperspektive gewährleistet, ist die beste Sozialpolitik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine abschließende Bemerkung machen: Wir werden in dieser Frage auf eine gute Zusammenarbeit mit Berlin angewiesen sein, denn dort fallen die Entscheidungen. Diese Chancen sollten wir nutzen. Der Arbeits- und Sozialminister Franz Josef Jung ist ein außerordentlich pragmatischer und kommunal und regional verankerter Mann. Ich bin sicher, dass er diese praktischen Dinge in seine Regelungen mit einbezieht, transparente Gesetzgebungsverfahren macht und auch im Gespräch ist. Wir sollten in Ruhe und Sorgfalt mitarbeiten. Wir sollten in der Tat im Sozialausschuss über die Anträge beraten. Manche Antworten auf Probleme brauchen etwas mehr als drei bis vier Sätze auf einem Stück Papier.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2007 zur Verfassungswidrigkeit der nicht eindeutigen **Zuständigkeit bei den Arbeitsgemeinschaften** stehen wir unbestritten vor einer sehr großen Herausforderung. Es geht um nicht mehr und um nicht weniger als um die mögliche Rückabwicklung der wohl größten **Reform** des Sozialwesens in der Bundesrepublik Deutschland. Hier müssen wir uns als Land Schleswig-Holstein für die Kommunen, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und natürlich für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein einsetzen. Für die FDP ist dabei stets oberstes Ziel, dass der Fokus

auf die **Wiedereingliederung** der Hilfeempfängerinnen und -empfänger **in den Arbeitsmarkt** gerichtet wird.

Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger müssen im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen. Die FDP-Fraktion hat am 23. April 2008 gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und SPD hier im Haus einen Antrag eingebracht und beschlossen, in dem wir uns unter anderem dafür ausgesprochen haben, dass die Hilfe für den Bürger aus einer Hand erhalten bleibt, die Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen als Regelmodell fortgeführt wird und das Modell Optionskommunen entfristet und gegebenenfalls auch für weitere Kommunen ermöglicht werden soll.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Alles richtig, wunderbar!)

- Vielen Dank. Die Kommunen sowie die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sollten vor dem gefürchteten Chaos im Falle einer kompletten **Rückabwicklung** bewahrt werden. Es darf nicht sein, dass es Anfang 2011 zu Problemen bei der Auszahlung an bundesweit über sieben Millionen Menschen kommt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die Zeit bei der **Neuordnung der Trägerschaft im Sozialgesetzbuch II** drängt. Da gebe ich Ihnen recht. Wir als FDP-Fraktion setzen uns dafür ein, dass aus dem zuständigen Bundesministerium zeitnah eine geeignete Vorlage kommt, die dazu beiträgt, im engen zeitlichen Rahmen - der unbestritten besteht - eine für alle Beteiligten sinnvolle, das heißt möglichst unbürokratische und flexible Lösung zu finden.

Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz in der kommenden Woche am 25. und 26. November hat unserer Meinung nach die Aufgabe, auch Druck auf das Bundesministerium auszuüben und zu einer grundsätzlichen Einigung beizutragen, damit keine weitere Zeit verloren geht und schnell für alle Beteiligten Klarheit herrscht.

Nun gibt es - wie schon angesprochen - leider noch unterschiedliche Auffassungen. Gegen die nachträgliche Legalisierung der bestehenden Arbeitsgemeinschaften durch die Schaffung sogenannter Zentren für Arbeit und Grundsicherung - das ist das Modell Scholz -, die als Anstalten öffentlichen Rechts gegründet werden könnten, gibt es auf Bundesebene große Vorbehalte, was die Sache sicherlich nicht einfach macht.

(Christopher Vogt)

(Wolfgang Baasch [SPD]: Nur in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion!)

Kritik wird vor allem an der noch engeren Verknüpfung der Behörden, den hohen Kosten und der Bürokratie geübt. Wir sind der Auffassung, dass es mehr Aufwand für alle Beteiligten bedeuten würde, wenn man Arbeitsagentur und Sozialbehörden wieder komplett getrennt arbeiten lassen würde. Rund 350 **Jobcenter** müssten bundesweit innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums entflochten werden. Es wurden schon die IT-Systeme angesprochen. Das Kopieren der Aktenbestände würde sicherlich einen hohen Aufwand und hohe Kosten bedeuten. Das ist auf jeden Fall problematisch, das sehen wir genauso. Dabei sollte man auch im Blick haben, dass durch das Auslaufen der Kurzarbeit in den nächsten Monaten im schlimmsten Fall neue Arbeitslose hinzukommen werden.

Für uns ist auf jeden Fall klar, dass das Bundesministerium sehr zeitnah einen geeigneten Gesetzentwurf vorlegen muss, in dem der betroffene Bürger im Mittelpunkt steht und **Hilfe aus einer Hand** gewährleistet ist. Ich bin zuversichtlich, dass es gelingt, eine akzeptable Lösung zu finden.

Ich möchte, dass wir die beiden Anträge von der SPD und den Grünen im Sozialausschuss beraten. Wir werden der Überweisung an den Ausschuss zustimmen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Antje Jansen.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die sogenannten Reformen, die unter dem Namen Hartz IV im ganzen Land Angst und Schrecken verbreiten, gehören abgeschafft. - Klatschen!

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist die Position der LINKEN. Unter dem irreführenden Slogan „Fördern und fordern“ - das wurde von der CDU hier auch ausführlich benannt und erklärt, was sie darunter versteht - wurde bei vielen Menschen im Land die Hoffnung geweckt, dass es für sie einen Weg zurück in die Arbeitswelt und in die Gesellschaft gibt. Endlich wieder auf eigenen Beinen stehen, endlich wieder weniger abhängig von staatlichen Leistungen sein, diese Hoffnungen

wurden durch das Gesetz und gerade auch von den Ausführenden in den **ARGEn** bitter enttäuscht.

Statt zu fördern, wurden den Arbeitslosen und den Arbeitssuchenden sinnlose Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen - das sei hier noch einmal gesagt: entwürdigende -, **Ein-Euro-Jobs** aufgenötigt. Aus Forderungen wurde Gängelung, unnötige Sanktionen, wenn die Arbeitslosen und Arbeitssuchenden nicht mitzogen, und meist wurden ihnen auch ihre finanziellen Leistungen vorenthalten.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Frau Abgeordnete Jansen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Werner Kalinka?

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Ja, das kann ich machen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Dann erteile ich Herrn Abgeordneten Kalinka das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Herr Kalinka!

Werner Kalinka [CDU]: Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt, dass die Zahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein seit 2005 von 180.000 auf etwa 105.000 gesunken ist?

- Das ist mir bekannt. Aber glauben Sie mir, diejenigen, die die **Ein-Euro-Jobs** machen, sind aus der **Arbeitslosenstatistik** herausgestrichen worden. Die Ein-Euro-Jobs hier in Schleswig-Holstein, gerade auch in den Städten, haben sich meiner Meinung nach auch erhöht. Das ist meine Information, und so ist es auch. Sicherlich ist die Arbeitslosenzahl gesunken, Herr Kalinka, auch durch die Verschiebebahnhöfe. Wenn die Leute Weiterbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen machen, sind sie nicht in der Statistik der Arbeitslosen erfasst. Solche Tricks werden hier angewandt, um die **Arbeitslosenzahlen** zu beschönigen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abgeordneten Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hartz IV hat nach unserer Meinung bewirkt, dass hier in Schleswig-Holstein die **Armut** drastisch zugenommen hat. Selbst die schleswig-holsteinische Bürgerbeauftragte beklagte in den letzten Jahren -

(Antje Jansen)

seit es dieses Gesetz gibt - in ihrem Abschlussbericht, dass das größte Problem der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner das Problem mit dem Gesetz Hartz IV ist.

Die LINKEN, die im Bundestag sitzen, konnten dieses Gesetz leider noch nicht abschaffen. Also müssen wir hier dafür sorgen, dass es den von Hartz IV Betroffenen besser geht und sie letztlich ihre Lebenssituation verbessern können.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu zählt auch die neue Regelung der **Trägerschaft**. Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2007 die jetzige Konstruktion für **verfassungswidrig** erklärt. Wir brauchen also andere Möglichkeiten.

Für uns würde es drei Möglichkeiten geben. Es gibt zum einen die Möglichkeit, die Trägerschaft ohne Änderung der Verfassung neu zu regeln. Die neue Bundesregierung - ich weiß nicht, ob das nur einfach ein Gerücht ist; ich denke aber, ich habe das so im Koalitionsvertrag gelesen - hat sich auf die denkbar schlechteste Lösung festgelegt. Ihr Konzept sieht die **Trennung der Aufgaben zwischen Agentur für Arbeit** und den **Kommunen** vor. Damit gibt sie den einzigen Gedanken der sogenannten Hartz-IV-Reform auf, der in der bisherigen Diskussion auch für uns unstrittig ist, nämlich die Gewährung von Leistung und Hilfen für Arbeitsuchende und Arbeitslose aus einer Hand. Damit würde sich die Situation der Menschen, die diese Leistungen beziehen, weiter verschlechtern. Sie wären gezwungen, ihre Anträge weiter bei **zwei** getrennten **Anlaufstellen** einzureichen: Getrennte Zuständigkeiten, dafür doppelte Prüfung der Bedürftigkeit und Warten auf zwei Bescheide. Hilfesuchende Bürgerinnen und Bürger werden in einer Situation, in der die Gefahr besteht, auf das Leistungsniveau von Arbeitslosengeld II abzurutschen, dazu gezwungen, ihre Zeit und ihre Kraft darauf zu verwenden, unüberschaubare Formularberge rechtsverbindlich auszufüllen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die öffentlichen Verwaltungen müssen endlich aufhören, die Verantwortung für die mangelnde interne Zusammenarbeit auf die Bürgerinnen und Bürger abzuwälzen. Außerdem muss ihnen gerade im Fall von Leistungen zum Lebensunterhalt die Möglichkeit genommen werden, die Zahlungen mit dem Verweis auf andere öffentliche Stellen hinauszuzögern.

Wirkliche Hilfe hingegen benötigt eine **enge Verzahnung** von Hilfeangeboten und eine **integrierte Planung**.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb muss sie aus einer Hand kommen. Aus diesem Grund vertritt DIE LINKE die Position, die Trägerschaft im SGB II eindeutig zuzuweisen. Weder eine zentrale Trägerschaft bei der Bundesagentur für Arbeit noch eine dezentrale Trägerschaft bei den Kommunen wird ohne Probleme sein.

Unserer Meinung nach wäre es vielleicht aber auch richtig und brächte vielleicht auch mehr Vorteile, wenn man sich - einmal als Vorschlag gedacht - in diesem Fall für die Bundesagentur für Arbeit entscheidet.

(Lars Harms [SSW]: Bloß nicht!)

- Gut, das kann ich jetzt noch einmal begründen. Erwerbslosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und sollte daher von einer **zentralen Einrichtung** bearbeitet werden. Nur eine bundeseinheitliche Verwaltung ist in der Lage, die Ziele einheitlicher Lebensverhältnisse und gleichwertige Standards bei der Leistungserbringung sowie die Qualität sozialer Dienstleistungen zu garantieren. Seit längerer Zeit müssen wir die verhängnisvolle Entwicklung beobachten, dass die Erwerbslosen in zwei Klassen gespalten werden. Die Zuweisung der Trägerschaft für SGB II an die Agentur könnte ein Schritt sein, dies zu stoppen und vielleicht auch umzukehren.

(Beifall bei der LINKEN)

Für die Arbeitsvermittlung und das Angebot arbeitsmarktpolitischer Leistungen würden wieder gleichwertige Standards gelten.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Frau Abgeordnete, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Ja, okay. - Das Problem Arbeitslosigkeit würde durch die **Trägerschaft bei der Bundesagentur** wieder mehr mit dem System der Sozialversicherung verbunden. Jetzt droht sie leider immer tiefer in das Fürsorgesystem abzugleiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Für uns gäbe es die Möglichkeit, aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen eine Trägerschaft der Bundesagentur für Arbeit ins Auge zu fassen. Aus sozi-

(Antje Jansen)

alpolitischen Erwägungen heraus könnte man aber auch dafür plädieren, an dem Modell der **Optionskommune** festzuhalten.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Frau Abgeordnete, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Ja, das tue ich. - Wir werden uns bei der Abstimmung über die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD der Stimme enthalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat jetzt Herr Abgeordneter Tietze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. - Entschuldigung, Herr Tietze, Sie sind noch nicht an der Reihe. Sie sind zu früh gestartet, was mich offensichtlich sehr beeindruckt hat. Ich entschuldige mich beim SSW.

Zunächst einmal hat selbstverständlich für die Fraktion des SSW Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin aus dem Kreistag ja gewohnt, dass wir übersehen werden. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit der **SGB-II-Mischverwaltung** sind zwei Jahre ins Land gegangen. Außer hektischen Diskussionen, dem Ruf nach der Änderung des Grundgesetzes und einem unglaublichen Abstimmungshack insbesondere bei der CDU ist seitdem nicht viel passiert. **Das Bundesverfassungsgericht** ahnte das schon und legte darum eine Frist bis zur Neuregelung fest: Silvester nächsten Jahres. Es verbleiben also noch 13 Monate.

Eine Neuregelung ist nicht nur wegen der Verfassungswidrigkeit der SGB-II-Mischverwaltung, sondern auch deshalb erforderlich, weil die gesamte **Arbeitsmarktpolitik** bekanntermaßen große Schwächen hat. Ich möchte hier nur einige Probleme stichwortartig anreißen. Die wenigsten Hartz-IV-Empfänger erhalten alle Leistungen, Beratungen und Informationen aus einer Hand. Im Gegenteil: Die organisierte Nichtzuständigkeit hat zu einer regelrechten **Klageflut** geführt. Die meisten Klagen entspringen reiner Notwehr, weil die Hilfeempfän-

ger wegen eines für sie völlig unverständlichen Kompetenzwirrwarrs monatelang überhaupt keine Leistungen erhalten.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Daneben ist die Förderung jugendlicher Hilfeberechtigter suboptimal. Die Fallbearbeitung erschöpft sich oftmals in der Prüfung der Kindergeldberechtigung oder der Prüfung, ob jungen Erwachsenen eine eigene Wohnung zusteht. Fachgerechte und sachgerechte Förderung im Hinblick auf den ersten Arbeitsmarkt sieht anders aus

(Beifall bei SSW und der LINKEN sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und beinhaltet eine persönlich engagierte und sachlich fundierte Beratung und Förderung. Genau diese fehlt.

Als letzten Punkt nenne ich den Skandal der sogenannten **Ein-Euro-Jobs**. Raffgier, aber auch wirtschaftliche Not motiviert viele Betriebe zur Einstellung von Ein-Euro-Jobbern. Dabei nehme ich die Kommunen als Arbeitgeber nicht aus. Auf diese Weise wuchs mit Steuergeldern langsam ein **Schattenarbeitsmarkt** heran, der für die Betroffenen eine Einbahnstraße darstellt, denn sie haben nicht die Möglichkeit, im ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Viele Ein-Euro-Jobber verdrängen sogar systematisch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, sodass es immer mehr Arbeitgeber gibt, die inzwischen die Aufstockung durch Hartz IV selbstverständlich bei ihren niedrigen Stundenlöhnen mit einrechnen.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Bereits diese Beispiele führen in der Gesamtschau zu einem vernichtenden Urteil über die sogenannten Hartz-Reformen.

(Beifall beim SSW)

Sollten die vielen Probleme sich mit den ermüdenden Nachtsitzungen des Vermittlungsausschusses erklären, die der Verabschiedung vorangingen, dann hat der Gesetzgeber offenbar nichts daraus gelernt. Genau das Gleiche droht jetzt nämlich zum zweiten Mal: Entscheidungen unter Zeitdruck in letzter Sekunde und hinter verschlossenen Türen. Dabei gerät das Anliegen einer modernen, individuellen Arbeitsmarktpolitik aus dem Blick. Es kommt aber genau darauf an, eine moderne, individuelle Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln. Deshalb sollten wir jetzt ein neues Konzept auf den Tisch legen, nach dem die **Kommunen** die **Förderung der Langzeitarbeitslosen** übernehmen. Eine effektive

(Flemming Meyer)

Förderung setzt voraus, dass man die **lokalen Gegebenheiten** und Entwicklungen kennt, denn das ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Qualifizierung.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die hiesigen **Optionskommunen** Nordfriesland und Schleswig-Flensburg stehen für neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik, wobei von Anfang an auch der gemeinsame Arbeitsmarkt mit Dänemark genutzt wurde. Die Kommunen sind dichter dran; sie kennen sich vor Ort aus. Schließlich sind sie es auch, die durch höhere Steuereinnahmen direkt davon profitieren, wenn ein Arbeitsloser wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fasst.

Der SSW setzt sich daher dafür ein, aus der bisherigen Ausnahmeregel der Optionskommunen eine neue kommunalisierte Arbeitsmarktpolitik erwachsen zu lassen. Da der Antrag der Grünen sich mit unseren Zielvorstellungen deckt, werden wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Jetzt erteile ich Herrn Abgeordneten Tietze zu einem Dreiminutenbeitrag das Wort.

Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich in dieser Debatte als Nordfrieser zu Wort gemeldet, weil das, was wir in **Nordfriesland** auf den Weg gebracht haben, hier tatsächlich noch einmal erläutert werden muss, um auch die Intention unseres Antrags zu unterstützen.

Welche Ziele wurden erfolgreich verfolgt? Wir haben sehr früh erkannt, was die Integration in den Arbeitsmarkt bedeutet. Durch die **Integration in den Arbeitsprozess** wird Menschen wieder eine Würde gegeben. Arbeit ist das Wichtigste in unserer Gesellschaft. Das sind die Ziele, die uns auch kommunal geleitet haben. Herr Dr. Bastian ist heute ja hier; er hat die Umsetzung der genannten Ziele stark forciert und mit einer kompetenten Amtsleitung die Umsetzung auch erreicht. Wir haben es in Nordfriesland einstimmig über alle Parteigrenzen hinweg geschafft, uns in den letzten sechs Jahren immer wieder hinter die Ziele und die entsprechende Strategie zu stellen. Das zeigt, dass Arbeitsmarktpolitik auch überparteilich organisiert werden kann. Am Ende kann man dann das Ziel erreichen,

die Menschen in Arbeit zu bringen. Es ist quasi eine Evaluation des Alltags, die stattfindet. Wenn wir 2.000 Menschen pro Jahr wieder in Arbeit bringen, kann die Politik in Nordfriesland darauf stolz sein. Dann kann gesagt werden: Das ist unser Verdienst. Es ist genau die richtige Politik, die wir dort unterstützt haben.

Es wird somit deutlich, dass **Kommunen** den hier angesprochenen Aufgabenbereich am besten erfüllen können. Die Kommunen verfügen über Netzwerke. Dort ist zum Beispiel der Handwerker im Kreistag oder auch in den politischen Netzwerken vertreten. Er wird sagen: Natürlich mache ich mit, wenn du mich fragst, ob wir in diesem oder jenem Fall eine Vermittlung organisieren können. - Genau das ist es, was dieses Modell letztlich so erfolgreich gemacht hat. Es geht insofern nicht um gute oder schlechte Politik, sondern tatsächlich um eine Erkenntnis, die wir in der Praxis gewonnen haben. Unser Antrag will dies noch einmal auf den Punkt bringen. Wir plädieren dafür, sich - über die Parteipolitik hinausgehend - für die **Fachlichkeit** einzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben es mit folgendem Problem zu tun. Das **Bundesverfassungsgerichtsurteil** hat die Optionskommunen eigentlich nicht getroffen. Niemand hat gesagt, das, was wir in den Optionskommunen tun, sei falsch. Im Gegenteil. Wir leiden jetzt aber darunter, dass die Politik sich nicht einigen kann. Es gibt natürlich auch fähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich Sorgen machen, wie es weitergeht. Ich nenne das Erfolgskonzept noch einmal: In den **Optionskommunen** gibt es ein professionelles Fallmanagement. Für dieses Management nehmen wir uns Zeit, und dafür brauchen wir qualifizierte Fallmanagerinnen und Fallmanager.

Ich möchte noch etwas zu dem sagen, was Antje Jansen hier für DIE LINKE ausgeführt hat. Ich will hier kein ARGE-Bashing betreiben. Man muss doch aber einmal deutlich machen, dass die ersten und die schwierigsten Probleme, die wir hatten, diejenigen mit der **BA** waren. Wenn wir als nordfriesische Optionskommune eine Anfrage betreffend freie Stellen gestellt haben, sagte die BA in Flensburg: Aufgrund von Datenschutzregelungen können wir Ihnen diese Informationen nicht zur Verfügung stellen. - Das ist die Realität im **Umgang** zwischen BA und Optionskommune. Inzwischen hat sich die Situation zwar etwas verbessert, aber dennoch muss man klar und deutlich sagen, dass die BAen von

(Andreas Tietze)

Nürnberg aus dirigiert werden. Die Direktiven sind klar. Es gibt auch gute ARGEn, hier in Kiel beispielsweise. Ich will das an dieser Stelle gar nicht infrage stellen. Im Kern will ich aber noch einmal deutlich machen:

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Tietze, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn man Rechtssicherheit schaffen will, muss man dem Optionsmodell endlich eine Chance geben und es tatsächlich öffnen, damit auch weitere Kommunen beitreten können. Ich würde mir wünschen, dass wir darüber im Ausschuss gemeinsam beraten. Nach der Überweisung wird unser Antrag im Ausschuss ja zur Beratung anstehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat gezeigt, dass es vernünftig ist, dass wir uns im Ausschuss damit gründlicher auseinandersetzen und das Thema dort in der Tat ganz sachbezogen und ohne falsche Aufgeregtheit erörtern.

Lassen Sie mich erstens feststellen, dass die Koalitionsvereinbarung in Berlin vorsieht, dass die **Optionskommunen** von nun an dauerhaft arbeiten können.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Entfristungsregelung sorgt zumindest dafür, dass diejenigen, die gute Arbeit leisten, dies auch zukünftig machen können.

(Beifall bei der CDU)

Hinsichtlich der Frage einer möglichen **Ausweitung** sind wir, glaube ich, rechtlich beieinander.

(Beifall bei der CDU)

Wir würden gern mit Ihnen zusammen, auch in der Ausschussarbeit, vielleicht auch bei anderen Gelegenheit, vertiefen, inwieweit wir flexiblere Regelungen finden können.

Ich muss allerdings eines hinzusetzen: Uns wird gesagt, dass eine Ausweitung der Optionsmöglichkeiten rechtlich schwierig sei. Das müssen wir dann einfach miteinander erörtern. Da hat es keinen Sinn, etwas aufzuschreiben und Erwartungen zu wecken, die wir nachher nicht erfüllen können. Wir haben uns natürlich auf diese Debatte vorbereitet, und es wird uns gesagt, es sei schwierig. Aber wenn etwas schwierig ist, heißt es ja nicht, dass es völlig unlösbar ist und mit anderen Dingen nicht doch angegangen werden kann. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten.

Wir haben das gemeinsame Ziel, dass wir möglichst viele **flexible**, pragmatische, **regional verankerte Chancen** nutzen; denn das ist im Grunde die wirksamste Arbeitsmarktpolitik in der schwierigsten Zielgruppe.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich möchte mir die Anregung erlauben, dass wir eventuell auch mal als Ausschuss nach Berlin fahren.

(Unruhe)

- Es war mir klar, welche Reaktionen ich jetzt ernte. Ich gehöre ja zu denen, die eigentlich mit dem Landtag nie auf Reisen gehen, weil ich ein sparsamer Mensch bin.

(Zurufe)

- Das stimmt. Genau! - Aber, meine Damen und Herren, der Herr Landtagspräsident wird mir bestätigen: Die sieben Tage nach Oslo habe ich auch nicht mitgemacht.

(Weitere Zurufe)

- Also, meine Damen und Herren, ich habe noch 30 Sekunden Zeit. Ich möchte die Anregung geben - das meine ich jetzt ganz ernsthaft -, dass wir den Sachverstand, der hier vor Ort vorhanden ist, dass wir unsere verschiedenen Ideen im Bundesarbeitsministerium den relevanten Entscheidungsträgern dort vortragen und mit ihnen ausdiskutieren. Ich sehe darin eine wirkliche Chance; denn manche Entscheidungen werden doch dort so getroffen, dass man das einsieht, was gesagt wird. Deswegen war es von mir ernsthaft gemeint, die Chancen zu nutzen, denen, die zu entscheiden haben, Informationen anzubieten und zur Verfügung zu stellen, sie vielleicht auch zu uns einzuladen, um wirklich eine dauerhaft optimale Arbeitsmarktförderung zu erreichen.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will überhaupt nicht in Abrede stellen, dass sich **Optionskommunen** in Nordfriesland und Schleswig-Flensburg nach anfänglichem Holpern auf einen sehr erfolgreichen Weg gemacht haben. Ich will nur daran erinnern, dass es in Schleswig-Flensburg im Zusammenhang mit der Betreuung von Jugendlichen ganz lange gedauert hat, bis man begriffen hat, dass man dafür extra Berater einstellen muss. Also, eine Kommune, die die Aufgabe übernimmt, ist nicht per se gut, sondern sie kann auch Fehler machen. Wir wollen aber nicht, dass sie Fehler macht. Wir wollen helfen und unterstützen, dass die Regelungen im Interesse der Betroffenen, derjenigen, die auf Unterstützungsleistungen angewiesen sind, geordnet werden.

Ich will aber auch davor warnen, in dem Zusammenhang die **Agentur für Arbeit** herauszunehmen. Es glaubt doch keiner von uns, dass jede Kommune in der Lage ist, eigene Arbeitsmarktprojekte zu organisieren, ohne daran die Agentur für Arbeit zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die damit nichts mehr zu tun hat, wenn die nicht in Projekte, in Prozesse eingebunden wird, wird das schwieriger. Ich sage das auch ganz offen: Wenn die **getrennte Aufgabenwahrnehmung** kommt, dann kommen die Direktiven aus Nürnberg, und die gelten dann nur für die Agentur.

Dann kann sich jede Kommune vor Ort auf den Weg machen. Dann haben sie mal einen mehr oder weniger guten Landrat, dann klappt das mehr oder weniger gut. Dann haben sie mal einen mehr oder weniger engagierten Bürgermeister, dann ist das mehr oder weniger gut. Ich finde, eine anständige und sachgerechte Leistung darf nicht davon abhängen, wie Kommunalpolitik vor Ort funktioniert, wie der Bürgermeister oder ein anderer Akteur funktioniert.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gilt darauf hinzuwirken, dass es **verlässliche rechtliche Grundlagen** gibt, auf die sich die Menschen berufen dürfen.

Von daher bitte ich schon darum, dass man die Diskussion nicht auf solch einem Niveau führt, dass wir hier im Detail alles regeln könnten.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter Baasch, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Tietze zu?

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ja, gern.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Bitte, Herr Tietze.

Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Baasch, stimmen Sie mir zu, dass die Bundesagentur tatsächlich auch Einfluss nimmt auf die Kosten in den ARGEn, dass sie Kostenersparnis durchführt und damit auch die Arbeitsverwaltung letztlich langfristig austrocknet und eben teilweise Mittel für die Verwaltung nicht mehr zur Verfügung stellt?

Wolfgang Baasch [SPD]:

Das ist wieder so eine Frage! Mit Ja oder Nein kann man darauf nicht antworten, weil das schon differenziert zu betrachten ist. Ja, so etwas gibt es. Ich kenne auch ARGEn, die zum Beispiel Geld gern für Qualifizierungsmaßnahmen und nicht für Ein-Euro-Jobs ausgegeben haben, und die örtliche Agentur hat Qualifizierungsmittel nach Nürnberg zurückgegeben. Ja, das gibt es, aber es gibt auch Bereiche, wo das Geld für Qualifizierung und Weiterbildung komplett ausgegeben worden ist und hervorragende Projekte gelaufen sind. Von daher, finde ich, kann man sich nicht einfach hinstellen und sagen, es funktioniert nur der eine Weg, sondern ich glaube, dass es wichtig ist, zu erkennen, dass wir uns in dem Bereich mit der **Betreuung aus einer Hand** auf den richtigen Weg gemacht haben.

Der Bericht der Bürgerbeauftragten zeigt deutlich, wo es Schwachstellen gibt. Die müssen wir abschaffen. Dafür müssen wir auch gesetzliche Regelungen bekommen. Aber wir dürfen nicht so tun, als wenn die Agentur für Arbeit überflüssig ist und nur noch ein bürokratisches Monster ist, das nicht hilft, sondern die **Agentur für Arbeit** muss eingebunden, und da, wo es nicht funktioniert, auf den richtigen Weg gebracht werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herrn Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt überhaupt keinen Zweifel daran, dass wir schon einmal weiter waren, als wir heute sind und bedauerlicherweise darüber diskutieren müssen. Es gab - daran war nicht ausschließlich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schuld oder beteiligt - einen einstimmigen ASMK-Beschluss, einen einstimmigen Beschluss aller Länder, eine verfassungsändernde Lösung herzustellen, was im Übrigen von CDU, SPD und FDP in diesem Landtag auch immer unterstützt wurde. Aus diesem **ASMK-Beschluss** ist nicht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgeschert, sondern wenige Monate, nachdem dieser einstimmige, 16:0:0-Beschluss gefasst wurde, ist das **Bundesland Bayern** ausgeschert, weil es nämlich die **Auftragsverwaltung** präferiert.

Was dann passiert ist, wissen Sie alle. Das haben die Vorrednerinnen und Vorredner hier auch schon eindeutig geschildert. Ich kann allerdings über manche Debattenbeiträge hier nur staunen. Wer ernsthaft dafür plädiert, der **Bundesagentur für Arbeit** in Zukunft die alleinige Verantwortung zu übertragen, der plädiert ernsthaft dafür, auf jede kommunale Kompetenz in Zukunft zu verzichten, auf die kommunale Kompetenz, tatsächlich in den beiden Oppositionskommunen - bei der einen hat es etwas länger gedauert, bei der anderen hat es sehr viel schneller funktioniert - mit kommunaler, regionaler Kompetenz Menschen, die Hilfe brauchen, die Hilfe auch zu gewähren. Ich warne davor, die Bundesagentur für Arbeit in Zukunft wirklich die **alleinige Kompetenz** dafür übertragen zu wollen.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will an der Stelle davor auch eindringlich warnen - da bietet der Antrag der Grünen wirklich eine sehr sachgerechte Grundlage, glaube ich, für weitere Diskussionen im Ausschuss -, dieses Schreckgespenst der getrennten Aufgabenwahrnehmung, das jetzt diskutiert wird, hier an die Wand zu malen, 7 Millionen Hilfeempfänger würden am 1. Januar 2011 auf einmal keine Hilfeleistungen mehr bekommen.

Getrennte Aufgabenwahrnehmung mit vertraglich geregelter Trägerzusammenarbeit bei entfristeten kommunalen Optionen kann sehr wohl eine verfassungsrechtlich zulässige Lösung sein. Es kommt ganz präzise darauf an, wie genau man diese gesetzliche Regelung ausgestaltet. Es muss doch jetzt darum gehen, möglichst schnell eine gesetzliche Regelung zu finden, die garantiert, dass die Menschen weiterhin Hilfe aus einer Hand und unter einem Dach bekommen trotz getrennter Aufgabenwahrnehmung. Es hilft doch kein Lamentieren an dieser Stelle, was alles möglich gewesen wäre. Ich sage Ihnen schon jetzt voraus, dass die Länder, die in der nächsten Woche auf der ASMK weiterhin für eine verfassungsändernde Lösung plädieren, wie wir sie 2008 diskutiert haben, unabhängig davon, ob es A- oder B-Länder sind, rar sein werden. Vor dem Hintergrund ist es mir wichtig, zügig pragmatische Lösungen zu finden.

(Beifall bei FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Anbetracht dessen, mit welchen Geburtswehen, mit wie viel Schwierigkeiten die Zusammenführung allein organisatorischer Art stattgefunden hat - Frau Bohn, hier kann ich Sie beruhigen -, kann niemand auf irgendwelche Wahlen im nächsten Jahr warten. Es wird Aufgabe der ASMK in der nächsten Woche sein, den Vertretern der Bundesregierung klipp und klar zu sagen, dass wir ein **schnelles Gesetzgebungsverfahren** brauchen, das spätestens bis Mitte 2010, spätestens zu dem Zeitpunkt, den Sie genannt haben, abgeschlossen sein muss. Sonst ist die **notwendige Neuorganisation** nicht mehr leistbar. Wir sind es den Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfängern, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGen schuldig, dass wir ein solches Gesetzgebungsverfahren zügig in Gang setzen. Da können sich die Länder einbringen. An dieser Stelle werde ich mich auch mit Sicherheit einbringen, damit wir zügig ein Gesetzgebungsverfahren in Gang setzen.

(Beifall bei FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es muss darum gehen, die bereits von mir angesprochene **getrennte Aufgabenwahrnehmung** mit vertraglich geregelter **Trägerzusammenarbeit** bei entfristeten kommunalen Optionen auf den Weg zu bringen. Wie? - Durch verbindliche Vereinbarungen, strukturierte Zusammenarbeit der Träger unter Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung. Diese Lösung wäre verfassungsgemäß, sofern die Träger eigenverantwortung nicht eingeschränkt wird. Hilfe aus einer Hand ist möglich im Rahmen der

(Minister Dr. Heiner Garg)

Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Es gibt keine Einschränkung der Trägereigenverantwortung. Hilfe unter einem Dach ist auch möglich.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Herr Minister Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck?

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Selbstverständlich.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, ich freue mich sehr über Ihre Ausführungen. Ich frage Sie, ob Sie mit Ihrem Sach- und Amtskollegen Herrn Jung schon darüber gesprochen haben.

- Nein, Herr Dr. Habeck, ich habe mit dem Amtskollegen Jung noch nicht darüber gesprochen. Auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Berchtesgaden in der nächsten Woche habe ich die Gelegenheit, ihm genau das vorzutragen zu dürfen. Sie können sich darauf verlassen, dass ich genau das tue.

(Beifall bei FDP und CDU- Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich wünsche viel Glück!)

- Ich bin gar nicht so skeptisch, weil ich mir sehr sicher bin, dass auch der neue Bundesarbeitsminister ein ganz großes Interesse daran hat, den Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfängern nicht nur in Schleswig-Holstein eine sichere und verfassungsfeste Lösung zu gewährleisten, die die Hilfe aus einer Hand weiterhin garantiert. Ich bin also nicht so skeptisch, wie es gerade aus Ihrer Zwischenfrage klingt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei den Debatten über dieses Thema in der Vergangenheit hat das Haus immer eine hohe Übereinstimmung in der Sache für die Menschen in Schleswig-Holstein geerntet. Ich würde mir wünschen, dass die Ausschussberatungen genauso konstruktiv und kritisch sind, damit wir möglichst schnell eine ordentliche Lösung für die Menschen hier im Land hinbekommen. Dafür sind wir gewählt worden, und dafür stehen wir in der Verantwortung. Ich werde mich dieser Verantwortung mit Sicherheit nicht entziehen.

(Beifall bei FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Der Herr Abgeordnete Wolfgang Baasch hat beantragt, über den Antrag der SPD in der Sache abzustimmen und den Antrag der Grünen an den Sozialausschuss zu überweisen.

(Zurufe)

- Gemach! - Die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion haben beantragt, beide Anträge an den Sozialausschuss zu überweisen.

- Ich lasse zunächst über den Antrag auf Ausschussüberweisung beider Anträge abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann sind beide Anträge mit den Stimmen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und dem SSW bei Gegenstimmen der SPD in den Sozialausschuss überwiesen. Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Umsetzung einer Schuldenbremse für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/53

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/58

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit Nummer 1 des Antrags Drucksache 17/12 wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst über diesen Berichtsantrag abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Berichtsantrag ist einstimmig angenommen worden. Ich frage die Fraktion DIE LINKE, ob sie damit einverstanden ist, dass sich damit ihr Antrag auf Bericht in der 3. Tagung erledigt hat.

(Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]: Ja!)

Ich bitte nun die Landesregierung um den Bericht. Das Wort hat Herr Finanzminister Rainer Wiegand.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines eint inzwischen offenbar alle Fraktionen dieses Hauses, nämlich die Erkenntnis, dass wir endlich mit dem Wahnsinn Schluss machen müssen, der übrigens in diesem Jahr seinen 40. Geburtstag feiert, und zwar die Änderung der **Finanzverfassung** von 1969 der ersten großen Bonner Koalition. Daraus hat sich die Entwicklung ergeben, dass Jahr für Jahr neue Schulden auf die bereits vorhandenen aufgetürmt wurden, weil die Verfassung es erlaubt hat, in jedem Jahr so viele neue Schulden zu machen, wie investiert wird.

Wir wissen, wir brauchen **Nachhaltigkeit** vor allen Dingen in der **Finanzpolitik**. Wir können und dürfen regelmäßig nur so viel ausgeben, wie wir auch erwirtschaften und wie wir aus dieser Erwirtschaftung einnehmen. Regelmäßig - wie bisher - mehr auszugeben als einzunehmen bedeutet, dass wir unseren heutigen Lebensstandard auf Kosten heute noch nicht geborener Generationen einrichten. Wer diese Erkenntnis gewonnen hat, braucht eigentlich keine Verfassungsregel, die ihn dazu zwingt, dieser Logik moralischen Handelns gegenüber künftigen Generationen zu folgen,

(Beifall bei der CDU)

egal, ob sie im Grundgesetz oder in der Landesverfassung verankert ist. Denn die finanzielle Ausgangslage ist seit Langem eindeutig:

Wir geben inzwischen 1 Milliarde € für Zinsen für alte Schulden aus und eine weitere für Pensionsleistungen für Beamte, für die in der Vergangenheit keine Vorsorge getroffen worden ist. Das sind zusammen 2 Milliarden €, und damit haben wir fast jeden dritten eingenommen Steuereuro nur für die Bezahlung von Vergangenheit ausgegeben - nicht für Zukunft, nicht für Familie, nicht für Kinderbetreuung, nicht für die Bildung unserer Kinder, die wir alle so hochhalten, und nicht für den Ausbau einer zukunftsfähigen Infrastruktur.

Wenn wir das Niveau unserer heutigen Ausgaben - ohne es zu steigern - dauerhaft fortschreiben und lediglich eine jährliche Tarifsteigerung von 2 % für unsere Beschäftigten einrechnen, dann wird unser **strukturelles Defizit** bei regelmäßigem Wachstum der Einnahmen von 2,5 % jährlich im Jahr 2020 auf über 2 Milliarden € steigen, der Schuldenstand auf über 43 Milliarden €, und die Zinslast wird sich mit 2,3 Milliarden € mehr als verdoppeln.

Dabei tröstet nicht im Geringsten, dass die heutige Situation schon deutlich besser als die vor vier Jahren ist. Denn bis 2005 war das Defizit im Haushalt mit 1,7 Milliarden € mehr als doppelt so hoch wie die damalige Zinslast. 2008 haben wir einen Abschluss vorgelegt, in dem der Fehlbetrag mit weniger als 300 Millionen € gerade noch ein Drittel der Zinslast betrug.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie rechnen sich die Welt aber auch schön, Herr Wiegard!)

- Frau Kollegin Heinold, von Ihnen hätte ich diesen Zwischenruf am wenigsten erwartet, denn Sie sind im Wesentlichen dafür verantwortlich. Aufgrund Ihres Zwischenrufes will ich für Sie gern noch einmal wiederholen, was ich in jeder Sitzung zu diesem Thema sagen werde:

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Sie beide sind dafür verantwortlich, dass es in keinem einzigen Jahr der rot-grünen Regierungszeit geschafft wurde, einen Haushalt vorzulegen, der den Vorschriften der Verfassung entspricht. In keinem einzigen Jahr!

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege Stegner, der entscheidende Unterschied zwischen Ihrer Politik und unserer ist der, dass wir unter meiner Verantwortung die ungeplant eingegangenen Steuermehreinnahmen vollständig zur Senkung der Neuverschuldung verwendet haben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Sie waren es, der uns bei den ersten Anzeichen einer leichten Verbesserung im Frühjahr 2007 aufgefordert hat, vorher gemeinsam beschlossene Ausgabenbegrenzungen wieder zurückzunehmen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Deshalb sage ich noch einmal: Es tröstet überhaupt nicht, dass die Situation heute ein bisschen besser ist als zu Ihrer Zeit. Aber zu Ihrer Zeit war noch nicht einmal die Erkenntnis vorhanden, dass es überhaupt ein Problem gibt. Darauf mussten wir erst hinarbeiten. Ohne die erdrückenden Altschulden hätten wir im Jahre 2008 einen Überschuss von 600 Millionen € erwirtschaftet. Das macht die Dimension des Problems deutlich.

(Minister Rainer Wiegard)

Das zeigt, wie wichtig es ist, das **Anwachsen der Schulden** endlich zu stoppen. Es zeigt aber auch, dass ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung im Jahr 2020 nicht etwa das Ziel ist, sondern nur ein Zwischenschritt auf dem Weg, den bis dahin angehäuften Schuldenberg wieder abzubauen. Deshalb werden wir die gegen Ende dieser Wahlperiode anstehenden Beratungen über den Länderfinanzausgleich wieder dazu nutzen, die Frage des Abbaus der Staatsverschuldung auch in diesem Zusammenhang auf die Tagesordnung zu setzen.

Dies zeigt auch, dass es die Lage ist, die uns zum Handeln zwingt, und nicht etwa eine Regel in der Verfassung - gleich, wo sie geregelt ist.

Die weltweit wirkende wirtschaftliche Rezession hat uns bei der weiteren Senkung der Neuverschuldung einen mächtigen Brocken in den Weg gelegt. Sie darf uns aber nicht daran hindern, diesen Weg konsequent zu gehen. Deshalb hat diese Koalition fest vereinbart, dass die Aufnahme von Krediten zum Haushaltsausgleich ab dem Jahr 2020 in konjunkturellen Normallagen nicht mehr zulässig ist.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Axel Bernstein [CDU])

Über- und unterdurchschnittliche konjunkturelle Entwicklungen müssen sich in einem Zyklus ausgleichen. Das haben Plisch und Plum damals übrigens auch schon so gewollt; es hat sich nur niemand daran gehalten. Nur in außergewöhnlichen Notsituationen und bei Naturkatastrophen soll eine **Kreditaufnahme** zulässig sein. Diese Kreditaufnahme setzt dann eine qualifizierte Mehrheit im Landtag voraus und ist künftig mit einem verbindlichen Tilgungsplan zu verbinden. Diese Regelung wollen wir in unserer Landesverfassung anstelle der bisherigen Regelungen verankern. Wir werden dem Landtag deshalb so rechtzeitig einen Vorschlag zur **Änderung der Landesverfassung** vorlegen, dass entsprechende Beschlüsse bis zur Jahresmitte 2010 gefasst werden können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bitte Sie um Verständnis, wenn ich die Frage nach dem Stand der Vorbereitungen einer Klage des Landtags gegen die die Länder verpflichtende Regelung im Grundgesetz nicht beantworte. Denn diese Frage richtet sich an Sie selbst, und ich werde mir nicht das Recht herausnehmen, für die Landesregierung eine Erklärung im Namen des Landtags abzugeben.

Wir wollen das strukturelle Defizit bis 2020 auf null reduzieren. Bei der Einhaltung des **Defizitab-**

baupfades erhalten wir **Konsolidierungshilfen** von insgesamt bis zu 720 Millionen € bis zum Jahr 2020. Voraussetzung ist allerdings, dass wir Jahr für Jahr etwa 10 % des strukturellen Defizits aus dem Jahr 2010 abbauen. Dies werden wir gegenüber dem Stabilitätsrat nachweisen müssen, und das werden wir im Rahmen der bundesstaatlichen Finanzordnung entsprechend zu organisieren haben.

Voraussetzung für die Darstellung eines kontinuierlichen Defizitabbaupfades ist ein **Konjunkturberreinigungsverfahren**. Mit diesem Verfahren werden der Ausgangswert des Jahres 2010 bestimmt und die jährlichen Tilgungsschritte festgelegt. Über die Eckpunkte eines solchen Bereinigungsverfahrens wird derzeit mit dem Bund und den anderen Ländern verhandelt. Wir werden dem Finanzausschuss Anfang des Jahres über den Stand der Beratungen informieren.

Noch vor einem Jahr konnte man eine solche Trendberechnung auf Basis der Vergangenheitsentwicklung ohne größere Probleme durchführen. Aber die Wirtschafts- und Finanzkrise stellt einen dramatischen Strukturbruch dar, und solche Brüche haben die Angewohnheit, dass sie Trendverschiebungen zur Folge haben. Deshalb wird die große Steuerschätzung im Mai 2010 Auskunft darüber geben, wie stark dieser Strukturbruch voraussichtlich sein wird, und der Bund wird sich bis dahin erklären müssen, inwieweit er Strukturen zusätzlich verändern will; die entsprechende Diskussion werden wir in der heutigen Tagung noch im Rahmen eines eigenen Tagesordnungspunktes führen. Auf der Grundlage der großen **Steuerschätzung** im Mai 2010 werden wir Ihnen eine **langfristige Finanzplanung** bis zum Jahr 2020 und eine **mittelfristige Finanzplanung** für das laufende Haushaltsjahr und die nächsten Haushaltsjahre vorlegen sowie die Anforderungen an die nächsten beiden Haushalte ableiten.

Ich habe die Ausgangslage noch einmal dargestellt, weil viele neue Mitglieder in diesem Hause sind, die die bisherige Diskussion in dieser Tiefe nicht mitverfolgen konnten. Es wird deutlich, dass es ein „Weiter so!“ nicht geben darf und nicht geben kann. Es wird deutlich, dass neben einer Stabilisierung der Einnahmen durch stetiges Wachstum auch Ausgabekürzungen unumgänglich sind. Ich betone dies, weil Einzelne offensichtlich immer noch glauben, ein strukturell ausgeglichener Haushalt sei möglich, ohne dass die Bürger es merken.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mit Steuersenkungen geht es am besten!)

(Minister Rainer Wiegard)

- Herr Kollege Stegner, der größte Steuersenker in der Geschichte ist offensichtlich Herr Steinbrück. Er hat uns in Schleswig-Holstein Mindereinnahmen in der Größenordnung von 300 Millionen € beschert und sich dann mit der Nachricht verabschiedet, dass es für Steuersenkungen keinen Spielraum gibt. Das ist eine bemerkenswerte Logik, Herr Kollege.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe)

- Meine Damen und Herren, ich komme zurück zu denen, die der Meinung sind, dass wir ohne Reduzierung des Personalbestandes und ohne Kürzung öffentlicher Leistungen einen ausgeglichenen Haushalt herstellen können. Wer dies will, muss jährlich etwa 2 Milliarden € mehr einnehmen, als wir ohnehin in der durchschnittlichen Entwicklung bereits unterstellt haben. Politischer Wille ersetzt nun einmal nicht die vier Grundrechenarten. Nur damit diejenigen, die sich mit diesen Gedanken befassen, annähernd wissen, worüber sie eigentlich reden: Um dies zu erreichen, müssten Sie zum Beispiel die Umsatzsteuer verdoppeln auf etwa 36 %, oder sie müssten die Lohnsteuer verdoppeln.

(Zurufe)

Auch die nun aus der Mottenkiste herausgeholte Vermögensteuer, die zu reaktivieren wäre, ist keine Lösung.

(Andreas Beran [SPD]: Trägt aber dazu bei!)

Ihr Aufkommen müssten Sie verzwanzigfachen, um eine entsprechende Wirkung zu erzielen. Das hätte zur Folge, dass Sie das nicht dauerhaft machen können, sondern nur fünf Jahre, dann sind die Vermögen weg, und dann gibt es aus den Vermögen keine Erträge mehr.

(Zurufe von der SPD)

Dann gibt es auch keine Steuern auf diese Erträge mehr. Dann ist das Ziel einer ganzen Reihe von Salonsozialisten, Herr Kollege Stegner, erreicht: Alle sind gleichermaßen arm.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Kollege, deshalb warne ich dringend davor, die **Ausgaben** für immer mehr öffentliche Aufgaben relativ an das **Bruttoinlandsprodukt** zu koppeln. Es ist inzwischen Mode geworden, alles am BIP zu orientieren, auch wenn der Zusammenhang nicht wirklich erkennbar ist. Es kann doch nicht Ziel sein, dass mit einer für alle geltenden Excel-Tabelle die Verteilung der Ausgaben bis hin zu den Gemeinden festgelegt wird, während wir hier noch darüber diskutieren, ob wir eine Verschuldungsre-

gel im Grundgesetz oder in der Landesverfassung festlegen wollen.

Deshalb glaube ich, dass sehr viel mehr Ernsthaftigkeit notwendig sein wird. Wir haben eine gewaltige Aufgabe vor uns. Ich weiß nicht, ob jeder bereits die Dimensionen überschaut hat. Ich bin auch davon überzeugt: Wir werden diese Aufgabe nur gemeinsam lösen, nicht gegeneinander.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Die Landesregierung hat vier Minuten über die verabredete Redezeit genutzt. Diese vier Minuten stehen jetzt allen Fraktionen zusätzlich zu den verabredeten zehn Minuten zur Verfügung. Ich erlaube mir den kleinen Hinweis: Sie müssen ja nicht genutzt werden.

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion als Antragstellerin des Hauptantrages hat Frau Abgeordnete Birgit Herdejürgen das Wort.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich werde versuchen, die 14 Minuten nicht komplett auszunutzen. Mal sehen, ob das gelingt.

Wir haben ein **Neuverschuldungsverbot** im **Grundgesetz** verankert. Das gilt für uns. Die SPD hat sich immer für eine wirksame Schuldenbegrenzung ausgesprochen, allerdings - auch das war für uns immer klar, und darüber waren sich alle Fraktionen zumindest zeitweise in der beendeten Legislaturperiode einig -: Sie gehört in unsere Landesverfassung und nicht ins Grundgesetz.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb hat der Landtag seinerzeit beschlossen, sowohl eine **Schuldenregelung** in die eigene **Verfassung** zu schreiben als auch dagegen zu klagen, dass der Bund die Handlungsspielräume des schleswig-holsteinischen Haushaltsgesetzgebers beschneidet.

Vor zwei Monaten konnte es der CDU gar nicht schnell genug gehen:

„Das Jamaika-Bündnis aus CDU/FDP und Grünen ist heute mit dem verantwortungsbewussten Versuch, eine Schuldenbremse in die Landesverfassung einzuziehen, an der SPD gescheitert“,

polterte der frühere CDU-Fraktionsvorsitzende Johann Wadehul am 16. September im Landtag, und das nur, weil die SPD darauf bestanden hatte, eine

(Birgit Herdejürgen)

Schuldenbremse nicht im Schnelldurchgang vor der Landtagswahl durchzupeitschen, sondern dem Ernst eines substanziellen Eingriffs in die Verfassung angemessen ein vernünftiges Gesetzgebungsverfahren durchzuführen.

„Wir müssen die Welt in Schleswig-Holstein nicht neu erfinden“,

sekundierte Finanzminister Rainer Wiegard; schließlich habe man drei Jahre lang in der Föderalismuskommission intensiv darüber diskutiert.

Das war vor der Wahl. Nach den Ausführungen des Finanzministers wundere ich mich jetzt ein bisschen; offenbar gibt es da ein paar Differenzen zwischen dem Minister und den regierungstragenden Fraktionen. Denn dem Antrag der CDU - die FDP hat mit unterzeichnet - entnehme ich, dass es nach der Wahl offenkundig nicht mehr so schnell geht. Im Antrag von **CDU und FDP** erfahren wir, dass eine Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung ohnehin nicht ohne einen vorherigen sachgerechten **Plan zur Haushaltskonsolidierung** möglich ist. Diesen Plan hat der alte und neue Finanzminister trotz dreijähriger intensiver Diskussion nicht etwa bereits vorbereitet - zumindest entnehme ich das dem Antrag. Dem Redebeitrag war durchaus etwas anderes zu entnehmen, wobei das nur die Übernahme der grundgesetzlichen Regelung war. Allerdings ist das so auch in der Vergangenheit durchaus vorgetragen worden.

Wir haben in unserem Antrag konkrete Termine benannt. Das ist auch der Grund dafür, dass wir diesen Antrag eingebracht haben, zumal es ja - wie wir im letzten Finanzausschuss erfahren haben - durchaus sehr unterschiedliche Auffassungen gibt, welche Beschlüsse der vergangenen Periode der Diskontinuität anheimfallen und welche nicht.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich kann nicht ganz verstehen, was in dem Antrag von CDU und FDP der eine Teil mit dem anderen zu tun haben soll. Wir werden ab 2011 hart konsolidieren müssen, und wir werden das auf Basis eines **Neuverschuldungsverbots** tun müssen. Am 15. Juli hat der Landtag beschlossen, dass die Neuverschuldung ab 2011 jährlich um 10 % gesenkt wird und dass spätestens ab 2020 auch ohne bundesgesetzlichen Zwang jeder Landeshaushalt in wirtschaftlichen Normallagen ohne die Aufnahme neuer Schulden auskommen soll.

Nun wollen CDU und FDP, dass erst einmal die Mai-Steuerschätzung abgewartet und dann ein **langfristiger Abbaupfad** vorgelegt werden soll. Konkrete Vorschläge sollen in einer **Haushalts-**

strukturkommission beraten werden. Der Ministerpräsident hat harte Einschnitte angekündigt, ist Antworten auf die Frage, wie diese aussehen sollen, bislang jedoch schuldig geblieben. Er werbe um die Willenskraft der Abgeordneten, die diese Regierung tragen, sagte er am Mittwoch in der Regierungserklärung. Damit wird er gut beschäftigt sein, denn um die Willenskraft der CDU-Abgeordneten und Regierungsmitglieder war es bislang eher bescheiden bestellt, wenn es darum ging, Beschlüsse in den Wahlkreisen zu verantworten. Ich denke da beispielsweise an die Verwaltungsstrukturreform.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident formuliert, wo er eigentlich endlich Butter bei die Fische geben sollte, eher nebulös: Interessen einzelner Verbände müssen zurückstehen für das Gemeinwohl - also nicht näher benannte Naturschutzverbände, Sozialverbände, Sportverbände, aber auch Kammern und Stiftungen.

Und darüber wollen die CDU, die immerhin schon viereinhalb Jahre Zeit zum Üben hatte, und die FDP, die immer schon alles besser wusste, noch keine konkreten Vorstellungen haben? Das scheint mir doch sehr unwahrscheinlich. Eine Kommission soll es richten, aber noch nicht dieses Jahr, sondern nächstes. Das ist wenig glaubwürdig. Wir meinen, die Regierung soll die Karten jetzt auf den Tisch legen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der **Konsolidierungspfad** wird sich an der **Verfassung** orientieren müssen, nicht umgekehrt. Was mehr braucht man, um einen Vorschlag für eine vernünftige Formulierung in der Verfassung vorzulegen? Einen Vorschlag, den der Landtag dann in seinen Ausschüssen berät und der letztlich in eine Entscheidung münden wird, die ein sorgfältig erarbeitetes und breit akzeptiertes Verschuldungsverbot in unserer Verfassung verankert. Denn eine Einschätzung des Kollegen Kubicki - wie auch viele andere - teile ich nicht: Keine Fraktion, sagte er im September, könne sich mit der politischen Ausrede aus der Affäre ziehen, dass noch großartiger Anhebungsbedarf zu einem Gesetzentwurf bestehe.

Wir meinen, dass eine Änderung der Verfassung, die künftige Generationen über viele Jahre bindet und die erhebliche Auswirkungen auf die langfristigen Finanzplanungen haben wird, auch der Mitwirkung breiter Teile der Gesellschaft bedarf.

(Beifall bei der SPD)

(Birgit Herdejürgen)

Wir wollen, wie wir es bei anderen Gesetzen auch unterhalb von einer Verfassungsänderung ebenfalls tun, ein vernünftiges **Anhörungsverfahren** durchführen.

Aus sozialdemokratischer Sicht - das möchte ich sehr deutlich sagen - sind Anhörungen nicht politische Ausreden, sondern wir schätzen sie als Instrument zur Beteiligung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen. Das mag die FDP anders sehen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki
[FDP]: Das ist ja ganz neu!)

Gestern, am 19. November, haben sich die Fraktionen beim Landtagspräsidenten darauf verständigt, dass in Umsetzung des Landtagsbeschlusses bis zum 30. Januar 2010 die **Klage gegen das Verschuldungsverbot im Grundgesetz** eingereicht wird.

Wir wissen aber auch, Herr Wiegard, dass die Klage der Landesregierung der sicherere Weg wäre, weil keine eindeutige Rechtsauffassung darüber besteht, inwieweit das Klagerecht des Landtags Bestand hat. Nichtsdestotrotz wird der Beschluss umgesetzt.

Nicht akzeptabel wäre es für uns, wenn die CDU nun erst die Vorlage eines konkreten Vorschlags mit den erstaunlichsten Begründungen herauszögerete, um dann ein beschleunigtes Verfahren ohne Anhörung und Beteiligungsmöglichkeiten durchführen will. In einem Eilverfahren werden wir dieser Frage ebenso wenig zustimmen, wie wir es im September getan haben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir sollten jetzt - damit ist es uns ernst - zügig und mit aller gebotenen Sorgfalt eine **Schuldenregelung** für unsere **Landesverfassung** beraten und deutlich machen, dass wir zu unseren Beschlüssen stehen. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, bis Januar einen Formulierungsvorschlag vorzulegen. Das kann durchaus der sein, der auch im Grundgesetz enthalten ist und was der Minister hier vorgetragen hat. Wir fordern, dass die Regierung endlich eine mittelfristige Finanzplanung vorlegt. Schließlich ist der Finanzminister nicht neu im Amt, und gerade der notwendige Konsolidierungspfad sollte im Parlament intensiv diskutiert werden.

Man kann nicht einerseits Verantwortung des gesamten Parlaments einfordern und es auf der anderen Seite möglichst lange aus den jeweiligen Entscheidungsprozessen heraushalten. Die Festlegung von Zeiträumen für die Konsolidierung, die Steuerungsinstrumente, der Umgang mit konjunkturellen

Schwankungen - all das bedarf der **Mitwirkung des gesamten Parlaments**. Es geht um substanzielle Änderungen, es geht um ihre Umsetzung, und zwar für einen langen Zeitraum. Gerade die Vorschläge der FDP in Bezug auf die Ausgestaltung der Detailregelungen würden wir sehr gern hören und frühzeitig in die Beratungen einbeziehen.

Die Landesregierung weiß nun schon etwas länger, dass eine Schuldenbremse in die Landesverfassung aufgenommen werden soll und dass der Landtag ein Konzept erwartet, wie der Abbau der Neuverschuldung konkret erfolgen soll.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[FDP])

Das haben wir gemeinsam beschlossen und dazu muss man - wie Minister Wiegard ausführte - das Rad nicht neu erfinden.

Legen Sie ein Konzept vor, legen Sie einen Formulierungsvorschlag für die Landesverfassung vor, und lassen Sie uns dann konkret in die Diskussion einsteigen.

Zum Verfahren möchte ich noch Folgendes vorschlagen: Wir verstehen den Änderungsantrag der LINKEN als Änderungsantrag zu unserem Antrag und würden das gern so abstimmen lassen. Wir würden dann die daraus resultierenden Anträge von SPD und CDU alternativ abstimmen lassen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Tobias Koch das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist der grandiose Redner von vorgestern!)

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Freude habe ich zur Kenntnis genommen, dass sich die **SPD-Fraktion** auch nach der Landtagswahl zu einer **Schuldenbremse** in unserer **Landesverfassung** bekennt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wir machen das so, wir ändern das bei der HSH Nordbank! - Weitere Zurufe)

Aber um es mit Goethes Faust zu sagen:

„Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“

(Tobias Koch)

Schließlich war es doch die SPD, die noch im Sommer dieses Jahres eine gemeinsame Verfassungsänderung der Großen Koalition abgelehnt hat. Dabei wäre gerade die Große Koalition dafür prädestiniert gewesen, genauso wie es die Große Koalition in Berlin mit der Föderalismusreform vorgemacht hatte. In der September-Tagung des Landtags war es erneut die SPD, die dem Gesetzentwurf des Landtagspräsidenten, des Abgeordneten Kayenburg, zur Einführung einer Schuldenbremse in die Landesverfassung ihre Zustimmung verweigerte, sodass trotz der Stimmen von CDU, FDP und Grünen die erforderliche Zweidrittelmehrheit verfehlt wurde. Ich wäre deshalb auch heute noch bereit, eine Kiste Rotwein darauf zu verwetten, dass die SPD in Schleswig-Holstein am Ende einer wirksamen Schuldenbremse für unser Land nicht zustimmen wird.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber ich lasse mich da gern eines besseren belehren.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Die Kiste Wein steht im Protokoll!)

- Ja, die steht im Protokoll, und wenn Sie die Wette annehmen, schlage ich sofort ein.

Ich würde mich wirklich freuen, wenn ich mich in diesem Punkt irren würde. Aber um es noch einmal mit den Worten aus Goethes Faust zu sagen:

„Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehen!“

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Warum macht ihr es dann nicht? Immer nur reden! - Weitere Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Die **Schuldenbremse** ist **geltende Rechtslage**. Gemäß Artikel 109 GG sind die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Nach Maßgabe des Artikels 143 d dürfen die Länder im Zeitraum 2011 bis 2019 von dieser Vorgabe abweichen. Die Haushalte der Länder sind dabei so aufzustellen, dass im Haushaltsjahr 2020 die Vorgabe aus Artikel 109 erfüllt wird.

Das ist nicht nur eine rechtliche Vorgabe des Grundgesetzes, sondern für uns Christdemokraten ist diese Begrenzung der Staatsverschuldung zualtererst eine moralische Verpflichtung.

(Beifall der Abgeordneten Heike Franzen [CDU] und Hans Hinrich Neve [CDU])

Eine immer weiter steigende Staatsverschuldung nimmt unseren Kindern und Enkeln jeglichen Entscheidungsspielraum, da sie von den Zinslasten schlichtweg erdrückt werden.

Darüber hinaus hat uns die **Finanzmarktkrise** drastisch vor Augen geführt, was passiert, wenn eine **Kreditblase** in sich zusammenfällt. Wenn Gleiches mit der immer weiter aufgeblähten Staatsverschuldung geschehen sollte, dann besteht der einzige Unterschied darin, dass es dann niemanden mehr gibt, der einen Rettungsschirm aufspannen kann.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nicht zuletzt deshalb hat uns der Vorstand der Bundesbank beim Besuch des Finanzausschusses im Juli dieses Jahres die große Bedeutung der Schuldenbremse für das Vertrauen der Märkte deutlich gemacht.

Im **Koalitionsvertrag** zwischen CDU und FDP haben wir uns deshalb klar zu den Zielen bekannt, ab dem Jahr 2020 den Landeshaushalt grundsätzlich ohne neue Schulden aufzustellen und bis dahin den **Konsolidierungspfad** einzuhalten. Eine entsprechende Änderung der Landesverfassung wollen wir bis Mitte nächsten Jahres vornehmen.

Im Koalitionsvertrag können Sie auch nachlesen, dass wir vereinbart haben, die vom **Landtag** beschlossene und in Vorbereitung befindliche **Klage** nur dann weiterzuverfolgen, wenn diese Verfassungsänderung beschlossen wird. Alle Fraktionen, die Bedenken gegen den Eingriff des Bundes in die Haushaltshoheit des Landes haben, sind deshalb jetzt dazu aufgerufen, für eine verfassungsrechtliche Klarstellung in unserer eigenen Landesverfassung zu sorgen, damit die Klage aufrechterhalten bleibt.

Anderenfalls - um das auch ganz deutlich zu sagen - werden wir mit unserer Mehrheit als Regierungsfraktion die Klage zurücknehmen, da wir nicht riskieren werden, dass Schleswig-Holstein am Ende ohne Schuldenbremse dasteht - weder in der Landesverfassung aufgrund einer unter Umständen fehlenden Zweidrittelmehrheit in diesem Hause noch im Grundgesetz aufgrund einer möglicherweise erfolgreichen Klage.

Eine **Regelung auf Landesebene** brauchen wir im Übrigen auch deshalb, um die Ausnahmeregelungen, die uns das Grundgesetz lässt, überhaupt in Anspruch nehmen zu können. Die Berücksichti-

(Tobias Koch)

gung einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung ebenso wie von Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen ist nur bei entsprechenden landesrechtlichen Regelungen zulässig. Ansonsten gilt ab 2020 das strikte Neuverschuldungsverbot des Grundgesetzes.

Dem Antrag der SPD-Fraktion stellen wir heute einen eigenen Antrag der Regierungsfractionen gegenüber.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In dem nichts drinsteht!)

Der erste Punkt des SPD-Antrags ist bereits durch den Bericht der Landesregierung erledigt. Wie wir gemerkt haben, richtete er sich aber auch an den falschen Adressaten, denn nicht die Landesregierung klagt gegen die Schuldenbremse im Grundgesetz, sondern der Landtag selbst, wie dieses Haus im September beschlossen hat. Das sollte die SPD eigentlich wissen, denn sie hat diese Beschlussfassung selbst herbeigeführt.

Auf den dritten Punkt des SPD-Antrags haben wir in unserem Antrag deshalb verzichtet, weil wir es im Hinblick auf die erforderliche Zweidrittelmehrheit für zielführender halten, anstelle eines Regierungsentwurfs einen gemeinsamen Gesetzentwurf der Fraktionen auf den Weg zu bringen. Wir sind deshalb bereits dabei, den **Text** einer solchen **Verfassungsänderung** zwischen den Fraktionen von CDU und FDP abzustimmen und werden in Kürze - das sage ich hiermit zu - auch auf die anderen Fraktionen zukommen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Vielen Dank, Frau Kollegin Heinold.

In der zeitlichen Abfolge sind wir uns dabei vollkommen einig. Auch nach unserer Vorstellung sollte ein solcher Gesetzentwurf spätestens in der Januar-Tagung in erster Lesung beraten werden, damit nach der anschließenden ausführlichen Ausschussberatung die zweite Lesung spätestens im Juni 2010 erfolgen kann.

Mit dem zweiten Punkt des SPD-Antrags stimmen wir grundsätzlich überein. Wir brauchen einen **Plan für die Haushaltskonsolidierung bis 2020**. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, eine entsprechende Projektion der Einnahme- und Ausgabeentwicklung zeitnah vorzulegen.

Die mittelfristige Finanzplanung ist dabei aus zweierlei Gründen nur bedingt hilfreich. Zum Einen umfasst sie lediglich einen Fünfjahreszeitraum, wir

aber müssen bis zum Jahr 2020 schauen. Zum Anderen liefert erst die Mai-Steuerschätzung des nächsten Jahres aktuelle Daten über die prognostizierte Steuerentwicklung der kommenden Jahre. Die jetzt vorliegende November-Steuerschätzung konkretisiert lediglich die Prognose für das laufende und für das kommende Haushaltsjahr. Auch die Auswirkungen möglicher Änderungen der Steuergesetzgebung sind in der November-Steuerschätzung bekanntlich noch nicht berücksichtigt.

Unser Antrag sieht deshalb vor, dass auf Grundlage der Mai-Steuerschätzung 2010 der langfristige Abbaupfad zum Abbauen von Schulden definiert wird und darauf aufbauend die mittelfristige Finanzplanung vorgelegt wird. Ich bitte deshalb um Zustimmung zum Antrag von CDU und FDP.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion der FDP erteile ich der Frau Kollegin Loedige zu ihrer ersten Rede im Schleswig-Holsteinischen Landtag das Wort.

(Beifall)

Katharina Loedige [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die auf Bundesebene auf der Basis eines in der Föderalismuskommission II ausgehandelten Kompromisses im Frühjahr dieses Jahres beschlossene Aufnahme einer sogenannten **Schuldenbremse für Bund und Länder** - Artikel 109 Grundgesetz - hat sich zu einer Cause célèbre in diesem Landtag entwickelt. Dies ist jedenfalls der Eindruck, den man als Parlamentsneuling aus der Lektüre von Plenarprotokollen aus Juli und September 2009 mitnehmen muss.

Einig waren und sind sich wohl alle damals im Landtag vertretenen Fraktionen darüber, dass es sich bei dieser neuen verfassungsrechtlichen Regelung um einen unzulässigen, weil verfassungswidrigen Eingriff in die garantierten Hoheitsrechte dieses Landes und seines Parlamentes handele, der mittels einer Klage beim Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen werden müsse. Eine **Verletzung des Föderalismus- und Demokratieprinzips**.

Stattdessen sei es das formale Recht und die politische Pflicht des Schleswig-Holsteinischen Landtags, eine solche Schuldenbremse in unsere Landesverfassung aufzunehmen. Im Frühjahr des Jahres hat der damalige Landtag einen einstimmigen Beschluss gegen diese Bundesregelung gefasst, ob-

(Katharina Loedige)

wohl es auch in Wissenschaft und Wirtschaft kritische Anmerkungen zur Sinnhaftigkeit einer solchen Regelung gegeben hat. Stichwort: Symbolpolitik.

Der Landtag der 16. Wahlperiode ist zu keiner abschließenden politischen Regelung gekommen. In der Debatte vom 16. September 2009 wurde für eine solche Regelung auf der Basis des Antrags des damaligen Landtagspräsidenten Kayenburg nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht.

Es ist die SPD-Fraktion gewesen, die sich nicht zu einem Ja zur Schuldenbremse entschließen konnte.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deswegen ein Hinweis zum heutigen Antrag der SPD-Fraktion. Wie in der Abstimmung am 16. September lässt sie ihre Meinung zur Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung in der Schwebe. Unter Nummer drei wird nicht zweifelsfrei deutlich, ob sie dem angemahnten Gesetzesentwurf am Ende wirklich zustimmen und ihn beschließen will, wozu wir sie herzlich einladen und auch auffordern.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Nicht, dass uns diese Frage jetzt Herzschmerzen bereiten würde, wissen wir doch, dass die Stimmen der Sozialdemokratischen Fraktion nicht unbedingt zur Herstellung einer Zweidrittelmehrheit in diesem Landtag benötigt werden.

In der neuen Konstellation in diesem Landtag wollen wir uns dieses Themas wieder annehmen und legen Ihnen mit unserem Änderungsantrag zur Drucksache 17/12 einen gangbaren Weg hin zu einer Gesetzesregelung vor, um das zu vollenden, was im September an der SPD gescheitert ist. Wir gehen davon aus, dass die Landesregierung bis zum Januar des nächsten Jahres selbstverständlich einen **Haushaltskonsolidierungsplan** vorlegen wird.

In der Tat gibt es nicht nur verfassungsrechtliche Gründe für eine **schleswig-holsteinische Verfassungslösung** bei der **Einführung einer Schuldenbremse**, sondern natürlich auch finanzpolitische und moralische gegenüber der nachfolgenden Generation. Denn - das muss uns allen klar sein - es muss darum gehen, unseren Kindern nicht eine so hohe Schuldenlast zu übertragen, dass sie komplett ihrer Handlungsfähigkeit beraubt sind.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es war ein sozialdemokratischer Finanzminister, der diesem Haus drei Jahre hintereinander Haushalte vorgelegt hat, die jeweils rund 1,7 Milliarden €

Schulden auswies und damit die Schuldenlast insgesamt um ein Drittel erhöht haben. Diese verantwortungslose Haushaltspolitik zulasten der nachfolgenden Generationen muss endlich ein Ende haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Eine **Schuldenbremse** macht nur Sinn, wenn sie auch eingehalten werden kann. Dafür müssen die **Voraussetzungen** geschaffen werden. Ich verweise auf die Debattenbeiträge vom 16. September 2009: Die Lage der Landesfinanzen, die sich für den aufmerksamen Leser daraus ergibt, ist erschreckend. Die Stützungsmaßnahmen für die HSH Nordbank einbezogen hat Schleswig-Holstein im Augenblick einen Schuldenstand von 24 Milliarden €. Bei der derzeitigen Finanzplanung wird der aktuelle Schuldenstand im Jahre 2013 auf 31 Milliarden € anwachsen. Rechnet man die vom Landesrechnungshof erwarteten Mindereinnahmen dazu, wird das Land Schleswig-Holstein demnächst jeden fünften Euro für die Bedienung seiner Kredite ausgeben müssen.

Hinzuzurechnen sind nach den Feststellungen des Finanzministers Wiegard neben den Kapitalmarktschulden weitere Belastungen wie Pensionsleistungen, Ausbau von Infrastruktur und unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen bei Vermögensgegenständen. Vor diesem Hintergrund wirkt die zugesagte Konsolidierungsbeihilfe des Bundes, die im Übrigen an den Artikel 109 GG gebunden scheint, mehr als mickrig.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind es neben den oben genannten verfassungsrechtlichen und finanzpolitischen Gründen vor allem den uns **nachfolgenden Generationen** schuldig, ihnen den Mühlstein von den Schultern zu nehmen, der sämtliche **Gestaltungsmöglichkeiten** für ihr Leben erdrückt.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus diesen drei Gründen fordern wir die Landesregierung auf, auf der Basis der Mai-Steuerschätzung 2010 den Weg zum systematischen Abbau dieser Schuldenlast aufzuzeigen, denn dies ist die notwendige Voraussetzung dafür, dass die von uns für spätestens die 4. Plenartagung vorgesehene Einführung der Schuldenbremse in die Landesverfassung Sinn macht. Es ist die materielle Fundamentalisierung einer Regelung, die sonst nur Schall und Rauch wäre.

(Katharina Loedige)

Für uns ist es wichtig, dass wir mit der gleichen Leidenschaft, mit der wir für die Verteidigung unserer Hoheitsrechte kämpfen, auch für die **Stabilisierung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit** dieses Landes kämpfen. Das betrifft nicht nur den Landeshaushalt, sondern auch die kommunalen Haushalte. Die heutige katastrophale Haushaltslage vieler Kommunen ist doch nicht zuletzt Ergebnis der desaströsen Haushaltspolitik vergangener Landesregierungen.

Haushaltsdisziplin in Verbindung mit der **Konzentration auf die Kernaufgaben** des Landes und umfassender Bürokratieabbau ermöglichen mittelfristig auch neue Spielräume für unsere Kommunen. Diese Haushaltsdisziplin wirkt nicht nur auf die Kommunen, sondern auch auf unseren internationalen Wirtschaftspartner. Denn dauerhaft ausgeglichene Haushalte auch mithilfe einer Schuldenbremse signalisieren: Wir sind ein zuverlässiger und berechenbarer Mitspieler auf den globalen Märkten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ausgeglichene Haushalte werden nur zu erreichen sein durch eine erfolgreiche, den Mittelstand und die Wirtschaft allgemein fördernde Wachstumspolitik. Denn uns allen muss klar sein, dass man den schleswig-holsteinischen Landeshaushalt nicht nur auf der Ausgabeseite konsolidieren kann. Vielmehr müssen wir alles tun, um eine Wachstumspolitik zu betreiben, die Wachstum produziert, damit Steuereinnahmen generiert, gleichzeitig die Arbeitslosigkeit senkt und die Sozialausgaben reduziert.

(Zuruf von der SPD: Alles gleich!)

Alles, was Wachstum schafft, wird gemacht. Alles, was Wachstum verhindert, wird weggeräumt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Selbstbindung und Bremse einerseits, Befreiung von Fesseln und Gasgeben andererseits, Selbstwertgefühl, Würde und Ansehen unseres Landes stärken wir mindestens genauso stark durch finanzielle Fitness wie durch erfolgreiche Klagen vor Gericht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Vielen Dank, Frau Loedige. - Gestatten Sie mir eine Anmerkung. Es macht Sinn, der Person, der wir das Wort erteilt haben, zuzuhören. Bisher war im Schleswig-Holsteinischen Landtag gängige Praxis: Wenn ein Mitglied unseres Hauses die erste Rede

hält, dann verwendet man ein wenig mehr Gehör darauf.

(Beifall)

Eine weitere Anmerkung gilt für alle und für die gesamte Wahlperiode: Das Benutzen des Handys ist möglich, allerdings vor dem Plenarsaal und nicht im Plenarsaal.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Kollegin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt viele gute Gründe für eine Schuldenbremse. Wir haben es gehört, sie ist generationengerecht, nachhaltig und schafft Handlungsspielraum. Und dennoch: Grundsätzlich für eine Schuldenbremse zu sein, ist das eine. Die **Schuldenbremse in Schleswig-Holstein** unter den gegebenen Rahmenbedingungen aber tatsächlich umzusetzen, ist eine weit schwierigere Übung. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir die Rahmenbedingungen des Landeshaushaltes nüchtern analysieren, bevor wir uns darüber ereifern, wer der beste Haushaltssanierer ist, Herr Koch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, wo war Ihre moralische Verantwortung, von der Sie eben gesprochen haben, als es um die Förderung von Bierflaschenverschlüssen ging, als es um die Förderung der A 20 ging? - All das ist schuldenfinanziert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wo ist Ihre moralische Verantwortung, wenn neue Beauftragtenstellen geschaffen werden? Frau Loedige, erklären Sie mir hier, wieso neue Beauftragtenstellen Wachstum schaffen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Torsten Geerds:

Kollegin Heinold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Arp?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Er wird Teile meiner Rede vorweg nehmen.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege Arp, Sie haben das Wort.

(Präsident Torsten Geerds)

Hans-Jörn Arp [CDU]: Frau Kollegin, können Sie mir oder dem Hohen Haus erklären, wie viel Landesmittel in der Planung und in dem Ausbau der A 20 stecken?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Unter anderem deshalb ist die Straßenbauverwaltung so groß. Unter anderem deshalb wurde in der Straßenbauverwaltung kein Personal abgebaut. Die Planungsmittel sind auch gestiegen. Schauen Sie nach. Ich habe viele Zahlen im Kopf, diese aber nicht. Wenn Sie die wissen, dann nur Mut.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ich bin hier nicht mit Ihnen im Dialog, aber ich möchte in der Tat eine Zusatzfrage stellen!)

Präsident Torsten Geerds:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir haben hier vielleicht eine gemeinsame Wissenslücke.

Präsident Torsten Geerds:

Das wird gestattet. Ich erteile Herrn Kollegen Arp das Wort zu einer weiteren Zwischenfrage.

Hans-Jörn Arp [CDU]: Wissen Sie, dass das Auftragsarbeiten des Bundes sind, die der Bund auch bezahlt? Die Planungskosten gehören dazu.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nach meiner Kenntnis werden die Planungskosten nicht komplett vom Bund bezahlt. Wir können das gern im Nachhinein noch einmal klären. Ich weiß zum Beispiel, dass bei der Fehmarnbelt-Querung auf jeden Fall Planungskosten des Landes drinstecken.

Meine Damen und Herren, das **strukturelle Defizit** des Landes beträgt circa 800 Millionen €. Zins- und Pensionskosten steigen jährlich. Hinzu kommen Tarifsteigerungen und erhebliche Verpflichtungen aus Leistungsgesetzen. Aus unserer - aus grüner - Sicht kommt noch mehr hinzu: Es ist die Notwendigkeit, in Bildung und Klimaschutz zu investieren. Es ist also die Notwendigkeit von Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und in die Grundlage für qualitatives Wachstum.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, dass wir ohne strukturelle Sparmaßnahmen den Karren nicht aus dem Dreck ziehen werden. Es wäre aber falsch zu glauben, man könne durch Kürzungen mit dem Rasenmäher das Land zukunftsfest machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wollen wir gerade nicht!)

Blindwütiges Sparen bei gleichzeitiger Steuerentlastung für Besserverdienende ist eine politische Geisterfahrt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Für uns Grüne heißt **Generationengerechtigkeit**: Ja zur Schuldenbremse, Ja zu Investitionen in Bildung und Klimaschutz, Ja zu einem Steuersystem, welches sicherstellt, dass der Staat seine notwendigen Ausgaben auch finanzieren kann, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Fraktion steht zu **Einsparungen im Landeshaushalt**.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das werden wir sehen!)

Seit Jahren setzen wir uns für eine tief greifende Verwaltungs- und Gebietsreform ein, um innerhalb der Verwaltung zu sparen. Ich werde es Ihnen immer wieder sagen: In rot-grüner Regierungsverantwortung wurde mit dem Abbau von Stellen innerhalb der Verwaltung ernst gemacht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es wurden Stellen ausgelagert!)

- Nein, lesen sie endlich einmal die Liste, die der Landesrechnungshof bestätigt hat. Sie wollen es nicht glauben. Die wurden real abgebaut, und ich gebe Ihnen die Liste zum fünften Mal.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Fragen Sie den Landesrechnungshof, der ist an meiner Seite. Selbst wenn das Land ein Zehntel aller Stellen abbauen würde - das ist heftig, was man sich da vornimmt -, könnte man damit nur ein Drittel des strukturellen Defizits unseres Landeshaushalts ausgleichen. Deshalb hilft es uns nicht weiter, wenn wir uns gegenseitig versichern, dass wir zur Schuldenbremse stehen. Was wir brauchen, ist ein **Konzept**, wie die **Schuldenbremse** in Schleswig-

(Monika Heinold)

Holstein umgesetzt werden kann und welche Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Seit Monaten fordert meine Fraktion ein solches Konzept von der Landesregierung, und seit Monaten drückt sich der alte und neue Finanzminister vor genau dieser Aufgabe!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Wiegard, legen Sie dem Parlament endlich die beschlossene **mittelfristige Finanzplanung** vor. Ich empfinde es als eine Frechheit, dass CDU und SPD heute diesen Parlamentsbeschluss aufheben wollen und sagen: Wir haben Zeit bis Mai 2010.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin, gestatten sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin Heinold, würden Sie freundlicherweise zur Kenntnis nehmen, dass diese Landesregierung erst seit drei Wochen im Amt ist?

- Ich nehme das zur Kenntnis.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Würden Sie freundlicherweise auch zur Kenntnis nehmen und dem Hohen Haus mitteilen, dass die Frage einer zehnpromzentigen Personalreduzierung diesem Haus seit mehreren Jahren bekannt ist, weil Professor Seitz uns das hoch begutachtet ins Stammbuch geschrieben hat?

- Das ist richtig. Wenn meine Erinnerung richtig ist, hat Seitz dies dem Haus einen Monat, nachdem die Große Koalition im Amt war, mitgeteilt. Die Landesregierung wird sich daran erinnern, dass ich deshalb immer wieder nachgefragt habe, ob und wie das Personaleinsparungskonzept umgesetzt worden ist. Ich war selbst erstaunt, als ich die vom Rechnungshof bestätigte Bilanz hatte, dass wir im Schnitt real pro Jahr 220 Stellen abgebaut haben -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- nein, ich zeige Ihnen die Liste, glauben Sie mir endlich - während Schwarz-Rot zwei Stellen abge-

baut hat. Ich habe Herrn Seitz und alles, was danach passiert ist, in Erinnerung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Wiegard, spielen Sie nicht erneut auf Zeit. Ich frage mich, wozu Sie die Monate nutzen wollen, in denen Sie wieder nicht anfangen zu arbeiten. Ihr Plan, über Monate eine **Haushaltsstrukturkommission** tagen zu lassen und bis dahin jegliche Finanzplanung zu verweigern, ist ein durchsichtiges Manöver. Herr Wiegard, wo sind denn ihre Sparpläne, die Sie angeblich nur deshalb nicht umsetzen konnten, weil die Minister und die Ministerinnen von der SPD blockierten? Herr Finanzminister, ist alles frei erfunden? - Meine These lautet: Diese Sparpläne von Ihnen hat es nie gegeben. Es war alles Lug und Betrug, um die Sozialdemokraten aus der Regierung zu jagen. Welch schäbiges und unwürdiges Verhalten gegenüber einem ehemaligen Koalitionspartner.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Aber auch die SPD kann ich nicht verschonen: Im Februar dieses Jahres verunglimpfte Herr Stegner eine Schuldenbremse auf null als Verarmungsprogramm für das Land. Im Sommer scheiterte die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung an der Ablehnung der SPD. Heute fordern nun die Sozialdemokraten die Landesregierung auf, einen Formulierungsvorschlag für eine Änderung der Landesverfassung vorzulegen, statt selbst einen eigenen Vorschlag auf den Tisch zu legen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren von der SPD, für die **Änderung der Landesverfassung** brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit. Da wäre es doch mehr als hilfreich gewesen, wenn Sie uns einmal dargestellt hätten, mit welchen Formulierungen Sie leben könnten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deshalb begrüße ich auch die Ankündigung von CDU und FDP, dass Sie jetzt einen Gesetzentwurf einbringen wollen. Wir hatten bereits in der letzten Legislaturperiode einen Gesetzentwurf eingebracht. Wir wollen die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern und gleichzeitig die Verfassungsklage gegen das Grundgesetz einleiten.

(Monika Heinold)

Das muss eine Gleichzeitigkeit sein. Wir dürfen es aus unserer Sicht nicht zulassen, dass der Bund massiv in die Haushaltshoheit der Länder eingreift.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Schuldenbremse - es ist gesagt worden - gibt vor, dass die **Nettoneuverschuldung** des Landes ab 2011 um jährlich 10 % reduziert werden muss. Deshalb kann sich Schleswig-Holstein den geplanten schwarz-gelben Steuersenkungswahn nicht leisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Schleswig-Holstein muss im Bundesrat gegen den geplanten Raubritterzug des Bundes zulasten der Länder und der Kommunen stimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Im Bundesrat - darüber diskutieren wir gleich auch noch - kommt es auf die Stimme Schleswig-Holsteins an. Der Ministerpräsident hat angekündigt, dass er dem so nicht zustimmen wird. Ich sage: Der Ministerpräsident steht in der Pflicht zu verhindern, dass Schleswig-Holstein jährlich bis zu 450 Millionen € verliert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo das denn?)

Herr Finanzminister, stimmen Sie im Bundesrat als Erstes gegen Westerwelles Wachstumsbeschleunigungsgesetz,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

das uns - das ist doch ein Treppenwitz der Geschichte - zuerst aus der einen Tasche genau die 70/80 Millionen € zieht, die uns durch Bund und Länder als Altschuldenhilfe in die andere Tasche wieder hineingesteckt werden. So kann es nicht gehen, so werden wir das Ziel nicht erreichen.

Schleswig-Holstein muss sich jetzt auf die Schuldenbremse vorbereiten. Es ist aber denkbar schlecht vorbereitet. Sie machen das immer an uns fest, ich mache das nicht nur an uns fest. Ich sage immer: Wir tragen Mitverantwortung, aber ich sage auch der CDU, wo ihre Verantwortung liegt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die tiefgreifende Verwaltungsreform fiel den CDU-Lobbyisten zum Opfer, der von Rot-Grün eingeleitete Personalabbau wurde unter Schwarz-Rot eingestellt, und mit dem Schleswig-Holstein-Fonds wurden 423 Millionen € zusätzlich

(Hans-Jörn Arp [CDU]: In Arbeitsplätze investiert!)

an Schulden gemacht. Das sind zusätzliche Schulden, Herr Koch. So viel zu Ihrer Generationengerechtigkeit. So, Herr Finanzminister, bereitet man ein Land nicht auf die harten Anforderungen der Schuldenbremse vor - ganz zu schweigen von dem unkalkulierbaren Risiko der HSH Nordbank, einem brodelndem Vulkan, der jederzeit ausbrechen kann.

Und, Herr Finanzminister, kommen Sie nicht auf die Idee, Ihre finanzpolitischen Ziele wieder umzusetzen, indem Sie die Kommunen erneut schröpfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Wir teilen die Forderung des Städteverbandes Schleswig-Holstein, dass in der Landesverfassung auch festgeschrieben werden muss, dass das Land die Schuldenbremse nicht zulasten der Kommunen umsetzen darf.

Verbal ist die CDU Sparweltmeister, aber in der Praxis ist sie der größte Schuldenmacher der Nation.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Ich nehme zum Beispiel einmal folgenden Vergleich - Herr Wiegand, Sie haben gesagt, Sie seien die erste Regierung, in der es gelinge, mehr zu erwirtschaften, es seien eigentlich nur noch die Zinsen, die einen erdrosselten -: 1996, unser erstes Regierungsjahr hier in Schleswig-Holstein, lagen die Zinsen bei über 800 Millionen €. Die **Nettoneuverschuldung** lag bei 630 Millionen €. Das heißt, damals 1996, haben wir 200 Millionen € aus dem laufenden Haushalt für die Zinslast erwirtschaftet.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da hatten Sie gerade Vermögen verschleudert! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Die Provinzial haben Sie verkauft!)

Jetzt nehme ich Ihr Jahr 2006: 7,2 % Wachstum, 891 Millionen € Zinsen und 885 Millionen € Neuverschuldung. Seien Sie also vorsichtig, wenn Sie sich für Ihre eigenen Erfolge preisen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

(Monika Heinold)

Wer die **Schuldenbremse** ernst nimmt, muss sich auch in Berlin dafür einsetzen, dass sich die **Rahmenbedingungen** grundlegend ändern. Das Konzept vom Finanzminister Wiegard für einen Altschuldenfonds war richtig. Dafür habe ich Sie immer gelobt. Aber leider war die Landesregierung erfolglos.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Gut, Herr Stegner sagt immer, dass sei seins. Das kann man mit Sicherheit auch irgendwo nachlesen. Das ist mir aber auch wurscht. Tatsache ist, diese Idee des Altschuldenfonds war richtig, aber sie ist nicht umgesetzt worden.

Wir Grüne halten weiter daran fest. Wir stehen dazu, das haben wir auch vor der Wahl gesagt, dass der Soli-Ost erhalten bleiben muss. Wir brauchen ihn hälftig, um Altschulden zu tilgen, und hälftig für einen Bildungsfonds.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So wie der Aufbau Ost eine gesamtstaatliche Aufgabe war und ist - die Mittel laufen jetzt aus -, so ist aus grüner Sicht die **Entschuldung der öffentlichen Hand**, aber auch ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem, eine gesamtstaatliche Aufgabe. Dafür muss sich die Landesregierung in Berlin einsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Meiner Fraktion ist es ernst damit, dass **Generationsgerechtigkeit** und **Nachhaltigkeit** auch für die Finanzpolitik gelten müssen. Unser Vorschlag, in der Haushaltsstrukturkommission mitzuarbeiten, war durchaus ernst gemeint. Dass CDU und FDP dies kaltschnäuzig abgelehnt haben, zeigt, dass sich Schwarz-Gelb in alten Schützengräben bewegt, statt nach vorn zu schauen und zu gucken, wie man mit dem ganzen Haus gemeinsam einen Pfad findet, der gangbar ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine Damen und Herren, wenn wir der zukünftigen Generation einen geordneten Landeshaushalt übergeben wollen, dann brauchen wir eine Schuldenbremse, die Konjunktur gerecht steuert, eine Schuldenbremse, die mit der alten Philosophie Schluss macht, dass Investitionen in Beton erlaubt sind und Investitionen in Bildung verhindert werden.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wenn wir den Anspruch haben, die Neuverschuldung zu reduzieren und gleichzeitig in Klimaschutz und Bildung zu investieren, dann muss es auch erlaubt sein, ergebnisoffen über Einnahmesteigerungen des Staates zu reden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und des Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE])

Meine Fraktion wird die Debatte über die Schuldenbremse auch weiterhin konstruktiv begleiten. Jetzt ist es aber erst einmal an der Landesregierung: Herr Finanzminister, fangen Sie endlich mit Ihrer Arbeit an! Vertagen Sie nicht erneut die Finanzplanung! CDU und FDP, liebe Kolleginnen und Kollegen, streichen Sie diesen unsäglichen Absatz aus Ihrem Antrag, dass man die mittelfristige Finanzplanung wieder vertagt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es gibt seit drei Wochen eine neue Regierung!)

- Ja, es gibt eine neue Regierung, aber es gibt einen Finanzminister, der gesagt hat, er habe Pläne in der Tasche. Da wird es ihm doch wohl möglich sein, eine mittelfristige Finanzplanung vorzulegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Was würden Sie denn machen, wenn Sie an der Regierung wären? Das ist so etwas von albern! - Weitere Zurufe von der CDU)

Fangen Sie mit der Arbeit an, meine Damen und Herren, damit wir weiterkommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Moin, Herr Präsident!

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege, können wir uns darauf verständigen, dass wir uns für die nächsten fünf Jahre auf eine ganz normale Anrede hier im Haus einigen?

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Ja, Entschuldigung, Herr Präsident. Ich versuche, das zu beherzigen.

Meine Damen und Herren, ich bin irritiert und ein wenig erschüttert, dass jetzt offenbar zwischen den Fraktionen der Wettlauf ausbricht, wer am meisten gespart hat, wer am meisten sparen will, und zwar beim Personal im Land. An diesem Wettbewerb - das kann ich für meine Fraktion sagen - werden wir uns nicht beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich denke, wir sind uns hier im Haus einig, dass die **Schuldenregelung** - so wie sie im Grundgesetz verankert worden ist - ein schwerer und nicht hinnehmbarer Eingriff in das **Grundrecht unseres Landesparlamentes** darstellt. Ich hätte es begrüßt, wenn das an der einen oder anderen Stelle noch einmal hervorgehoben und von allen Fraktionen noch einmal klargestellt worden wäre.

Wir haben zu dem Antrag der SPD einen Änderungsvorschlag vorgelegt. Bevor ich es nachher vergesse, möchte ich darauf hinweisen, dass wir auch möchten, dass diese Anträge alternativ, dass heißt einzeln, abgestimmt werden.

Zur Erklärung unseres Änderungsantrags möchte ich auf die aktuelle politische Finanzdebatte kurz eingehen. Einer der letzten großen Taten der Großen Koalition auf Bundesebene - es war am 7. Oktober dieses Jahres - war ein Gesetzentwurf, in dem der Anteil des Bundes an den kommunalen Leistungen für Unterkunft und Heizung im laufenden Jahr auf durchschnittlich 23,6 % abgesenkt wird. Es geht um die **Beteiligung des Bundes an den kommunalen SGB-II-Leistungen**. In Schleswig-Holstein soll der Anteil sogar auf 23 % abgesenkt werden.

2007 lag die Beteiligung des Bundes im Durchschnitt noch bei 31,8 %, 2008 - Herr Stegner - noch bei 29,2 %, und 2009 lag sie bei 26 %. Gleichzeitig ist es so, dass die Bundesregierung auch jetzt wieder einen Anstieg der Ausgaben für Unterkunft und Heizung erwartet. Allein 2010 sollen zusätzliche Kosten von 1,6 Milliarden € entstehen. Dieser Beitrag soll allein von den Kommunen finanziert werden.

Nun ist es so, dass der Bundesrat in seiner Sitzung am 6. November 2009 diesen Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen hat. Ich kenne die Position der Landesregierung zu diesem Thema nicht in Gänze, hoffe aber und denke, wenn ich die Botschaften aus

den Medien so höre, dass auch sie nicht davon begeistert ist, dass die Kommunen in Schleswig-Holstein diese zusätzliche Last schultern sollen. Hier werden Kosten einfach vom Bund auf die Kommunen abgewälzt. So kann Berlin sein Haushaltsdefizit reduzieren. Wir bekommen vor Ort - vor allen Dingen in den Kommunen - aber riesige Probleme. Dies soll und muss, wie ich finde, in Zukunft verhindert werden. Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag gestellt.

Ein zweiter Punkt. Wie wir der Presse, vor allem aber den Ausführungen des Ministerpräsidenten von vorgestern, entnehmen konnten - wir waren darüber sehr erfreut -, kritisiert die Landesregierung die **Steuerkürzungspläne der Bundesregierung**. Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz geht vor allem zulasten der öffentlichen Haushalte in den Ländern und in den Kommunen. Unser Finanzminister Wiegard spricht von Steuerausfällen in Höhe von 70 Millionen € für das Land und von circa 60 Millionen € für die Städte und Gemeinden. Wir freuen uns, dass die Landesregierung sich zumindest bisher geweigert hat, diesem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz zuzustimmen. Um der Bundesregierung, wer immer sie - auch in Zukunft - stellen mag, eindeutige Botschaften mit auf den Weg zu geben, bedarf es einer generellen Initiative, welche verhindert, dass die Landeshaushalte und die Haushalte der Kommunen durch nicht gegenfinanzierte Steuersenkungen weiter belastet werden. Deshalb haben wir diesen Punkt in unseren Änderungsantrag aufgenommen. Ich meine, eigentlich könnten alle Fraktionen diese Initiative befürworten.

Unabhängig von diesen Punkten - diesbezüglich besteht im Parlament sicherlich noch viel Diskussionsbedarf - treten wir für zwei grundsätzliche Weichenstellungen ein. Zum einen sind wir der Meinung, dass uns eine **Änderung der Landesverfassung zum Ausschluss einer strukturellen Neuverschuldung** auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung letztlich nicht weiterbringt. Die Entwicklung der Finanzsituation des Landes zwischen 2005 und 2008 zeigt doch, Herr Wiegard, dass die Verschuldung der öffentlichen Haushalte kein Problem der Staatsausgaben, sondern eher ein Problem der Einnahmen ist. Herr Wiegard, Sie rühmen sich der Tatsache, dass Sie 2007 und 2008 eine positive Entwicklung bei der Reduzierung des Haushaltsdefizits realisieren konnten. Einmal abgesehen davon, dass dies weniger Ihre Leistung ist, denn es gab ja überall in den Bundesländern gleichlaufende Entwicklungen - Sie waren ja nicht Minister in Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg oder Niedersachsen,

(Ulrich Schippels)

um nur einige Bundesländer zu nennen -, sollte von Ihnen auch erwähnt werden, dass die positiven Veränderungen darauf beruhen, dass sich die Einnahmesituation in den Jahren 2007 und 2008 deutlich verbessert hat. Hier kommen wir meiner Meinung nach zum Kern des Problems der Staatsverschuldung in Bund, Ländern und Kommunen. Nicht die hohen Staatsausgaben, sondern die fehlenden Staatseinnahmen sind das Problem.

Die **Steuer- und Abgabenquote** liegt in Deutschland inzwischen nur noch bei 34 %. In Europa liegt sie im Durchschnitt bei 40 %. In realen Zahlen bedeutet diese Differenz ein Minus von 130 Milliarden €. Hätten wir die gleiche Steuer- und Abgabenquote, wie sie im Durchschnitt in Europa anzutreffen ist, dann hätten wir 130 Milliarden € jährlich mehr. Wenn wir eine Steuer- und Abgabenquote wie im europäischen Durchschnitt hätten und es eine gerechte Verteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen gäbe, könnten wir das strukturelle Haushaltsdefizit in Schleswig-Holstein nachhaltig auf null zurückfahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Tatsächlich wurden die Steuern seit 1998 drastisch gesenkt, zuerst von der SPD und den Grünen und später von der Großen Koalition. Der Satz der Körperschaftsteuer, die auf den Gewinn zu zahlen ist, fiel von 45 % beziehungsweise 30 % zunächst auf 25 % und dann auf nur 15 %. Herr Kubicki hat sich darüber gefreut, ohne überhaupt beteiligt gewesen zu sein. In der Summe von Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätsabgabe entrichten Kapitalgesellschaften heute nur noch maximal 29,83 % Steuern auf ihre Gewinne. Damit liegt die Bundesrepublik unter dem Niveau der vergleichbaren großen Industriestaaten. In der Praxis ist der Unterschied sogar noch wesentlich größer, denn nirgends gibt es mehr Ausnahmetatbestände und Befreiungen als bei uns. Deutsche Unternehmen überweisen deshalb wesentlich weniger an die Finanzämter, als angesichts der Steuersätze eigentlich zu erwarten wäre. Nach der Berechnung der EU-Kommission gehört die tatsächliche Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften und Kapitaleinkommen in Deutschland zu den niedrigsten in Europa.

Angesichts dessen ist es kein Wunder, wenn die Haushalte defizitär werden. Um die Haushalte zu sanieren, brauchen wir keine Schuldenbremse. Wir brauchen ein Instrument, welches strukturell dafür sorgt, dass die Einnahmen nicht wegbrechen. Deshalb treten wir eher für eine **Steuersenkungsbremse** als notwendiges **Instrument der Haushaltsstabilisierung** ein.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich fürchte aber, es bedarf hier noch einiger Debatten im Landtag, damit dies mehrheitsfähig wird. Hinzu kommt, dass wir auch für eine **Erhöhung des Spitzensteuersatzes** sind, der von 53 % auf 42 % beziehungsweise 45 % reduziert worden ist, im Übrigen auch von Rot-Grün. Eine solche Erhöhung trifft auch uns Landtagsabgeordnete. Das würde für uns etwas weniger „Netto vom Brutto“ bedeuten. Gleichwohl treten wir dafür ein. Herr Wiegard hat von der glorreichen Zeit im Jahre 1969 gesprochen. Damals hatten wir einen Spitzensteuersatz von 56 oder 57 %.

Ich komme nun auf den letzten Aspekt unseres Änderungsantrages zu sprechen, der sich aus dem soeben Dargestellten ergibt. Unabhängig von der Debatte über die Steuersenkungsbremse hoffen wir, dass die Landesregierung dem Landtag ein **Konzept** vorlegt, welches die **strukturelle Neuverschuldung** zurückführt, und zwar - hören Sie jetzt bitte zu - ohne Leistungskürzungen zum Beispiel bei Vereinen und Verbänden und ohne Kürzungen beim Personal des Landes. Es ist klar, dass Sie das nicht sehr schnell schaffen. Es handelt sich schließlich um eine neue Aufgabe. Wir wollen dem Finanzminister deswegen auch ein wenig mehr Zeit gewähren. Es passt ganz gut, dass die Steuerschätzung erst im Mai 2010 kommt. Insofern haben Sie zeitlich noch etwas Luft. Noch einmal: keine Leistungskürzungen, keine Kürzungen beim Personal des Landes. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die eben genannte Forderung ist offensichtlich für uns noch ein Alleinstellungsmerkmal in diesem Landtag. Alle anderen Landtagsparteien - beim SSW bin ich mir dessen nicht ganz sicher; dazu kann vom SSW gleich vielleicht noch etwas gesagt werden - wollen offensichtlich beim Personal des Landes mehr oder weniger sparen. Wir hingegen sagen, dass wir einen ganz anderen Weg gehen wollen. Wir sehen die Beschäftigten des Landes nicht in erster Linie als Kostenfaktor an. Beim Personal des Landes handelt es sich um gut ausgebildete Fachleute in den unterschiedlichsten Bereichen. Das Personal des Landes ist ein Pfund, mit dem das Land und wir alle wuchern können.

(Beifall bei der LINKEN)

Gebrochene Versprechen - ich nenne das Stichwort Weihnachtsgeld - und dauerndes Gerede über die hohen Kosten der Beschäftigten in diesem Land sind nicht gerade motivationsfördernd. Hier gilt es meines Erachtens, radikal umzusteuern.

(Ulrich Schippels)

(Beifall bei der LINKEN)

Den Initiativen und den Vereinen wollen wir nicht Knüppel zwischen die Beine werfen. Wir wollen ihnen vielmehr helfen, ihre wichtige soziale Funktion in der Zivilgesellschaft wahrnehmen zu können. Hier darf es zu keinen Einsparungen kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür werden wir uns ohne Wenn und Aber einsetzen.

Wenn es tatsächlich dazu kommt, dass wir eine Steuersenkungsbremse haben und die Staatsquote wieder etwas höher wird, werden Sie, wie ich hoffe, auch noch Zeit finden, die Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich zurückzufahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern, dass diese Kürzungen sofort rückgängig gemacht werden. In dieser Frage sind wir mit den Grünen einer Meinung. 120 Millionen € im Jahr - das finden wir überhaupt nicht lustig.

Im Jahre 1986 war die SPD in der Opposition. Damals habe ich im Kieler Legienhof bei einer Konferenz der SPD Björn Engholm zum Thema Kommunal Finanzen gehört. Björn Engholm sagte damals: Eine ausreichende Ausstattung mit Finanzmitteln ist die Voraussetzung für kommunale Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN)

Dem ist nichts hinzuzufügen. Nehmen Sie die Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich zurück!

Ich habe eben schon erwähnt, dass wir wünschen, dass über unseren Antrag alternativ abgestimmt wird. Nach meiner Rede wird er, wie ich denke, auch eine Mehrheit finden.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion des SSW erteile ich Herrn Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niemand - außer den Linken, wie wir gehört haben - zweifelt daran, dass wir eine **Schuldenbremse** brauchen. Nach wie vor ist aber auch klar, dass die **Voraussetzungen** für die Schuldenbremse des Bundes, nämlich annähernd ausgeglichene Haushalte und eine Berücksichtigung der Altschulden der Länder, nicht erfüllt sind. Der

schleswig-holsteinische Haushalt ist mit einem Schuldenberg von 23 Milliarden € und einem strukturellen Defizit von derzeit 600 Millionen € - die Tendenz ist steigend - alles andere als ausgeglichen. Von einer Berücksichtigung der Altschulden der Länder kann man bei einer Ausgleichszahlung des Bundes von 80 Millionen € schon gar nicht sprechen.

Für den SSW ist der Dreiklang aus **Klage, Konzept und Verfassungsänderung** der einzige Weg, um in Schleswig-Holstein langfristig zu einem ausgeglichenen Haushalt zu gelangen. Die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ist aus unserer Sicht schlichtweg eine Notwendigkeit, um nicht entmündigt zu werden. Es ist eine demokratietheoretische Frage, ob der Landtag in seinem Königsrecht, dem Budgetrecht, beschnitten wird. Aus unserer Sicht kann sich dies kein einziges Bundesland gefallen lassen. Die Souveränität und damit auch die Flexibilität im eigenen Haushalt müssen erhalten bleiben.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Der Bund hat gerade sehr deutlich gemacht, dass er macht, was ihm passt. Die im Wahlkampf groß angekündigten Steuererleichterungen werden auf die Länder und Kommunen abgewälzt. Das neue sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz führt in Schleswig-Holstein zu 70 Millionen € weniger im Landeshalt und 60 Millionen € weniger in den Haushalten der Kommunen. Nicht nur, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung **Steuergeschenke zulasten der Länder und Kommunen** verspricht, ohne dies mit ihnen abzusprechen. Auch die 80 Millionen € Ausgleichszahlungen für die Schuldenbremse werden damit einkassiert, bevor wir sie überhaupt zu Gesicht bekommen haben.

Da unser Ministerpräsident in der Föderalismuskommission bei den Ausgleichszahlungen des Bundes eingeknickt ist und auf den Knien rutschend Dankbarkeit geheuchelt hat, bekommt Schleswig-Holstein gerade einmal 80 Millionen € an **Ausgleichszahlungen**. Es ist pure Illusion zu glauben, dass damit überhaupt irgend etwas ausgeglichen werden kann. Daher werden mit einer Schuldenbremse auch Kürzungen kommen, ob es uns passt oder nicht. Illusorisch ist deshalb auch der Antrag von den Linken, die eine Schuldenbremse ohne Kürzungen bei Leistungen und Personal fordern.

Der SSW kauft aber auch nicht die Katze im Sack. Mit der Schuldenbremse akzeptiert man **Streichungen**. Wir möchten aber vorher wissen, wie diese

(Lars Harms)

aussehen. Da der Wahlkampf vorbei ist, können Sie jetzt mit der Sprache rausrücken, wo die Landesregierung in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung, Polizei und Justiz jährlich mindestens 520 Millionen € - das ist das Gap - einsparen möchte.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir brauchen ein realistisches **Entschuldungskonzept**, das unseren finanziellen Gestaltungsspielraum nicht völlig kaputt macht und unser Land auch nicht in den finanzpolitischen Selbstmord treibt. Für das vorzulegende Konzept zum Abbau der strukturellen Neuverschuldung brauchen wir aus Sicht des SSW eine gemeinsame Beschlussfassung, die über die dünne Mehrheit von CDU und FDP hinausgeht. Nur so wird es uns gelingen, Lösungen zu beschließen, mit denen wir auch in Zukunft weiterarbeiten können, die also über Legislaturperioden und Regierungsbildungen hinausgehen.

Das Konzept zum Abbau der Neuverschuldung zu schreiben, ist eine große Herausforderung; daran besteht überhaupt kein Zweifel. Es wird nicht nur schwer sein, überhaupt so viel Geld einzusparen. Auch ist unklar, wie eine Schuldenbremse umzusetzen ist. Die Hans-Böckler-Stiftung hat in alarmierender Deutlichkeit darauf hingewiesen: Eine Schuldenbremse fordert im Abschwung zu viel Konsolidierung und im Aufschwung zu wenig. Besonders in Schleswig-Holstein stehen wir vor dieser Herausforderung, da eine restriktive Finanzpolitik momentan die Gefahr einer weiteren Abwärtsspirale in sich birgt.

Aber auch die technischen Einzelheiten sind entscheidend. Niemand weiß, mit welchem Verfahren Abweichungen von der konjunkturellen Normallage und die Höhe des zulässigen Defizits oder Überschusses festgestellt werden. Und auch die länderspezifischen Daten und Prognosesätze sind bisher noch nicht vorhanden. Je nach Verfahren kann es zu positiven oder negativen Abweichungen kommen, sodass der SSW dafür plädiert, dass frühzeitig ein Konzeptentwurf vorgelegt wird. Für dieses Konzept sollte die Landesregierung genau wie bei der Verfassungsänderung mindestens eine Zweidrittelmehrheit anstreben, um eine möglichst breite Mehrheit zu finden, die die Einsparvorschläge teilt.

Die vorliegenden Anträge machen deutlich, dass die schwarz-gelbe Landesregierung noch mehr Hausaufgaben zu erledigen hat. So lange wir die **Schuldenbremse** nicht in unsere Verfassung aufgenommen haben, gilt die des Bundes. Da dies den fi-

nanziellen Selbstmord Schleswig-Holsteins bedeutet, ist es an der Zeit, eine **landesspezifische Regelung** vorzulegen. Wir brauchen eine Schuldenbremse, die so flexibel wie möglich gehalten ist und antizyklisches Verhalten möglich macht. Wir brauchen eine Schuldenbremse, die zu einem ausgeglichenen Haushalt führt und nicht zum Finanztod Schleswig-Holsteins.

Auch die von den Linken vorgeschlagene Festlegung der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote wird nicht zu einer Verbesserung der Einnahmesituation der Länder führen. Aus Sicht des SSW kann es kein politisches Ziel sein, Steuern zum Selbstzweck zu erheben. Wenn also Aufgaben wegfallen, kann ich nicht trotzdem Geld dafür kassieren. Sonst verkommen Steuern zur Daseinsberechtigung der Linken und vor allem - das sage ich ganz deutlich - zu einer Anwendung von Staatskapitalismus, die mit dem SSW nicht zu machen ist. Auch Steuererleichterungen und Umschichtungen müssen möglich sein. Starre Regelungen helfen nicht weiter und behindern den offenen politischen Diskurs über diese Frage.

(Zurufe von der LINKEN)

- Es spielt keine Rolle, wie hoch die Steuerquote in einem Land ist, sondern wir müssen über jede politische Maßnahme, über die wir hier reden und die wir mit Steuern belegen, als Parlament diskutieren und können uns da keine starren Regelungen leisten. Das ist nicht in Ordnung. Wir sind ein Parlament, das darüber zu diskutieren hat, das nicht einfach starre Regelungen festzulegen und über Jahrzehnte zu akzeptieren hat.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[FDP])

Für den SSW steht fest, dass die **Schuldenbremse** mit der **Konnexität auf Bundesebene** einhergehen muss. Sonst können wir planen und Konzepte schreiben, wie wir lustig sind; sämtliche Einsparungen werden nichts bringen. Die Konnexität auf Bundesebene ist die Voraussetzung dafür, dass der Bund nicht ständig alles auf uns herunterbricht, sondern den Ländern auf Augenhöhe entgegentritt. Schleswig-Holstein hat eben nicht die Möglichkeit, hier und da ein paar Schraubchen zu drehen, um die Einnahmen zu verbessern. Wir sind auf den Bund angewiesen. Bisher hat sich unser Ministerpräsident weder erfolgreich für einen Altschuldenfonds eingesetzt noch die Ausgleichszahlungen nachverhandelt oder sich für die Einführung der Konnexität auf Bundesebene eingesetzt.

(Lars Harms)

Für den SSW fasse ich also noch einmal zusammen: Wir brauchen nicht nur die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, wir brauchen auch eine landesspezifische Schuldenbremse, die Einführung der Konnexität auf Bundesebene und vor allem ein Konzept zum Abbau der Neuverschuldung. Die Schuldenbremse in der Landesverfassung und das Konzept zum Abbau der Verschuldung müssen aber immer gemeinsam gesehen und gemeinsam beschlossen werden. Eine isolierte Verfassungsänderung macht keinen Sinn. Wenn wir für eine Verfassungsänderung stimmen, muss dies auf der Grundlage eines vom Quorum her genauso stark getragenen Konzeptes geschehen, und dieser Vorstellung kommt nach unserer Auffassung der SPD-Antrag am nächsten.

(Beifall bei SSW und SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag in Nummer 1 des Antrages Drucksache 17/12 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt. Es liegen zum Ursprungsantrag der Fraktion der SPD zwei Änderungsanträge vor. Da die eingereichten Änderungsanträge wie selbstständige Anträge gefasst sind, schlage ich vor, abweichend von der Geschäftsordnung diese zu selbstständigen Anträgen zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann können wir so verfahren.

Wer den Nummern 2 und 3 des Antrages der Fraktion der SPD, Drucksache 17/12, zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Denn stelle ich das Ergebnis der Abstimmung über diesen Antrag fest: Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und der LINKEN bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Dann kommen wir zur nächsten Abstimmung. Wer den Nummern 2 bis 4 des Antrages der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/53, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe!

(Zuruf von der LINKEN: Ganz große Koalition!)

- Stimmenthaltungen? - Dann gebe ich das Ergebnis dieser Abstimmung bekannt: Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE gegen die Stim-

men der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Dann stimmen wir über den dritten Antrag ab. Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/58, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit stelle ich fest, dass dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW angenommen worden ist.

Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt und gebe bekannt, dass sich die Fraktionen verständigt haben, den Tagesordnungspunkt 28 in der Dezember-Tagung aufzurufen.

(Zuruf von der LINKEN: Leider!)

- Ich gebe eine Verständigung bekannt, Herr Kollege!

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 8 auf:

Keine Steuersenkungen zulasten von Land und Kommunen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Monika Heinold von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon im Wahlkampf war klar: Die Steuersenkungspläne von CDU und FDP sind nicht nur unseriös, sie sind eine Kampfansage an die finanzielle Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Angesichts der bitterernsten Haushaltslage kann sich keine Kommune, kein Bundesland die milliardenschweren **Steuersenkungsprogramme** dieser Bundesregierung leisten. Es ist doch verlogen, wenn die FDP in Berlin lautstark für Steuersenkungen trommelt, den Hals gar nicht voll genug bekommen kann und hier in Kiel verspricht, man wolle heroisch dagegen kämpfen, um Schaden vom Land abzuwenden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

(Monika Heinold)

Die „Lübecker Nachrichten“ kommentierte am 12. November 2009 die liberale Rolle rückwärts wie folgt - ich zitiere -:

„38 Jahre brauchte die FDP in Kiel, um wieder an die Regierung zu kommen. 15 Tage brauchten Koppelin und Kubicki, um die FDP als Regierungspartei zum ersten Mal lächerlich zu machen.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das nenne ich „auf den Punkt gebracht“. Auch der Bund hat keinen Spielraum für weitere Steuersenkungen und Steuerausfälle. Auch der Bund quält sich mit der Vorgabe der **Schuldenbremse**. Zu glauben, man könne mal eben 24 Milliarden € an Steuersenkungen beschließen, und keiner merkt den Einnahmeausfall, das ist doch ein Märchen aus „Tausend und eine Nacht“.

Auch an die FDP-Mär, dass Steuersenkungen automatisch einen Wachstumsschub nach sich ziehen, mit dem man dann finanziell alles bezahlen kann, was man möchte, glaubt außer der FDP niemand, nicht einmal die Wirtschaftsweisen. Das platte Wahlversprechen der FDP „mehr Netto vom Brutto“ ist eine Bedrohung für die Handlungsfähigkeit unseres Staates.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Allein in Schleswig-Holstein würden **Land** und **Kommunen** jährlich 450 Milliarden € verlieren, Geld, das uns für Klimaschutz, Kindertagesstätten, Schulen, Büchereien und Schwimmbäder fehlt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Zu Recht stehen die Kommunen auf den Barrikaden. Ohne Gegenfinanzierung führen **Steuersenkungen** zum Ausbluten der öffentlichen Kassen, mit fatalen Folgen. Was hat denn eine Familie davon, wenn sie einen höheren Kinderfreibetrag oder 20 € mehr Kindergeld bekommt, dafür aber der Beitrag für die Kindertagesstätte steigt, das Schwimmbad teurer wird und die Bücherei schließt?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Am schlimmsten ist jedoch die Hartz IV-Empfängerin dran, denn sie hat nichts von der Steuererleichterung, nichts von der Kindergelderhöhung. Aber bei dem höheren Eintrittsgeld fürs Schwimm-

bad und den höheren Gebühren für die Kitas ist sie mit dabei.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Zuruf von der FDP: Wo waren Sie 2005?)

Das ist nicht „mehr Netto vom Brutto“, sondern soziale Kälte und Spaltung der Gesellschaft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Die FDP-Lobbyarbeit hat dazu geführt, dass ab Januar 2010 für **Beherbergungsleistungen** im Hotel- und Gastronomiegewerbe der **Mehrwertsteuersatz auf 7 %** ermäßigt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Sie haben das lautstark auf Ihren Versammlungen gefordert. - Das sind **Einnahmeausfälle** für die öffentlichen Haushalte von 1 Milliarde € in jedem Jahr. Im Klartext: Der Millionär kann günstiger und bequemer im Luxushotel übernachten, und der Kommune fehlt das Geld für die Obdachlosenunterkunft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW - Zuruf von der FDP)

- Herr Kubicki, ein bisschen mehr Demut, wenn es um die Frage Arm und Reich geht!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben eben über die Schuldenbremse diskutiert und wissen, wie schwierig es ist. Mehr Steine, mehr Felsbrocken auf diesem Weg können wir nicht gebrauchen.

Der Ministerpräsident hat gestern betont, dass er alles tun wird, um die **Steuereintrüche** für unser Land in Berlin zu verhindern. Ich sage: Er muss sich im Interesse des Landes gegen Frau Merkel durchsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Und, meine Damen und Herren von FDP und CDU, kommen Sie nicht mit schrägen Kompensationen aus Berlin zurück! Herr Wiegand, kommen Sie nicht damit: Uns fehlen zwar jährlich 80 Millionen €, aber dafür wird eine Straße schneller gebaut oder eine andere Investition vorgezogen. So geht es nicht!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

(Monika Heinold)

Wir brauchen das Geld cash. Und lassen Sie die schwer gebeutelten Kommunen nicht wieder im Regen stehen. Sie drohen doch schon damit, denen die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle wegzunehmen!

Meine Damen und Herren, unser Antrag ist unmissverständlich formuliert: Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat die nicht gegenfinanzierten Steuersenkungspläne der Koalition abzulehnen. Geben Sie sich einen Ruck! Stimmen Sie unserem Antrag im Interesse des Landes Schleswig-Holstein zu! Wir brauchen ein klares Signal.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Konjunktur** in Deutschland erholt sich schneller als erwartet. Konnte im zweiten Quartal bereits wieder ein Wachstum von 0,4 % verzeichnet werden, stieg das **Bruttoinlandsprodukt** im dritten Quartal sogar um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal. Während Länder wie Spanien und Großbritannien noch tief in der Krise stecken, gehört Deutschland damit wieder zu den Wachstumslokomotiven in Europa.

Für das kommende Jahr konnte die Bundesregierung ihre Prognose von 0,5 % auf 1,2 % anheben. Der **Sachverständigenrat** geht mittlerweile sogar von 1,7 % aus. Dass es in Deutschland gelungen ist, die Krise besser als in anderen Ländern zu bewältigen, kann durchaus als Ergebnis der im Laufe dieses Jahres beschlossenen **Konjunkturpakete** angesehen werden. Die enthaltenen Maßnahmen von Abwrackprämie über kommunale Investitionen und Kinderbonus bis hin zur steuerlichen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger haben damit die angestrebte Wirkung entwickelt. Nur durch die Rückkehr unserer Volkswirtschaft auf einen stetigen Wachstumspfad wird es uns gelingen, die Einnahmen von Bund, Land und Kommunen wieder nachhaltig zu verbessern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe diese Seite der Medaille bewusst an den Anfang meiner Rede gestellt, weil sie in der gegenwärtigen Debatte über das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** oft unberücksichtigt bleibt. Das hat auch der

Redebeitrag der Kollegin Heinold gezeigt. Die andere Seite der Medaille ist aber - darin sind wir uns einig -, dass sich Schleswig-Holstein und unsere Kommunen in der gegenwärtigen Situation und angesichts der bekannten Haushaltslage Steuerausfälle nicht leisten können.

Dem notwendigen Konsolidierungspfad zur **Einhaltung der Schuldenbremse** in unserem Land würde die Grundlage entzogen, wenn wir gleich zu Beginn des Weges durch zusätzliche Steuerausfälle belastet würden.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein ist glücklicherweise durch den Ausgang der Landtagswahl in der günstigen Position, dass nur mit unseren Stimmen im **Bundesrat** die notwendigen Wachstumsimpulse gesetzt werden können. Dies gibt uns die Möglichkeit, hier eine Quadratur des Kreises zu erreichen, nämlich Wachstumsimpulse für unser Land mit einem Ausgleich für unsere besondere Haushaltslage in Schleswig-Holstein zu verbinden. Eine Zustimmung kann es daher nur geben, wenn ein **ausgeglichener Haushalt** im Jahr **2020** durch Steuersenkungen nicht beeinträchtigt wird und wir die erforderliche Unterstützung bekommen, um dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall bei der CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also cash!)

Alle diesbezüglichen Äußerungen der Landesregierung, aber auch der Partei- und Fraktionsvorsitzenden zeigen, dass die Interessen Schleswig-Holsteins in guten Händen sind.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt kommt es darauf an, für die anstehenden Beratungen im Bundesrat unserer Landesregierung den Rücken zu stärken. Dies erreichen wir aber nicht, Frau Kollegin Heinold, indem wir sie bereits heute auf ein bestimmtes Abstimmungsverhalten im Bundesrat festlegen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie sich doch nicht lächerlich!)

- Tue ich auch nicht, Frau Kollegin Heinold, keine Sorge. - Wenn ich für den vorliegenden Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deshalb die Ausschussüberweisung beantrage - -

(Tobias Koch)

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Als hätten wir die Zeit!)

- Ja, die Zeit haben wir, Frau Kollegin.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben wir nicht!)

- Doch, die haben wir.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Zeit haben wir! - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat der Herr Kollege Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Der Zwischenruf des Kollegen Kubicki war gleichwohl richtig. Denn wir haben die Zeit, und die Terminplanung passt perfekt zur Wahrnehmung unserer Interessen. Wenn wir an den Ausschuss überweisen, kann der Finanzausschuss in seiner nächsten Sitzung am 10. Dezember 2009 über diesen Antrag beraten. Eine Beschlussfassung kann dann in der nächsten Tagung des Landtags am 16. Dezember 2009 erfolgen und damit unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung des Bundesrats am 18. Dezember 2009.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie wollen das doch gar nicht!)

Das ist der richtige Zeitpunkt, um ein Urteil über den Stand der Verhandlungen zu fällen und die Verhandlungsposition unserer Landesregierung auf den letzten Metern – wichtige Entscheidungen werden oft am letzten Abend getroffen; das wissen wir alle – durch einen Beschluss des Landtags zu unterstützen. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zur Überweisung an den Finanzausschuss.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Es bleibt der schwerste Einbruch bei den Einnahmen in der Geschichte des Landes“, sagte Minister Wiegard zur Steuerschätzung. Von 2009 bis 2013 wird Schleswig-Holstein rund 4 Milliarden € **weniger Steuern** einnehmen als ursprünglich geplant.

„Wir werden Verzicht üben müssen“, sagte Ministerpräsident Carstensen am Mittwoch in seiner Regierungserklärung. Nun hat der Ministerpräsident seine Vorstellungen vom Sparen in einem **Zehnpunkte-Plan** vorgelegt. 5.600 Stellen sollen bis 2020 abgebaut werden – wie, ist aber noch offen –, bei den Vereinen und Verbänden sollen die Zuwendungen deutlich reduziert werden, das Land stellt den Kommunen keine zusätzlichen Mittel zu Verfügung, die Schuldenbremse soll in der Verfassung verankert werden, und bis 2020 soll es einen ausgeglichenen Haushalt geben.

Dies stellt das Land Schleswig-Holstein vor schwierige Aufgaben, und weitere Steuerausfälle können wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Jetzt will die neue schwarz-gelbe Bundesregierung ein Gesetz zur **Beschleunigung des Wirtschaftswachstums** beschließen. Was sich aber auf den ersten Blick vernünftig anhört, ist bei näherer Betrachtung eine Mogelpackung, die den Ländern erhebliche Einnahmeverluste beschert. Für Schleswig-Holstein würden sich die **Steuerausfälle** auf rund 130 Millionen € belaufen, 60 Millionen € für das Land und 70 Millionen € für die Kommunen.

Der Wahlkampf ist vorbei. Die SPD hat klar gesagt, dass der Staat mehr leisten muss, und sie hat Einnahmesenkungen, also Steuersenkungen, deutlich widersprochen. CDU und FDP haben sich dagegen mit **Versprechen** überboten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist zu befürchten, dass viele Menschen Ihnen geglaubt haben und – noch schlimmer – dass sie daran glauben, dass sie selbst davon profitieren werden. Der **Sachverständigenrat** – keineswegs im Verdacht, ein sozialdemokratisches Kampforgan zu sein – hat am letzten Freitag – übrigens einem 13. – klare Worte gefunden:

„Auch wenn es die neue Bundesregierung nicht wahrhaben will: Ohne harte Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben oder ohne Erhöhungen von Steuern oder anderen Abgaben kann eine Konsolidierung der staatlichen Haushalte nicht gelingen.“

Dem können wir nur beipflichten. **Steuersenkungen** nützen einigen Glücklichen für kurze Zeit. Sie bringen aber all diejenigen, die auf eine niedrigschwellige und verlässliche öffentliche Infrastruktur bitter angewiesen sind, hart in die Bredouille,

(Olaf Schulze)

also die Menschen, die kostengünstige öffentliche Verkehrsmittel brauchen, die dringend auf die mit Steuertransfers gestützten und paritätisch finanzierten Sozialkassen angewiesen sind, die es sich nicht leisten können, ihre Kinder in kostenpflichtige Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten zu schicken, oder die öffentlich geförderte Beratungsangebote, Verbraucherberatung, intakte Straßen, öffentliche Hilfeangebote und vieles mehr benötigen.

Es ist kein Wunder, dass die Koalition in Berlin über diejenigen, die für ihre leeren Versprechungen die Zeche zu zahlen haben, lieber schweigt. Ein ideologisches Rezept, das wie weiland Ronald Reagan ein kurzschlüssiges „Steuern runter, Wachstum rauf, Staatseinnahmen rauf“ – das ist die berühmte Laffer-Kurve – verspricht, ist mit Blick auf die tatsächlich zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Effekte nur mit äußerster Vorsicht zu genießen. Die praktische Erfahrung mit diesem Rezept in den letzten 30 Jahren lautete eher: Steuern runter, Schulden rauf. – Das war das einzig sichere Ergebnis, während sich das **Wachstum**, je nach den sonstigen Umständen, unterschiedlich entwickelt hat. Wir brauchen gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise öffentliche Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Die angekündigte Steuerpolitik von Schwarz-Gelb im Bund trifft – falls sie denn umgesetzt wird – in jeder Hinsicht die Falschen. Daher unterstützen wir den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keine Zustimmung Schleswig-Holsteins zu den Steuersenkungsplänen des Bundes! Wir unterstützen außerdem den Ministerpräsidenten bei dem Versuch, die finanzpolitische Geisterfahrt der Bundesregierung zu beenden.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Beim Autofahren ist es üblich, dass Geisterfahrer mit dem Entzug der Fahrerlaubnis bestraft werden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Gerade weil es sich noch um Fahranfänger handelt, sollten Sie helfen, die Bundesregierung auf den richtigen Weg zu führen. Stimmen Sie deshalb im Bundesrat gegen diese Steuererhöhung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW – Wolfgang

Kubicki [FDP]: Steuersenkung! – Heiterkeit bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Katharina Loedige von der FDP-Fraktion.

Katharina Loedige [FDP]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Beim Geld hört die Gemütlichkeit auf“, sagt ein Sprichwort, das auch innerhalb der politischen Familie gilt. Zusammen mit dem von der **Großen Koalition** auf den parlamentarischen Weg gebrachten **Entlastungsgesetz** beläuft sich die Entlastung für die Menschen in diesem Land beziehungsweise die **staatliche Mindereinnahme** durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf jährlich rund 21 Milliarden €.

Natürlich wollen wir Steuerreduzierungen. Menschen und Unternehmen müssen entlastet werden. Das schafft **Kaufkraft, Investitionsmöglichkeiten** und mehr Beschäftigung. Frau Heinold, dem Hartz IV-Empfänger ist mit einem Arbeitsplatz besser gedient als damit, billig in ein Schwimmbad zu kommen.

(Beifall bei FDP und CDU – Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Natürlich wollen wir eine Senkung der **Unternehmen- und Erbschaftsteuer**. Wir wollen nicht, dass bei der Übergabe von mittelständischen Unternehmen in jüngere Hände in der Familie das Eigenkapital angegriffen werden muss, um die Erbschaftsteuer zu bezahlen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das schafft **Planungssicherheit** und macht Mut für neue unternehmerische Initiativen. Natürlich sind wir für die verstärkte **Familienförderung** durch eine Erhöhung des Kindesgeldes und der Kinderfreibeträge. Nicht zuletzt sind wir für die Erhöhung der **Vergütung für die Stromeinspeisung** von modular aufgebauten Biogasanlagen, da sie gerade der Agrarwirtschaft in diesem Lande zugute kommen.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist ein Startsignal für den Marsch aus der Krise. Das haben die Parteitage der an der Regierung beteiligten Parteien so gewollt. Ohne **Wachstum** gelingt am Ende auch keine Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

(Katharina Loedige)

Allenthalben hören wir positive Reaktionen, zum Beispiel aus Bayern und aus Niedersachsen. „Wir sind die Niedersachsen“, singt man in Hannover. Die 135 Millionen € Mindereinnahmen stecken sie, so Herr Wulff, innerhalb der Neuverschuldung für 2010 locker weg. Ähnlich ist der Tenor aus München von Herrn Seehofer. Jetzt zeigt sich: Sparst du in der Zeit, so hast du in der Not. Doch 21 Jahre SPD-Regierung haben leider ihre dramatischen Spuren in Schleswig-Holstein hinterlassen.

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen?

Katharina Loedige [FDP]:

Nein, jetzt nicht. – Wir in Schleswig-Holstein verlieren 70 Millionen €, unser „Eekboom“ droht wegen Unterspülung der Steilküste wegzubrechen, und wir brauchen den Kies dringend. „Beim Geld hört die Gemütlichkeit auf“, das gilt, wie gesagt, auch in der politischen Familie. Doch es ist alte Tradition – es gibt viele Beispiele in der Geschichte der Bundesrepublik dafür –, aber auch beabsichtigte Ratio des föderativen Prinzips, dass es unterschiedliche Ausgangs- und Interessenlagen zwischen den peripheren und zentralen Regierungen gibt, und oft ist dies unter heftigem Streit ausgetragen worden, ohne dass der Staat Schaden daran genommen hat.

Wir werden uns aber nicht in einen unlösbaren Konflikt mit dem Bund hineinmanövrieren lassen und dabei – zu Ihrem Vergnügen, meine Damen und Herren von der Opposition – einen Streit darüber austragen, ob es besser ist, zuerst die Steuern zur Anregung der Wirtschaft zu senken oder zuerst die Verschuldungsquote zu senken. Es ist übrigens müßig: Beides ist notwendig.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Im Übrigen eine Bemerkung zu den Grünen! In der Begründung zu Ihrem Antrag sagen Sie:

„Der Bundesrat muss seiner Rolle als Vertretung der Länder gerecht werden und sich unabhängig von Regierungsmehrheiten für die Länderinteressen aussprechen.“

Ich erinnere daran, dass der Bundesrat nach Artikel 50 Grundgesetz ein Bundesorgan und kein Organ der Länder ist. Insofern berücksichtigt er und muss er auch die Belange des Bundes berücksichtigen. Die Notwendigkeit eines Kompromisses ist hier angesagt.

Die finanzielle Lage dieses Landes war schon seit Langem notorisch desaströs, dramatisch verschlechtert noch durch die Kosten des öffentlichen Krisenprogramms für die **HSH Nordbank**. Sie zwingt uns, die neue Koalition, Berlin aufzufordern, uns entgegenzukommen. Kein Crashkurs, es muss verhandelt werden!

Da können wir von anderen Bundesländern lernen, beispielsweise von den darin geübten Bayern, die genau wissen, wie und wo Barthel den Most holt, und den Bremern, den Saarländern und Berlinern, die wissen, wie man Kompensationen aushandelt, vielleicht nicht als direkte Finanzhilfe, sondern über ein stärkeres Engagement des Bundes bei Investitionen in unsere Infrastruktur – das würde auch den Kommunen helfen –, vielleicht nicht im selben Jahr, sondern auch zeitverzögert, aber: Wir brauchen sie dringend, und wir brauchen sie unbedingt. So wird es – denke ich – funktionieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski, das Wort.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stehe hier nicht nur als Landtagsabgeordneter, sondern auch als einer von 10.000 Kommunalvertretern in diesem Land. Deswegen will ich den Schwerpunkt meiner Rede ein bisschen anders legen.

Wer sich in den **Kommunen** ein kleines bisschen auskennt, der weiß: Die Kommunen sind schon heute nicht mehr in der Lage, ihre **Pflichtaufgaben** ohne Schulden zu finanzieren. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Wir verpflichten die Kommunen, Kitas zu unterhalten, Schulen zu betreiben und eine einsatzbereite Feuerwehr vorzuhalten, und gleichzeitig gewähren wir ihnen nicht die **Einnahmen**, die sicherstellen würden, dass sie das ohne Schuldenaufnahme machen können.

Im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung sichert die **Landesregierung** den Kommunen Unterstützung und Hilfe zu. Das finden wir gut und sinnvoll. Gleichzeitig sagt der Ministerpräsident aber auch: Dafür gibt es kein Geld. – Salbungsvolle Worte und vor allem Händedrucke sind aber in kommunalen Haushalten nicht darstellbar, weder kameralistisch noch doppisch.

(Heinz-Werner Jezewski)

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wollen die Kommunen selbst ihre Einnahmesituation verbessern, bleibt ihnen eigentlich nur ein Schritt: Die **Erhöhung** von **Gewerbsteuer** und **Grundsteuer B**. Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand von uns die Kommunen dazu zwingen will. Ich würde mich da ungern von der Regierungskoalition eines Besseren belehren lassen, im Ernst darauf einzugehen, dass es weitere Abgaben gibt. Wir könnten natürlich die Hundesteuer auf 15.000 € im Jahr erhöhen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nur für Luxus-hunde!)

Es glaubt aber keiner daran. Dann hätten sogar FDP-Mitglieder und Mitglieder der Grünen einen Sozialtarif, schätze ich einfach einmal, als Besserverdiener.

„Wer anderen Schecks ausstellt, der muss sie auch bezahlen“, hat der Ministerpräsident gesagt. Dem stimme ich zu. Wir unterstützen das, egal ob der Scheckaussteller in Berlin oder in Kiel sitzt.

Wer den Kommunen immer **mehr Aufgaben** übertragen will, ohne sie finanziell in die Lage zu versetzen, diese Aufgaben auch zu erfüllen, der darf sich da nicht wundern, wenn ihm Gleiches passiert. An Frau Merkels Stelle würde ich Herrn Carstensen noch ganz anders abkanzeln, als sie das bei der CO₂-Geschichte getan hat. Ich würde ganz einfach sagen: Was willst du? - Du machst doch das Gleiche mit deinen Kommunen, was du von mir verlangst, sein zu lassen; also leb damit, dass ich das auch mir dir mache!

Man muss vielleicht einmal darüber nachdenken. - Ich glaube ja, die gehen anders miteinander um.

Über den volkswirtschaftlichen Unsinn, Steuern zu senken und so die Einnahmen zu erhöhen, muss ich gar nicht viele Worte verlieren. Denn ich weiß, dass CDU und FDP in dieser Beziehung ziemlich beratungsresistent sind. Da man allgemein weiß, dass sie mit Geld nicht umgehen können, werden sie es vermutlich auch nicht verstehen.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen bei CDU und FDP)

- Kein Beifall von der CDU? - Denn mit der Logik, Steuern zu senken, um Einnahmen zu erhöhen, könnten wir auch den Vermietern empfehlen, die Mieten zu halbieren, um mehr Geld für die Renovierung zu haben. Das funktioniert aber nicht, da

muss man einmal nachgucken und mit ein paar Leuten reden, die wissen, wie man mit Geld umgeht, und die eins und eins nicht nur zusammenzählen, sondern auch noch subtrahieren können.

(Zurufe)

Wir stimmen dem vorliegenden Antrag zu und werden auch in den kommenden Jahren nicht nachlassen, die Landesregierung an ihre Verantwortung für die Finanzierung der Kommunen und für die Finanzierung des Gemeinwesens in diesem Land zu erinnern. Denn - darüber sollten wir uns klar sein - wenn wir die Kommunen wirklich gegen uns aufbringen und die Kommunen nicht mehr funktionieren, wird in diesem Land alles zusammenbrechen. Dann werden wir hier sitzen und nur noch ins Blaue hineinreden und Beschlüsse fassen. Dann können wir nämlich gar nichts mehr machen. Das zu verhindern, müsste unser oberstes Ziel sein. Deswegen fordern auch wir den Ministerpräsidenten auf, seinen Einfluss geltend zu machen, sich durchzusetzen und dieses unsinnige Gesetz in Berlin zu verhindern.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Lars Harms das Wort.

(Zurufe - Lars Harms [SSW]: Ich kann mit Geld umgehen, und wie! Deswegen bin ich nicht in der CDU und auch nicht in der FDP! - Vereinzelter Beifall und Zurufe)

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es nicht so traurig wäre, wäre es zum Lachen. Die Berliner Koalition schreibt nämlich in ihrem Koalitionsvertrag: „Die steuerlichen Entlastungen schaffen die nachhaltige Grundlage für gesunde Staatsfinanzen.“ Tatsächlich ruinieren die geplanten sogenannten Entlastungen die **Staatsfinanzen**. Allein das sogenannte **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** wird dem Landeshaushalt 70 Millionen € Minus bringen und die Kommunen mit 60 Millionen € belasten. Die hiesigen Kämmerer rechnen derzeit angesichts massiver Steuerausfälle bereits sehr pessimistisch, auch ohne das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

Die **Wirtschaftskrise** ist schon jetzt für die Kommunen ein richtiger Schlag ins Kontor. Die letzten Steuerschätzungen haben gerade für Schleswig-

(Lars Harms)

Holstein gezeigt, dass die **Kommunen** hier mit massiven **Einnahmerückgängen** kämpfen müssen. Dass ihnen jetzt auch noch der Bund im Rechnungsbuch herumstreicht, hat viele von ihnen deshalb besonders kalt erwischt.

Der SSW prophezeit für das nächste Jahr massive Kürzungen der kommunalen Ausgaben. Ob manche **freiwillige Leistung** überhaupt noch erbracht werden kann, ist überaus fraglich. Darüber hinaus denken Bürgermeister und Amtsvorsteher wegen der leeren Kassen über Entlassungen nach. Die kommunalen Schulden werden weiter wachsen. - So sieht die Wirklichkeit in Schleswig-Holstein aus. Und dann setzt Schwarz-Gelb mit seiner Klientelpolitik in Berlin auch noch eins obendrauf!

Dabei hatte die FDP in klaren Worten vor weiteren Schulden gewarnt. Jeder kann das im Wahlprogramm nachlesen, in dem steht: „Es ist unverantwortlich, unseren Kindern immer höhere Schuldenberge zu hinterlassen.“

(Beifall des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Doch genau das ist das, was wir unseren Kindern zumuten, wenn wir jetzt die Steuern für Bessergestellte auf Kosten der Länder und Kommunen senken,

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

wenn schwarz-gelbe Wahlgeschenke auf Steuerkosten, auf Schuldenbasis verteilt werden. Sogar die **Wirtschaftsweisen** nennen das Gebaren der Bundesregierung unseriös. Wenn Sie so etwas stützen, sind Sie auch unseriös.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Was sind die Gründe für die Einnahmeverluste, die uns die Bundesregierung zumutet? - Bessere Infrastruktur, sanierte Schulen oder ein kostenloses Mittagessen für alle Schulkinder? - Mitnichten! Es geht darum, den Arbeitnehmern, die bereits sehr gut verdienen, **Steuer Geschenke** zu machen, indem die Kinderfreibeträge deutlich erhöht werden.

(Beifall bei der LINKEN und der Abgeordneten Dr. Gitta Trauernicht [SPD])

Das macht unter Umständen mehrere Hundert Euro im Jahr aus für die Klientel, die Sie gern betreuen wollen. Kleinverdiener und Hartz-IV-Empfänger bekommen dagegen nur 20 € mehr im Monat, die dann aber bei den Hartz-IV-Empfängern mit deren Ansprüchen verrechnet werden. Am Ende kommt

für diese Menschen dann nichts heraus. Aus Ihrer Politik kommt für niemanden überhaupt irgendetwas heraus. Diese Art Lobbyismus ist bereits in wirtschaftlich guten Zeiten unverantwortlich; in der derzeitigen Krise spaltet diese Politik unsere Gesellschaft und entzieht ihr die demokratische Grundlage.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Darum warnt der SSW vor der Fortsetzung dieses Kurses. Schleswig-Holstein kann diesem Vorhaben keinesfalls zustimmen. Das sogenannte **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** ist eine Mogelpackung. Es begünstigt diejenigen, die ohnehin schon viel haben, und es wirkt sich nicht so aus, wie von Schwarz-Gelb erwartet. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat ermittelt, dass die 23 Milliarden €, die hier quasi eingesetzt werden, nur Wachstumseffekte von rund 3 Milliarden € auslösen werden. Das Ganze ist somit auch unter dem Gesichtspunkt der **Wirtschaftlichkeit** ein absolutes Minusgeschäft. Besser wäre es, wenn wir in Schulmahlzeiten für alle Schüler oder in die völlige Beitragsfreiheit bei Kindergärten investieren würden.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das würde nicht nur Konsum und Investitionen auslösen, sondern das wäre auch sozial gerecht.

(Beifall bei der LINKEN und der Abgeordneten Regina Poersch [SPD])

Der SSW würde es ausdrücklich begrüßen, wenn sich alle Fraktionen dem vorliegenden Antrag anschließen. Das wäre das deutliche Signal, das in der Steuerdiskussion derzeit vonnöten ist. Ohne ein solches Signal kommt es nicht zur Umsteuerung. Darum: Kein Herumgeeiere und keine falschen Rücksichtnahmen. Wenn die Berliner Steuerpolitik den Kommunen finanziell das Rückgrat bricht und soziale Ungerechtigkeiten zementiert werden, müssen wir dem gemeinsam Einhalt gebieten. Deshalb werden wir dem Antrag der Grünen selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erhält der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wende mich in besonderer Weise zunächst an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, weil mir die letzten drei Tage Veranlassung geben, eine Frage zu stellen, die man beantworten kann. Das ist die Frage, ob wir den Wahlkampf mit Schaufensterreden fortsetzen oder in einen ernsthaften Dialog eintreten wollen.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

- Wir wollen tun, was wir immer gesagt haben, Kollege Harms. Das finde ich ja lustig. Sie fordern diese Regierung auf, im **Bundesrat** komplett gegen das Steuerentlastungsprogramm des Bundes zu stimmen. - Das bedeutet, nicht nur gegen das Leistungsbeschleunigungsgesetz zu stimmen, sondern auch gegen die Maßnahmen, die noch von der alten Regierung ins Werk gesetzt worden sind, die unter anderem beinhalten, die Pendlerpauschale wieder einzuführen. Sie haben damals mit uns gemeinsam gefordert, die Pendlerpauschale wieder einzuführen. Sollen wir jetzt dagegen stimmen? Oder haben Sie da Ihre Meinung geändert? Oder soll die Pendlerpauschale wieder eingeführt werden?

(Beifall bei FDP und CDU)

Man muss schon etwas differenzierter nachdenken und vielleicht auch argumentieren, bevor man hier Reden hält.

(Peter Lehnert [CDU]: Der hat doch nur abgelesen!)

Ich bin auch gern bereit - -

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie den Antrag mal gelesen? - Weitere Zurufe)

- Selbstverständlich habe ich den Antrag gelesen, Frau Kollegin Heinold. Ich komme gleich darauf zurück.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Er hat ihn nicht verstanden!)

Das größte **Steuerentlastungspaket**, das in der Bundesrepublik Deutschland jemals beschlossen worden ist, war die Körperschaftsteuerreform, beschlossen von Rot-Grün. Wo war Ihr Widerstand im Bundesrat gegen diese Entlastung, die ausschließlich großen Konzernen nützte? Wo war Ihr Widerstand?

(Anhaltender Beifall bei FDP und CDU)

Und wie glaubwürdig sind Sie eigentlich, wenn Sie sich heute hinstellen und sagen, wir sollen nach Ihren Vorstellungen etwas ins Werk setzen, das im Übrigen unseren Vorstellungen nicht entspricht?

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Wenigstens lernfähig! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Habeck, ich finde das sehr lustig, Sie vielleicht auch, aber es hilft dem Land nicht. Sie erklären, dass die **Absenkung der Mehrwertsteuer für Beherbergungsbetriebe** den Millionären dient. Das mag sein, dass es den mehreren Tausend oder Zehntausend Millionären - das ist völlig egal - dient. Aber die 30 bis 40 Millionen Übernachtenden in Deutschland sind nicht nur Millionäre. Das sind auch andere. Ich teile Ihre Auffassung - das habe ich in meiner Rede am Mittwoch gesagt -, dass das keine wachstumspolitische Maßnahme ist. Und deswegen werden wir dem auch so nicht zustimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Aber noch einmal: Es ist die erste Landesregierung - das werden Sie erleben -, die überhaupt im **Bundesrat** Widerstand leistet. Ich sage es noch einmal von hier: Es wird keine Zustimmung des Landes Schleswig-Holstein zu diesem Gesetz geben, wenn wir nicht ausreichend auf andere Weise entschädigt werden. Punkt. Aus. Ende.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es gab keine Landesregierung seit Bestehen dieses Landes bei gleicher Farblehre, die so entschlossen war, sich so zu verhalten, wie wir es gegenwärtig sind. Darauf können Sie sich verlassen. Da müssen Sie nicht nur den Ministerpräsidenten fragen. Wir sind in einer Koalitionsregierung. Da müssen Sie uns vielleicht auch fragen.

(Zuruf der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Kollegin Heinold, ich weiß, dass es vergeblich ist, und das ist mein letzter Appell: Wir können so weitermachen wie bisher. Dann werden wir sehen, wie die Mehrheiten in diesem Haus stehen. Wir wollten mit Ihnen in einen vernünftigen, konstruktiven Dialog eintreten. Auf die SPD müssen wir dabei nicht setzen. Der größte Schuldenminister aller Zeiten in diesem Land war der Kollege Stegner. Der größte Bilanzfälscher aller Zeiten war der Kollege Stegner.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der SPD)

Der Kollege Stegner ist persönlich dafür verantwortlich, dass wir heute mit Schwierigkeiten der HSH Nordbank kämpfen müssen, die wir nicht hätten, hätte er im Aufsichtsrat und Risikoausschuss aufgepasst.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Olaf Schulze [SPD] - Weitere Zurufe)

Ich bin gern bereit, das außerhalb dieses Saales in jeder gerichtlichen Verhandlung zu dokumentieren und auszusagen. Er soll den Mut haben, mich in dieser Frage zu verklagen - ich habe das gerade noch einmal geschrieben -, dann werden wir sehen, dass ich das belegen kann. Er hat geschlafen. Das hat uns 2008 eine Milliarde € gekostet und noch mehr dazu, und er spielt sich heute als einer der möglichen Sanierer auf. Hier müssen wir den Mist beseitigen, den Sie uns hinterlassen haben - dann krähen Sie nicht wie ein Hahn, der seinen Boden verliert.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

(Zurufe)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe im Wahlkampf die FDP immer verteidigt,

(Zurufe von der FDP: Oh, oh!)

weil ich auf Wahlkampfveranstaltungen gehört habe, die Ankündigung der FDP, Steuern zu senken, sei gelogen. Das stimmt nicht, es ist viel schlimmer: Die meinen das ernst. Man konnte auch merken, dass Sie das ernst meinten, weil Sie die Gewerbesteuer und anderes mehr abschaffen wollen, und die Steuerberatungskosten soll man ganz absetzen können. Sie wollen die Kommunen ruinieren. Das ist ein „Armutbeschleunigungsgesetz“, über das wir hier reden, was Schwarz-Gelb in Berlin auf den Weg bringt.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ich natürlich spannend finde: Da plakatiert man hier „Mehr Netto vom Brutto“, das ganze Land wird vollplakatiert, und dann stellt man sich hier hin, schreibt irgendwelche Briefe, die nicht veröffentlicht werden, und tut so, als hätte man es nicht mal gesagt. Jetzt hinzugehen und zu sagen: Wir protestieren jetzt gegen die **Steuersenkungen**, die wir die ganze Zeit versprochen haben - das ist die Art von Glaubwürdigkeit, die wir von Ihnen kennengelernt haben.

Wer in dieser Landtagstagung eine Regierungserklärung abgibt, sich an die Bevölkerung wendet und sagt, wir müssten jetzt alle sparen, wir müssten die Gürtel enger schnallen - die Vereine, die Verbände und die Menschen mit dem kleinen Einkommen -, und noch am gleichen Tag hingeht und das aufhebt, was das Parlament zur HSH Nordbank und zur Begrenzung der Managergehälter beschlossen hat, der hat jedwede Form von Glaubwürdigkeit eingebüßt. Das ist eine Frechheit!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Das ist eine Frechheit, und das zeigt ganz genau, dass das Motto dieser schwarz-gelben Regierung heißt: Eigennutz statt Gemeinwohl. Das ist das, was Sie hier propagieren.

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Frau Kollegin Loedige, Sie sind noch neu in diesem Haus, deswegen will ich da zurückhaltend sein, aber die Art und Weise, wie Sie hier über Menschen mit geringem Einkommen geredet haben, ist der Zynismus der Partei der Besserverdienenden. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Das hat mit dem Amtseid, das Wohl der Bevölkerung und des Landes zu mehren, nichts zu tun, sondern das ist die Haltung derjenigen, die nur Selbstbedienungspolitik für sich und die Großverdiener in diesem Land machen. Das werden wir Ihnen so nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Arme SPD!)

- Es ärgert Sie ja, dass weniger über die Regierungserklärung geredet wird und stattdessen über das, was Sie Skandalöses machen bezogen auf das Geld, das Sie den HSH-Managern hinterherwerfen. Aber ich sage Ihnen: Das werden wir Ihnen vorhalten. Ich kündige Ihnen jetzt schon an: Wenn Sie die

(Dr. Ralf Stegner)

Gehälter bei den Verbänden und Vereinen kürzen werden, werden wir hier auch namentliche Abstimmung beantragen, und dann werden wir den Menschen zeigen, dass die Gleichen, die den HSH-Managern das Geld hinterherwerfen, den armen Menschen das Geld kürzen. Das sollen Sie dann mal rechtfertigen, dann werden Sie die längste Zeit hier regiert haben. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und dem SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat der Vorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Abgeordneter Dr. Robert Habeck.

(Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Das Wort habe ich Herrn Abgeordneten Dr. Robert Habeck erteilt.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich dem Appell des Herrn Kollegen Kubicki zum Frieden nachkomme, möchte ich gern auf zwei - meiner Ansicht nach - logische Brüche in seiner Argumentation hinweisen, die es schwer machen, emotional gefasst zu bleiben.

Zum einen hatte ich schon in meiner Erwiderung auf Herrn Carstensen gesagt: Wir sind fähig zur Selbstkritik. Aber wenn Sie sagen, ihr habt da einen Fehler gemacht, und jetzt machen wir den gleichen Fehler noch einmal, aber ihr könnt nicht mehr dagegen reden - wo dahinter sozusagen die starke Logik stecken soll, ist mir nicht aufgegangen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Das Zweite: Noch weniger ist mir aufgegangen, wie Sie sich hier hinstellen und sagen können: „Hört mit dem Wahlkampf auf“, und danach Herrn Stegner Bilanzfälscher nennen. Was ist denn das für ein Zusammenhang? Ich weiß auch gar nicht, ob das - wo wir gestern über Sprache und juristische Ausdrücke geredet haben - zwei über den Durst waren.

Zum Antrag selbst! Erstens. Ich will keine neuen Argumente und keine alten Argumente noch einmal neu vortragen. Ich will nur noch einmal erklären, wie der Antrag zustande kam. Er ist nämlich im Wesentlichen die parlamentarische Übersetzung

dessen, was wir in der letzten Zeit als Zitate aus der Regierungsfraktion und der Regierung selbst hören konnten. Wir haben die Regierungserklärung von Herrn Carstensen noch im Ohr. Daraus wurde in unserer Sprache dies: Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass weder das Land noch die Kommunen weitere Einnahmeverluste verkraften können. Das Land ist am Ende seiner Handlungsfähigkeit, wir haben schwere Zeiten vor uns, weitere Belastungen können wir uns nicht leisten. Das haben wir alles gehört. Das ist eins zu eins das, was von Ihnen, aber auch von Ihnen, Herr Kubicki, und von Herrn Koppelin gesagt wurde.

Zweitens. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im **Bundesrat** nicht gegenfinanzierte Steuerentzugspläne der Koalition aus CDU, CSU und FDP abzulehnen. Herr von Boetticher hat gesagt: Wer die Musik bestellt, der soll auch bezahlen. Im parlamentarischen Deutsch heißt das: Nichts Gegenfinanziertes wird abgelehnt. - Vertagen Sie also nicht, machen Sie den Rücken gerade, und stimmen Sie für den Antrag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat die Vorsitzende der SSW-Fraktion, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte noch einmal dafür werben, dass jetzt alle in diesem Haus dem Antrag der Grünen zustimmen.

Ich möchte noch einen Aspekt einbringen, der vielleicht etwas zu kurz geraten ist. Man kann spontan sagen, okay, wir haben noch Zeit. Das sagte der Kollege Koch vorhin. Wir haben noch Zeit, die Bundesratssitzung ist erst am 18. Dezember 2009. Das kann man so hinnehmen, das kann man so akzeptieren. Man kann das Argument aber auch umkehren und sagen: Gerade weil noch Zeit ist, ist es wichtig, diesem Antrag jetzt zuzustimmen.

Wir alle wissen aus Erfahrung, dass wir uns im politischen Leben manchmal in einer günstigen Verhandlungsposition befinden. Ich stelle die Behauptung auf: Die neue Landesregierung befindet sich in so einer günstigen Verhandlungsposition, denn ihre Stimme wird letztlich entscheidend dafür sein, ob das, was von der Bundesregierung vorgeschlagen wird, durch den **Bundesrat** gehen kann. Die neue

(Anke Spoorendonk)

Landesregierung wird sozusagen das Zünglein an der Waage sein. Daher hätte ich von der Landesregierung erwartet, dass man jetzt schon ein Konzept hätte vorlegen können. Ich hätte erwartet, dass der Ministerpräsident sich nicht erst jetzt dagegen ausspricht, nachdem sich drei bis fünf andere Ministerpräsidenten dagegen ausgesprochen haben. Herr Carstensen hinkte hinterher. Ich hätte von der Landesregierung erwartet, dass man gleich in die Putschen gekommen wäre, dass man gleich gesagt hätte: Mit uns so nicht!

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was man akzeptiert, ist, dass ausreichend kompensiert wird. Die **Kommunen** in Schleswig-Holstein wissen, was das heißt. Sie haben diese Kompensationsmaßnahmen in den letzten Jahren hin und her geschoben bekommen. Wir alle wissen, dass die Kommunen mit den vorgeschlagenen **Kompensationen** nicht einverstanden sind. Man kann vielleicht aus den Erfahrungen in Schleswig-Holstein lernen, dass man mit Sachleistungen keine Kompensation durchführen kann. Wenn es um Geld geht, dann stellt sich die Frage: Mit wie viel Geld stellt sich die Landesregierung zufrieden? - Anscheinend reichen 70 Millionen € für das Land, aber 60 Millionen € für die Kommunen sind nicht mit im Bild. Ein **Altschuldentilgungsfonds** scheint jetzt auch keine Rolle zu spielen. Somit bin ich wieder bei der günstigen politischen Verhandlungssituation. Ich erwarte ganz einfach, dass die Landesregierung mit härteren Bandagen kämpft,

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn das ist notwendig. Das ist notwendig, wenn wir überhaupt weiterkommen wollen mit dem, was zum letzten Tagesordnungspunkt besprochen wird. Wir können alles - von der Schuldenbremse bis zur Verfassungsänderung - vergessen, wenn es uns nicht gelingt, hier weiterzukommen. Darum sage ich: Es ist ein Armutszeugnis, das noch einmal zu verschieben und zu sagen: Na ja, wir werden hinter den Kulissen verhandeln. Es ist eine Stärkung der Landesregierung, wenn ein einmütiger Beschluss des Parlaments vorliegt.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erhält der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Herr Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir können auch einen interfraktionellen Antrag daraus machen!)

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon einmal in größeren Gremien Verhandlungen geführt hat.

(Zurufe von der SPD)

- Ich habe nur gesagt, ich weiß nicht, wer von Ihnen schon einmal in größeren Gremien Verhandlungen geführt hat. Normalerweise ist es so, dass man mit einer bestimmten Forderung in die Verhandlungen geht, dass man sich aber nicht von vornherein auf einen endgültigen Punkt vorfestlegt. Ich kenne das aus Brüssel. Wer dort von Anfang an sagt, er trage eine bestimmte Sache nicht mit, der ist raus aus dem Spiel. Mit dem wird am Ende weniger verhandelt.

(Zuruf von der SPD)

- Sehen Sie mal! Und weil ich das alles nicht verraten will, sage ich Ihnen auch nur, dass es einfach dämlich wäre, zu viele Vorfestlegungen zu treffen. Darum haben wir gestern ganz deutlich gesagt, was unsere Parameter sind. An diesen Parametern werden wir uns am Ende auch messen lassen. Wir werden uns für die Verhandlungsführung und für die Art und Weise dessen, was wir fordern, hier nicht vorab von Ihnen binden lassen. Das wäre dämlich, und das haben wir auch nicht vor. Darum werden wir heute auch nicht - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Nein. Ich gehöre dem Parlament selbst an, dass haben Sie noch nicht ganz mitbekommen, Herr Stegner. Mittlerweile sitze ich dort drüben. Das hat sich jetzt ein bisschen geändert. Sie haben das noch nicht ganz verstanden, ich sehe Ihnen das nach. Ich sage auch: Was Sie noch nicht verstanden haben, das werden wir der Öffentlichkeit in den nächsten Tagen noch einmal lupenrein darlegen. Sie haben nämlich vergessen, was Sie mit uns gemeinsam sowohl am 25. Februar als auch am 3. April 2009 beschlossen haben, nämlich das, was die Regelung über die HSH Nordbank und den SoFFin angeht,

(Dr. Christian von Boetticher)

und zwar gegen den Widerstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP.

Das, was wir gemeinsam beschlossen haben, will ich heute nicht ausführen. Das würde zu weit führen, aber das kriegt die Öffentlichkeit mit. Dann werden Sie wieder einmal als das dastehen, was Sie sind, nämlich jemand, der hier große Töne spuckt und sich am Ende von der Wahrheit widerlegen lässt. Das ist Ihr Problem, Herr Stegner!

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe der Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Präsident Torsten Geerds:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Kollegin Monika Heinold von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Nur Nebelkerzen zünden, aber nichts sagen! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Herr Kollege Baasch, Herr Kollege Dr. von Boetticher, das Wort hat jetzt Monika Heinold!

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist eine etwas eigenartige Situation, weil die Opposition der Landesregierung glaubt und sie unterstützen möchte. Die die Regierung tragenden Fraktionen sagen: Vorsicht an der Bahnsteigkante!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW - Lachen bei der CDU)

Ich zitiere aus dem „Hamburger Abendblatt“ vom 18. November. Das ist ein Zitat des Ministerpräsidenten: „Wir werden einem Gesetz, das uns belastet, nicht zustimmen.“

Das ist das, bei dem wir der Landesregierung heute den Rücken stärken wollen. Wir wollen sagen: Ja, auch der Landtag sagt und bestätigt noch einmal: Keine Zustimmung Schleswig-Holsteins! Sie stellen sich jetzt hier hin und wollen uns erklären, das würde die Landesregierung bei ihren Verhandlungen behindern. Sie stellen sich hier hin und sagen, es behindert die Landesregierung, wenn der Landtag noch einmal eindeutig sagt: Keine Zustimmung. So eine Erklärung habe ich in 13 Jahren nicht gehört. Immer dann, wenn es darum ging, die Landesregierung im Bundesrat zu stärken, haben wir bis-

her noch einmal den Willen des Parlaments deutlich gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, ich kann verstehen, dass Sie eine Mischung aus frustriert, enttäuscht, verlegen oder was weiß ich noch allem sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie erwecken heute den Eindruck, dass Sie nicht an den Erfolg des Ministerpräsidenten glauben. Sie sagen jetzt: Bloß nicht so einen Beschluss! Nachher heißt es, er hat ihn nicht umgesetzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen heute: Der Beschluss soll eine Stärkung der Landesregierung sein.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Ich glaube daran, dass der Ministerpräsident alles tut, um dieses Gesetz zu verhindern, wenn er das ankündigt. Stärken wir also der Landesregierung den Rücken. Wenn Sie das heute vertagen oder verschieben, dann wird jeder Mensch im Land wissen: Sie ziehen den Schwanz ein, bevor das Gefecht begonnen hat.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Wir fahren trotzdem in der Debatte fort. Das Wort hat Herr Finanzminister Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In jedem Fall ist die Debatte in der neuen Wahlperiode unterhaltsamer geworden, wenn auch nicht unbedingt inhaltlich besser.

(Widerspruch bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

- Herr Kollege, es muss immer aufmerken lassen, wenn man von diesem Pult aus angebrüllt wird. Wissen Sie, wenn hier Wortbeiträge gehalten werden, bei denen man nur angeschrien wird, dann erinnere ich mich immer an ein paar Ratschläge meiner älteren Generation, die da lauten: Pass auf, wenn einer immer schreit, dann will er irgendetwas übertönen! Genau das haben wir heute auch hier wieder erlebt.

(Minister Rainer Wiegard)

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe im Juli - ich erinnere mich genau, es war der 10. Juli 2009, denn das war mein 60. Geburtstag - im Deutschen **Bundesrat** für Schleswig-Holstein dem **Bürgerentlassungsgesetz** nicht zugestimmt - übrigens als Einziger und mit dem Hinweis auf die Auswirkungen auf die Haushaltskonsolidierung für Schleswig-Holstein. Ich warte eigentlich heute noch darauf, wie denn die Bundesländer damit umgehen, die von Sozialdemokraten und Grünen regiert werden. Sie haben freudig erregt zugestimmt. Das ist der Unterschied: Hier Klamauk veranstalten und in Wahrheit im Bundesrat alles durchwinken, das ist die Politik, die Sie verfolgen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb sage ich Ihnen sehr deutlich: Wir werden uns mit dieser Regierung bei einem ähnlichen Sachverhalt wieder genauso im Bundesrat verhalten. Wenn die Vorschläge keine wachstumsstimulierende Wirkung haben, wenn sie möglicherweise auch keine krisenentschärfende Wirkung enthalten - was ich von einzelnen der vorgelegten Gesetzesvorschläge sehr wohl erwarte -, oder wenn wir keine Kompensation erhalten, die angemessen ist, dann werden wir dem Gesetz nicht zustimmen. Das haben wir dem Bund übrigens mitgeteilt - der Ministerpräsident, der stellvertretende Ministerpräsident, genauso wie die Fraktionsvorsitzenden der CDU und der FDP und auch der Finanzminister. Damit ist die Gefechtslage klar.

Aber einfach zu sagen, wir werden alle Steuervorschläge, die auch im Einzelnen möglicherweise rechnerisch zu Steuermindereinnahmen führen, ablehnen, das ist ein bisschen zu simpel, zu plump und auch ein bisschen zu sehr auf Stimmenfang und öffentliche Wirkung ausgerichtet. Wir brauchen eine intelligenteren Steuerpolitik als die, die wir derzeit haben.

(Beifall des Abgeordneter Ulrich Schippell [DIE LINKE])

Nicht jede **Steuarentlastung** führt zwingend zu Mindereinnahmen. Übrigens führt auch nicht jede Steuererhöhung zwingend immer zu Mehreinnahmen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Ich wundere mich ein bisschen, mit welcher Intensität hier derzeit unser derzeitiges **Steuerrecht** verteidigt wird, dass es auf jeden Fall so erhalten bleiben müsse, wie es derzeit ist.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe von der SPD)

- Sie schreien ja schon wieder, Frau Heinold!

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Die derzeitige Steuergesetzgebung in Deutschland ist nun wahrlich kein Musterbeispiel für Transparenz und Einfachheit.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das sagt doch auch niemand!)

Sie ist kein Musterbeispiel für Leistungsgerechtigkeit und Motivation und schon gar nicht für Wachstumsstimulierung und für Krisenentschärfung. Das ist das, was wir derzeit im Wesentlichen brauchen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Ansonsten hat mir noch niemand bisher fundiert erklären können, warum wir unbedingt ein Steuerrecht in Deutschland brauchen, für dessen Durchsetzung wir in Schleswig-Holstein 5.000 Steuerbeamte brauchen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, nein, Frau Heinold.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Zu welchem Tagesordnungspunkt reden Sie jetzt?)

- Genau zu dem, zu dem Sie hier heute schon zweimal gesprochen haben! Die derzeitigen Steuergesetze enthalten Vorschriften, die **wirtschaftliches Wachstum** gefährden und die insbesondere die Krisensituation von **Unternehmen** erheblich verschärfen. Ich erinnere nur an die Regelungen zur Zinsschranke und die Regelungen zu Gewinnhinzu-rechnungen, die Unternehmen in schwierige Situationen bringen, wenn sie von der Zinslast erdrückt werden und darauf auch noch Steuern zu zahlen haben.

Deshalb haben wir dem **Bund** mitgeteilt, dass wir dieses Gesetz so nicht akzeptieren werden, aber dass wir die Vorschläge des Bundes sehr sorgfältig prüfen und unsere Entscheidung im Ergebnis am erwarteten Mehrwert für unsere Volkswirtschaft und für unsere Haushalte im Land und in den Gemeinden messen werden. Das wird so sein, das wird so bleiben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/15 dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW an den Finanzausschuss überwiesen worden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Diesen Tagesordnungspunkt können wir damit abschließen.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, der in der Debatte vorkam. Ich halte den Vorwurf „Bilanzfälscher“ für eine unparlamentarische Ausdrucksweise, und ich möchte darum bitten, dass wir dies in Zukunft unterlassen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kollege Kubicki, wir können uns darüber im Ältestenrat unterhalten. Das sollten wir auch tun. Aber grundsätzlich sollten wir uns alle vor Augen führen, dass es das eine oder andere gibt, was wir im Schleswig-Holsteinischen Landtag auch gemeinsam auf den Weg zu bringen haben.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/42](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

[Drucksache 17/65](#)

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, dem Vorsitzenden Thomas Rother, das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verweise nicht nur auf die Vorlage, sondern möchte insbesondere auf die Änderung hinweisen. Es ist das Datum 1. November 2009 eingefügt worden, um genau zu bestimmen, ab wann die beiden Stellvertreterinnen ihr Amt auch hätten wahrnehmen können.

Präsident Torsten Geerds:

Herzlichen Dank für den Bericht. Ich lasse über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung, Drucksache 17/65, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Gesetzentwurf ist damit einstimmig beschlossen worden. Ich schließe damit die Beratung zum Tagesordnungspunkt 6.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 29 auf:

Bericht der Landesregierung zur Unterrichtssituation im Schuljahr 2008/2009

[Drucksache 17/14](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/14, dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gem. § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

[Drucksache 17/47](#)

Wir werden über die Punkte der Tagesordnung, zu denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist, eine Gesamtabstimmung durchführen. Voraussetzung dafür ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter dem widerspricht. - Widerspruch höre und sehe ich nicht.

Die Tagesordnungspunkte mit den entsprechenden Voten der Fraktionen entnehmen Sie bitte dieser Sammeldrucksache 17/47.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 17/47 einverstanden ist, den bitte

(Präsident Torsten Geerds)

ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unserer 2. Tagung. Ich weise darauf hin, dass die nächste Tagung für den 16. Dezember 2009, 10 Uhr, einberufen werden wird. Bitte stellen Sie sich auf eine dreitägige Tagung ein.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und schließe die heutige Sitzung.

(Beifall)

Schluss: 14:02 Uhr